



Plenarprotokoll (neu)

109. Sitzung

Donnerstag, 21. Januar 2016

Gemeinsame Beratung

a) Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern 9126

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3730 (neu)

b) Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen - Vertrauen der Menschen erhalten 9126

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3732

Änderungsantrag der Fraktionen von
SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3771

c) Bekämpfung der Einbruchskriminalität 9126

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3713

Stefan Studt, Minister für Inneres
und Bundesangelegenheiten..... 9126

Anke Spoorendonk, Ministerin für
Justiz, Kultur und Europa..... 9128

Wolfgang Kubicki [FDP]..... 9130, 9153

Daniel Günther [CDU]..... 9134

Simone Lange [SPD]..... 9138

Burkhard Peters [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]..... 9143

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 9146

Lars Harms [SSW]..... 9149

Barbara Ostmeier [CDU]..... 9155

Birgit Herdejürgen [SPD], zur Ge-
schäftsordnung..... 9158

Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 18/3713 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung		Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	9164, 9175
2. Überweisung des Antrags Drucksache 18/3730 (neu) an den Innen- und Rechtsausschuss		Birte Pauls [SPD].....	9166
3. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/3732		Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	9168
4. Annahme des für selbstständig erklärten Antrags Drucksache 18/3771.....	9158	Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9169
		Dr. Heiner Garg [FDP].....	9170, 9175
		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9172
		Flemming Meyer [SSW].....	9174
		Beschluss: Tagesordnungspunkt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	9176
Berichts Antrag zum Bericht der Härtefallkommission	9158	Bericht zur Ausbildung bei der Landespolizei	9176
Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3725		Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3740	
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	9159	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	9176
Angelika Beer [PIRATEN].....	9160	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	9178
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	9161	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	9178
Serpil Midyatli [SPD].....	9161	Simone Lange [SPD].....	9180
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9162	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9181
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	9163	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9182
Lars Harms [SSW].....	9163	Lars Harms [SSW].....	9183
Beschluss: Berichts Antrag Drucksache 18/3725 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	9163	Beschluss: Antrag Drucksache 18/3740 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	9184
Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock	9163	Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein	9184
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3727 (neu) - 2. Fassung		Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/3329 (neu)	
Beschluss: Annahme.....	9164	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3607	
Situation der Pflege in Schleswig-Holstein	9164	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	9184, 9193
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3647		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	9186
		Hans Hinrich Neve [CDU].....	9187
		Peter Eichstädt [SPD].....	9188
		Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9189
		Anita Klahn [FDP].....	9190
		Flemming Meyer [SSW].....	9192

Beschluss: Überweisung des Berichts der Landesregierung Drucksache 18/3607 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	9193	Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9205
		Angelika Beer [PIRATEN].....	9206
		Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	9207

**Bundesratsinitiative zur Schaffung
eines modernen Einwanderungs-
rechts**

9193

* * * *

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2693

Bericht und Beschlussempfehlung
des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/3751

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 18/3765

Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	9193
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	9193
Serpil Midyatli [SPD].....	9195
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	9197
Dr. Heiner Garg [FDP].....	9198
Torge Schmidt [PIRATEN].....	9200
Lars Harms [SSW].....	9201
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	9202
Birgit Herdejürgen [SPD].....	9203

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-
bildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

* * * *

Beschluss: 1. Annahme des Ände- rungsantrags Drucksache 18/3765 2. Annahme des Antrags Drucksache 18/2693 in der durch den angenommenen Änderungs- antrag Drucksache 18/3765 geän- derten Fassung.....	9203
--	------

Reden zu Protokoll

**Umsetzung der Resolution der
24. Ostseeparlamentarierkonferenz
in Rostock**

9204

Antrag der Fraktionen von SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3727 (neu) - 2. Fas-
sung

Peter Lehnert [CDU].....	9204
Regina Poersch [SPD].....	9205

Beginn: 10:06 Uhr

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist eröffnet. Ich freue mich, Sie hier im Plenarsaal begrüßen zu können und bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. - Vielen Dank.

Ich begrüße Sie zur Fortsetzung der Tagung und teile Ihnen zunächst mit, dass wir gemeinsam mit dem Kollegen Hauke Götsch, der neben mir sitzt, heute seinen Geburtstag feiern. - Herzlichen Glückwunsch!

(Hauke Götsch [CDU]: Herzlichen Dank für die Glückwünsche und für die schönen Blumen! Ich bin ganz gerührt, dass Ihr alle an mich gedacht habt, und ich wünsche uns allen einen herrlichen Tag! - Beifall - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hatten wir noch nie!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann teile ich Ihnen mit, dass die Kollegin Astrid Damerow und der Kollege Jens-Christian Magnusen erkrankt sind. Wir wünschen beiden von dieser Stelle aus gute Genesung.

(Beifall)

Ebenfalls erkrankt ist der Herr Minister Reinhard Meyer. Auch ihm gute Besserung.

(Beifall)

Schließlich teile ich Ihnen mit, dass wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen der Herr Minister Robert Habeck heute nicht an der Tagung teilnimmt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Noch einen weiteren Gast begrüßen wir auf der Tribüne. Das ist der CDU-Landesvorsitzende und CDU-Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing. - Herzlich willkommen hier im Kieler Parlament!

(Beifall)

Ich rufe nun auf die Tagesordnungspunkte 16, 18 und 40:

Gemeinsame Beratung

a) Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3730 (neu)

b) Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen - Vertrauen der Menschen erhalten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/3732

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/3771

c) Bekämpfung der Einbruchskriminalität

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3713

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? Das ist offenbar nicht der Fall.

Der Ältestenrat hat sich darauf verständigt, dass zunächst die Landesregierung ihren Bericht gibt. Ich bitte daher den Herrn Innenminister Stefan Studt, diesen Bericht zu geben. Als zweites wird den Bericht der Landesregierung die Frau Ministerin Anke Spoorendonk fortsetzen. - Herr Studt, Sie haben das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits in der letzten Woche habe ich mich wegen der Bedeutung des Themas **Wohnungseinbruchdiebstahl** an die Öffentlichkeit gewandt, da ich weiß, wie sehr dieses Thema Bürgerinnen und Bürger unseres Landes betrifft und natürlich auch bewegt. Glauben Sie mir, auch mich in meiner Verantwortung bewegt dieses Thema.

Wir alle gemeinsam wissen, dass es hier Handlungs- und Entscheidungsbedarfe gibt. Es ist und bleibt unsere staatliche Aufgabe und Verpflichtung, in diesem Land für die Einhaltung von Recht und Ordnung Sorge zu tragen.

Wer nun behauptet, dass die Landesregierung eine Erstinformativkampagne betreibe oder die Polizei und die Medien sich zu einem Schweigekartell verschworen hätten, hat offenbar bisher nicht zugehört oder wollte nicht zuhören.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Stefan Studt)

Derartige Unterstellungen sind nicht die ernsthafte und notwendige Befassung mit dem Thema, die die Bürgerinnen und Bürger von uns allen erwarten. Dazu gehören auch parlamentarische Anfragen nach der Beschäftigung von Polizeibeamten zwischen Weihnachten und Silvester oder gar nach den Kilometerständen von Streifenwagen. Ebenso wenig hilfreich sind Empfehlungen, die Landespolizei möge sich endlich konzentriert ganzjährig mit dieser Kriminalitätsform befassen und mit der Hamburger Polizei zusammenarbeiten. - Ja, genau das ist doch das, was wir seit Jahren tun und was auch richtig und notwendig ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit all diesen Ansätzen wird eher der Eindruck vermittelt, die Polizei könne es nicht oder wisse nicht, wie es gehe. Das ist wirklich fahrlässig.

Auch die These, dass die **Flüchtlingsarbeit** der Polizei in Konkurrenz zur Ermittlungsarbeit bei Wohnungseinbruchdiebstählen stehe, wird nicht dadurch richtiger, dass man sie laufend wiederholt. Im Gegenteil.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Landespolizei** hat im vergangenen Jahr - wie angekündigt - ihre **Aktivitäten** zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls **ausgeweitet** und das WED-Konzept lageangemessen ganzjährig fortgeführt. 27 Planstellen wurden landesweit in die für die Bekämpfung von Banden- und Serienkriminalität zuständigen Organisationseinheiten umgesteuert. Zusätzliches Personal soll in der zentralen Auswertung und Analyse beim LKA eingesetzt werden. Bei den Direktionen sollen zudem Beschäftigte für die qualifizierte Spurensuche und für Verwaltungsaufgaben im Bereich Fahndungsmaßnahmen eingesetzt werden.

Auch an dieser Stelle sei noch einmal erwähnt: In den kommenden Jahren werden wir so viel zusätzliche Nachwuchskräfte bei der Polizei einstellen, wie es die Ausbildungskapazitäten in Eutin und Altenholz zulassen, nämlich 400. In diesem Jahr haben wir insgesamt 200 zusätzliche Stellen für Dienstzeitverlängerer und Rückkehrer geschaffen.

Meine Damen und Herren, gern möchte ich Ihnen jetzt in aller Klarheit und Transparenz über die **Entwicklung** der **Fallzahlen** im Bereich Einbruchskriminalität berichten und über die Konzeption der Landespolizei, wie diese Kriminalitätsform bekämpft werden soll.

Wir wissen: Bundesweit sind die Fallzahlen in diesem Berichtsfeld seit Jahren wieder signifikant gestiegen. In Schleswig-Holstein hat die Polizei 2004 unter 5.000 Fälle registriert. In den Jahren 2012, 2013 und 2014 waren es immer um die 7.500. Und ja, für 2015 wird nun eine Fallzahlsteigerung auf 8.456 Fälle registriert.

Wir erwarten, dass die **Aufklärungsquote** hier bei unter 10 % liegen wird. Das ist nicht zufriedenstellend. Um aber das Richtige zu tun, muss man die Ursachen genau kennen. Serientäter, die zum Teil jede Nacht einbrechen und häufig aus dem Westbalkan stammen, sind dabei nach polizeilichen Erkenntnissen für einen Großteil der aufgeklärten Taten verantwortlich. Wir haben gestern schon über Zahlen, Daten, Fakten gesprochen.

Folgerichtig ist das seit 2012 bestehende und ständig fortentwickelte **Konzept** der **Landespolizei** auf eben genau diese überregional und international tätigen Serientäter ausgerichtet. Den Erfolg der polizeilichen Arbeit allein an der Aufklärungsquote in diesem Deliktsfeld zu messen, greift deshalb zu kurz. Viele Festgenommene sind nach kriminalistischen Erfahrungen zwar für eine Vielzahl von Taten verantwortlich, sie können aber gemäß den strengen kriminalstatistischen Regularien nicht in jedem Fall auch als Tatverdächtige erfasst werden.

Kernpunkte des Konzepts sind die zentrale **Auswertung und Analyse** aller Wohnungseinbruchdiebstähle, eine vorrangige kriminaltechnische Untersuchung der Spuren aus diesen Taten und selbstverständlich eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ländern, anderen Behörden und der Justiz. Hinzu kommen **Präventionsveranstaltungen**, bei denen technische und verhaltensorientierte Empfehlungen zum Einbruchschutz gegeben werden. 2015 wurden 123 solcher Veranstaltungen durchgeführt. Eine der ersten 2016 habe ich am Wochenende im Kieler Sophienhof selber besucht. Auch eine abgestimmte **Öffentlichkeitsarbeit**, insbesondere die Berichterstattung über die Festnahme überörtlich tätiger Einbrecher in klassischen und sozialen Medien, ist ein Baustein des Konzeptes.

Natürlich - das sei noch einmal gesagt - arbeitet unsere Polizei eng mit der **Hamburger Polizei**, mit der SOKO „Castle“ zusammen, ist doch gerade der Hamburger Rand im Bereich Ratzeburg/Segeberg durch Wohnungseinbruchdiebstähle besonders belastet.

Regelmäßig finden darüber hinaus auch sogenannte Umlandbesprechungen mit den norddeutschen Ländern statt. Auch dort werden gezielt Informationen

(Minister Stefan Studt)

ausgetauscht. Es wird über Ermittlungstätigkeiten berichtet, und sie werden forciert.

Auch die von den PIRATEN so geschmähten und von der FDP angezweifelten Gefahrengebiete sind aus polizeilicher Sicht ein unverzichtbares Mittel zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchkriminalität.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hat ja auch funktioniert, offensichtlich!)

- Ja, das hat funktioniert, wie Sie täglich den Medien entnehmen können, Herr Kubicki.

Vorrangiges Ziel operativer Maßnahmen des WED-Konzeptes ist die grundsätzliche Bekämpfung des Deliktsbereichs, nicht dessen Verdrängung. Weiter gehört dazu, **Täter und deren Herkunft** genau zu **analysieren**. Die ganz große Mehrzahl der Zuwanderer - das hat der Ministerpräsident gestern aus dem BKA-Bericht zitiert; das möchte ich hier nicht wiederholen; wir haben das noch gut im Ohr - wird eben nicht straffällig. Das ist die Erkenntnis des BKAs und unseres LKAs. Wir verschließen aber auch nicht die Augen davor, dass derzeit bei 119 von LKA-Spezialisten ausgewerteten Ermittlungs- und Auswertekomplexen ein Großteil der 221 relevanten Personen nicht die deutsche Staatsangehörigkeit hat. Diese besonders intensiv straffälligen Personen mit Zuwanderungsrelevanz hat eine eigens eingerichtete Arbeitsgruppe im Landeskriminalamt jetzt in der Bearbeitung.

Diese Mehrfachstraftäter unter den Zuwanderern können die gesellschaftliche Solidarität gegenüber allen Flüchtlingen nachhaltig untergraben. Wir wollen und müssen alle Möglichkeiten der Aufenthaltsbeendigung intensiv prüfen und womöglich auch nutzen, um erkannte und festgestellte Straftäter fernzuhalten. Das soll nicht heißen, dass Ausländerrecht durch Strafprozessrecht und Strafrecht ersetzt werden soll, doch das heißt sehr wohl, dass die gerade erst verschärften Möglichkeiten zur Beendigung des Aufenthaltsrechts vollumfänglich zur Geltung gebracht werden müssen. Dazu brauchen wir das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ebenso wie die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Das **konzeptionelle Vorgehen der Landespolizei** in Verbindung mit einem verbesserten **technischen und verhaltensorientierten Einbruchschutz** ist nach unserer Auffassung nach wie vor die beste Strategie in diesem Deliktsbereich. Seit Herbst

2012 bekämpft die Polizei mit diesen Konzepten den Wohnungseinbruchdiebstahl. Etwa 18.000 Hinweise wurden bis November 2015 durch die zentrale Auswertung und Analyse gewonnen und überprüft. Hieraus resultieren 358 Auswerte- und Ermittlungskomplexe. Es kam insgesamt zu 352 vorläufigen Festnahmen. Diese Zahlen bestätigen eindrucksvoll die Wirksamkeit des Konzeptes.

Herr Kubicki, Sie haben gestern gesagt: Wir brauchen eine starke Polizei. Ich sage Ihnen heute: Wir haben eine starke Polizei.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mein Haus und die Landespolizei nehmen das Problem WED, Wohnungseinbruchdiebstahl, sehr ernst. Wir sind dran und wir bleiben dran. Wir beschönigen nichts. Wir verschweigen hier nichts. Wir manipulieren nichts. Wir benennen die Dinge so, wie sie sind, auch wenn die Entwicklung wahrlich nicht so ist, wie wir uns das alle gemeinsam wünschen.

Gerne lade ich Sie alle ein, auch die Experten im Innen- und Rechtsausschuss, gemeinsam mit uns über qualifizierte und zukunftsweisende Ideen zu sprechen und an der wirksamen und nachhaltigen Bekämpfung des Phänomens WED weiter zu arbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort für die Landesregierung hat nun die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich rufe in Erinnerung, dass beschlossen wurde, dass erst der Innenminister seinen Bericht gibt und ich mich dann anschließend zu dem Tagesordnungspunkt 16 äußere. Ich sage das, damit man sich nicht über das Verfahren wundert.

Meine Damen und Herren Abgeordnete! „Justiz im Land stärken - Effektive Strafverfolgung sichern“ - wer könnte schon dagegen sein?

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Über das Ziel lässt sich nicht streiten, wohl aber über den Weg. Natürlich muss angesichts aktueller

(Ministerin Anke Spoorendonk)

Herausforderungen das gesetzliche Handlungsprogramm ausgeschöpft werden, müssen die vorhandenen Mittel des Asylrechts und des Strafrechts konsequent und effektiv genutzt werden. „Effektiv“ bedeutet aber nicht, dass wir unsere Prinzipien über den Haufen werfen. Wer hier einfache Lösungen verspricht und falsche Erwartungen weckt, gefährdet nicht nur den inneren Frieden; er legt auch die Axt an den Rechtsstaat und damit an einen zentralen Wert, an ein zentrales Fundament unserer Gesellschaft.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um es ganz deutlich zu sagen: Unsere **Justiz** arbeitet in Zeiten steigender Belastungen hoch professionell und verantwortungsbewusst. Was sie dabei am allerwenigsten braucht, sind Ermahnungen der Politik zu mehr Selbstkritik und mehr Härte gegenüber Straftätern. Solche Ermahnungen irritieren auch deshalb, weil in diesem Haus bisher ein Konsens bestand, dass die Politik keinen Einfluss auf die Arbeit von Staatsanwaltschaften und Gerichten nehmen darf.

Natürlich ist es erlaubt, Entscheidungen der Justiz zu kritisieren. Natürlich müssen sich Staatsanwältinnen und Staatsanwälte und Richterinnen und Richter der gesellschaftlichen und politischen Debatte stellen. Das tun sie täglich. Klar ist aber auch: Die Justiz orientiert sich ausschließlich an Recht und Gesetz. Wer meint, unsere Justiz mit markigen Sprüchen zur Raison bringen zu müssen, für den ist die Unabhängigkeit der Justiz wohl nur ein Lippenbekenntnis.

Darum sage ich: Im jüngsten **Zehn-Punkte-Papier** der Bundes-CDU zur inneren Sicherheit heißt es wörtlich - ich zitiere -:

„Wir erwarten, dass bei Vorliegen eines hinreichenden Tatverdachts sofort Untersuchungshaft gegen die potenziellen Täter angeordnet wird.“

Mit Verlaub: Das ist nicht nur dumm Tüch, wie man bei uns sagt; das ist Populismus pur.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Forderungen lassen jeden, der im ersten Semester Jura studiert und schon mal etwas von der Funktion der Untersuchungshaft, von der Notwendigkeit von Haftgründen und dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gehört hat, vor Fremdscham rot werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Solche Forderungen sind verantwortungslos. Sie treiben Menschen in die Arme von Extremisten der Sorte PEGIDA. Nicht kriminelle Zuwanderer sind es, die unseren Rechtsstaat gefährden, sondern auf Wählerstimmen schielende Stammtischparolen, die das leidige Vorurteil bedienen, rechtsstaatliche Garantien seien dazu da, um Kriminelle vor Strafe zu schützen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir dürfen unsere **rechtsstaatlichen Standards** auch in Zeiten großer Herausforderungen nicht aufgeben.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt PIRATEN)

Zum Rechtsstaat gehört, dass Staatsanwaltschaften und Gerichte gründlich und unabhängig arbeiten und so ausgestattet werden, dass sie in Ruhe zu gerechten Ergebnissen kommen. Natürlich prüfen wir stets, wo Luft nach oben bleibt, sei es bei der Personalausstattung, sei es bei den Verfahrensabläufen. Aber wir verraten nicht unsere Prinzipien. Was wir brauchen, meine Damen und Herren, sind nicht schärfere Gesetze, sondern personell und sachlich gut aufgestellte Strafverfolgungsbehörden, damit Straftaten zügig verfolgt und geahndet werden.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das aber ist eine Selbstverständlichkeit und bedarf keiner extra Aufforderung; denn natürlich haben wir die Belastungen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften laufend im Blick. Das gilt natürlich für alle Bereiche gleichermaßen. Der **Geschäftsanfall** bei **Staatsanwaltschaften und Gerichten** wird bundesweit erhoben und analysiert. In der Fachsprache reden wir von den sogenannten **PEBB\$Y-Erhebungen**. Für den **Personalbedarf** ist nicht allein die Zahl der eingehenden Verfahren maßgeblich, sondern auch deren Umfang und Schwierigkeitsgrad. Einige Ausreißerverfahren, wie zum Beispiel der derzeit vom Landgericht Kiel in Schleswig verhandelte Pfandleihhaus-Prozess, binden Kräfte in einer Art und Weise, die durch keine Statistik abgebildet wird. Hinzu kommen vermehrt organisierte Formen der Kriminalität und Bandenstrukturen, wie wir sie nicht zuletzt bei den Wohnungseinbrüchen erleben.

Die Auswertung der jüngsten Erhebung aus 2014 ist auf Bundesebene Ende 2015 abgeschlossen worden und wird nun auf die Länder übertragen. Sie

(Ministerin Anke Spoorendonk)

hat gezeigt, dass insbesondere bei den Staatsanwaltschaften zum Teil enorme Belastungen durch eine zunehmende Komplexität der Verfahren entstanden sind. Hinzu kommt, meine Damen und Herren, dass unser Land auch mit Blick auf die zahlreichen Menschen, die neu zu uns kommen, vor viele Herausforderungen gestellt ist. Das betrifft auch die Justiz. Auch dafür sind die PEBB§Y-Zahlen ein Indiz.

Wir werden - wie übrigens andere Bundesländer auch - die Ergebnisse der aktuellen Erhebung unserer Planung zugrunde legen, und zwar ab dem Kalenderjahr 2016. Auf diese Weise werden wir ein objektives, belastbares Bild davon erhalten, wo und in welchem Umfang Änderungen angezeigt sind.

Ich habe in diesem Zusammenhang bereits öffentlich versichert, dass dies, wo notwendig, dann auch **personelle Verstärkung** bedeuten wird. Dazu stehe ich. Ich möchte in Klammern hinzufügen, auch wenn es mir nicht richtig zusteht: Die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2016 haben gezeigt, dass die regierungstragende Koalition unseres Hauses auch dazu steht, dass darauf also auch Verlass ist.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Finanzministerin hat schon angekündigt, dass es einen **Nachtragshaushalt** für **2016** geben wird. Vor diesem Hintergrund und nicht, weil die Kollegin Frau Ostmeier zum wiederholten Mal im Plenum außerhalb der Haushaltsberatungen jetzt einen isolierten Haushaltsantrag stellt,

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

- liebe Frau Ostmeier - möchte ich jetzt das ausführen, was ich angekündigt habe: Wir werden eine Stärkung unserer **Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** mit dem dazugehörigen Personal bei den Geschäftsstellen im Blick haben. Wir werden unsere Staatsanwältinnen und Staatsanwälte stärken. Wie viele Stellen es genau sein werden, hängt natürlich von den weiteren Berechnungen ab. Aber seien Sie versichert: Ich werde mich als Justizministerin mit aller Kraft dafür einsetzen, und es wird auch eine bedarfsgerechte Änderung geben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch bei den **Gerichten** werden wir personell nachsteuern, sobald dort ein entsprechender Mehrbedarf abgebildet werden kann; denn verantwortungsvolle Personalwirtschaft ist eine langfristige, kontinuierliche Aufgabe, die sich nicht nach tagespolitischen Schaufensteranträgen richtet.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Meine Damen und Herren, ein Letztes noch: Es braucht auch keine weiteren Konzepte zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Dies gilt auch für den Bereich der Strafverfolgung. Ich habe erst im November 2015 und zuvor regelmäßig im Innen- und Rechtsausschuss erläutert, welche Maßnahmen wir seit Anfang 2013 ergriffen haben, um die Strafkammern zu entlasten und die Bestände zu reduzieren. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich hier wiederhole: Wir werden die Situation der Strafkammern weiterhin intensiv begleiten und im Innen- und Rechtsausschuss in regelmäßigen Abständen über die Entwicklung der Bestandszahlen berichten. Die Weichen sind gestellt, meine Damen und Herren. Die jüngste Entwicklung gibt uns recht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, bevor ich den Abgeordneten das Wort erteile, teile ich Ihnen erst einmal mit, dass die Landesregierung 17 Minuten geredet hat. Das heißt, nach unseren Verabredungen stehen den Fraktionen jetzt auch 17 Minuten zu. - Zunächst erteile ich dem Abgeordneten Wolfgang Kubicki von der FDP-Fraktion das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe es mit meiner langen parlamentarischen Erfahrung das erste Mal erlebt, dass die Landesregierung zu einem Antrag redet, der nicht Berichtsantrag ist,

(Beifall FDP und CDU)

bevor die Antragsteller überhaupt Gelegenheit hatten, etwas dazu zu sagen. Es ist mir auch relativ egal. Das einzig Gute an der Rede der Ministerin war, dass wir jetzt 17 Minuten haben, um zu sprechen.

(Heiterkeit)

Herr Minister Studt, bevor ich zu Ihnen und Ihrem Bericht komme, möchte ich einen Appell an die Sozialdemokraten, aber auch an die Union dieses Hauses, richten. Wenn wir heute feststellen müssen, dass bei Meinungsumfragen in Hamburg die AfD so stark geworden ist wie die CDU und in Baden-Württemberg die AfD den Sozialdemokraten ziem-

(Wolfgang Kubicki)

lich stark auf den Fersen ist, dann müssen wir uns die Frage stellen, ob wir in unserer Kommunikation nicht vielleicht doch etwas anders machen müssen als gegenwärtig.

(Beifall FDP - Zuruf Eka von Kalben
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich habe damit keine Probleme, Frau von Kalben. Sie können ja gern so weitermachen. Das Problem wird nur sein, dass mit dieser Form der Kommunikation wir selbst - Sie eingeschlossen - dazu beitragen, dass die Rechten immer stärker werden. Ich komme gleich dazu.

Ich nehme gern die Anregung des Ministerpräsidenten von gestern auf, dass wir **differenzieren** sollten zwischen der **Flüchtlingspolitik**, der **Integration** und der Frage, wie wir mit **kriminellen Tätern** umgehen, und zwar egal, woher sie kommen. Der Antrag, den Sie vorgelegt haben - das will ich ausdrücklich sagen -, verquickt wieder zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Der dauernde Appell, dass man, wenn es kriminelle Ausländer gibt, nicht verallgemeinern soll, was Flüchtlingspolitik oder was auch immer angeht, trifft nicht die Empfindsamkeit der Menschen; vielmehr haben die Menschen das Gefühl, dass damit das Problem relativiert werden soll, vor dem wir stehen,

(Beifall FDP)

und die Reaktion darauf ist, dass sie sich von demokratischen Parteien abwenden. Ich bitte wirklich, einfach einmal darüber nachzudenken.

Ich finde, dass die Erklärung, dass nicht alle Flüchtlinge kriminell sind, mit einem solchen Antrag, bei dem wir uns mit der WED-Kriminalität beschäftigen, die überwiegend auf Banden zurückzuführen ist, die vom Balkan, also aus sicheren Herkunftsstaaten kommen, und mit der allgemeinen Flüchtlingspolitik überhaupt nichts zu tun hat und dass die Vermischung eher kontraproduktiv ist.

(Beifall FDP)

Herr Minister, wenn Sie die Rede, die Sie hier gehalten haben, bei **Einwohnerversammlungen** in Strande, in Dänischenhagen, in Heikendorf oder in Ahrensburg gehalten hätten, dann hätten die Menschen Sie aus dem Saal getragen - das kann ich Ihnen sagen -, und zwar nicht vor Freude, sondern weil sie sich veralbert vorgekommen wären. Ich empfehle Ihnen, einmal an einer solchen Versammlung teilzunehmen, damit Sie mitbekommen, welche Sorgen, welche Furcht, welche Ängste die Menschen haben, die keine Bürgerwehren wollen,

die aber auch nicht mehr erleben wollen, dass ihnen von Polizeibeamten mitgeteilt wird: Wir haben leider keine Kapazitäten, um aufzuklären. - Bei meinem stellvertretenden Landesvorsitzenden Bernd Buchholz ist das zweite Mal eingebrochen worden, nachdem er sein Haus auf polizeilichen Rat hin sicher gemacht hat. Er sagt, dass einzig Gute daran war, dass diesmal wenigstens die Spurensicherung gekommen ist, was beim ersten Mal nicht der Fall war.

Die Sorgen und Nöte, die die Menschen haben, müssen wir nicht nur ernst nehmen, sondern wir müssen auch etwas dagegen tun und dürfen nicht so tun, als seien wir auf einem guten Weg. Ich komme gleich noch dazu.

Die Sozialdemokraten, die Grünen und der SSW loben das **WED-Konzept** als erfolgreich im Jahr 2015. - Wenn die Steigerung der Einbruchskriminalität von 15 % aus dem Jahr 2014 auf 2015 ein Erfolg dieses Konzepts ist, dann möchte ich wissen, was dabei herauskommen soll, wenn dieses Konzept intensiviert wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, schon allein die Tatsache, dass wir in diesem Hohen Haus schon wieder über die Einbruchskriminalität in unserem Land reden, bezeugt das Ausmaß dieses Problems. Das eine hat der von meiner Fraktion erbetene Bericht gezeigt: Die **Situation** hat sich im vergangenen Jahr noch einmal dramatisch **verschärft**. Im Jahr 2015 erwartet der Innenminister eine Annäherung der Fallzahlen auf 8.500 Fälle. Ich glaube, Sie haben die Zahl 8.456 genannt. Sollte sich das bewahrheiten, dann haben wir in Schleswig-Holstein bei den Wohnungseinbruchdiebstählen von 2014 auf 2015 eine Steigerung von 15 %.

Diese Zahlen sind umso alarmierender, wenn man bedenkt, dass die **Aufklärungsquote** im ersten Halbjahr 2015 auf 8,8 % abgerutscht ist. Sie haben heute erklärt, diese Zahl würde bei unter 10 % landen, einem der niedrigsten Werte aller Zeiten. Im Kreis Stormarn lag die Aufklärungsquote im Jahr 2014 sogar nur knapp über 5 %. Das ist Platz 388 im Vergleich aller 402 Landkreise in Deutschland. Dabei ist die offizielle Aufklärungsquote sogar noch geschönt, da ein Einbruch bereits als aufgeklärt gilt, wenn ein Tatverdächtiger nur ermittelt wurde - unabhängig davon, ob er danach überführt wird. Das muss man wissen.

Laut einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen liegen die Aufklärungsquoten gemessen an der Zahl der Verurteilungen nur bei 2,6 %. Mit anderen Worten: Nicht ein-

(Wolfgang Kubicki)

mal jeder 38. Einbruch wird geahndet. Das, meine Damen und Herren, ist die Lage in unserem Land. Das zu beschönigen, bringt die Menschen zur Verzweiflung. Herr Minister, wir müssen Antworten darauf geben, die nicht im Schönreden bestehen - was Sie gerade getan haben.

(Beifall FDP und CDU)

Vor ungefähr einem Jahr hat der Innenminister im Rahmen der Landtagsdebatte zu dem ebenso von der FDP-Landtagsfraktion beantragten Bericht über die Entwicklung der Einbruchskriminalität noch von ersten Erfolgen des neuen **Kriminalitätsbekämpfungskonzeptes** für diesen Bereich gesprochen. Er bilanzierte stolz: „Das Konzept ist erfolgreich.“

Heute wissen wir: Diese Aussage lässt sich so nicht mehr halten. Das Gegenteil ist der Fall, und dafür, Herr Studt, tragen Sie die persönliche und die politische Verantwortung. Eines ist jedenfalls offensichtlich: Es besteht akuter Handlungsbedarf, denn besonders Wohnungseinbruchdiebstähle beeinträchtigen das **Sicherheitsgefühl** der Bürgerinnen und Bürger. Sollte das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und dessen Handlungsfähigkeit weiter schwinden, dann wird uns das allen hier auf die Füße fallen.

Ich empfehle allen männlichen Beteiligten, einmal mit ihren Ehefrauen darüber zu reden, was für ein Empfinden sie hätten, wenn in den geschützten Raum der eigenen vier Wände eingedrungen würde. Das ist ein so massiver **Eingriff** in die **Privatsphäre**, der bei einigen der Beteiligten zu einer solchen Beeinträchtigung führt, dass manche das Haus oder die Wohnung nicht mehr bewohnen und umziehen wollen aus Furcht, dass dieser private Raum von der staatlichen Macht nicht mehr geschützt werden kann. Der Landtagsdirektor hat in seinem Schreiben an den Ministerpräsident und an den Landtagspräsidenten darauf hingewiesen.

(Zurufe SPD)

- Ich empfehle auch Sozialdemokraten, die hier im Parlament sitzen und dicke Backen machen, wirklich einmal, mit den Menschen zu reden. Wenn wir, wenn Sie das nicht tun, dann werden Sie von denen einfach weggewählt.

(Beifall FDP und CDU)

Die Menschen haben ein Recht darauf, von der Politik Antworten auf dieses Problem zu bekommen und nicht Erklärungen, wir sollten uns alle darüber freuen, dass ansonsten in anderen Bereichen weni-

ger passiert und dass es auch Menschen gibt, die nicht kriminell werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, auch das muss ich sagen: So sehr ich verstehen kann, dass Sie Ihr innenpolitisches Profil schärfen wollen, um verloren gegangene Reputation zurückzugewinnen: Ihr Antrag erfüllt diesen Zweck in wesentlichen Teilen leider nicht. Herr Studt hat bereits darauf hingewiesen, dass eine Taskforce besteht und dass es eine intensive Zusammenarbeit mit Hamburg gibt.

Mich treibt aber etwas ganz anderes um, weil ich Zweifel habe, ob Ihr rechtsstaatliches Grundverständnis noch intakt ist. Auch wenn man die Forderung, Wohnungseinbruchdiebstahl in den Katalog der schweren Straftaten aufzunehmen, um zur Verfolgung eine **Telekommunikationsüberwachung** zu ermöglichen, ständig wiederholt, wird sie dadurch nicht sinnvoll.

(Vereinzelter Beifall FDP und PIRATEN)

Das ist blinder Aktionismus ohne jegliche fachliche Grundlage. Zum einen steht der in dieser Frage vor allem relevante Bandendiebstahl bereits im Katalog des § 100 a StPO, Herr Kollege Daniel Günther. Zum anderen ist auch bei einfachem Einbruchdiebstahl schon eine Verkehrsdatenabfrage möglich. Auch Ihr Argument, wenn wir keine ordentliche Aufklärungsquote haben, machen wir uns einfach Maßnahmen aus der Strafprozessordnung zu eigen, die dafür eigentlich gar nicht gedacht sind, ist in sich nicht schlüssig.

(Vereinzelter Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Eine angebliche Erleichterung der Strafverfolgung macht doch die Straftat weder schwerer noch schwerer ermittelbar, und das sind die Anforderungen des **Bundesverfassungsgerichts** an eine Aufnahme in den Anlasstatenkatalog des § 100 a StPO. Ich empfehle gelegentlich die Lektüre der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wenn man als Union schon darauf Wert legt, auf der Grundlage unseres Grundgesetzes unsere Werte zu vermitteln. Das trifft die Union übrigens in gleicher Weise wie alle anderen auch.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Dolgner, das setzt voraus, dass alle schreiben können.

(Zurufe SPD)

(Wolfgang Kubicki)

- Ich fand, das war ein sehr intelligenter Einwand. Deshalb habe ich gedacht, er kommt von Ihnen. Von Herrn Habersaat bin ich das nicht gewöhnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wir wirklich brauchen, das haben wir schon häufiger gefordert. Insofern freue ich mich, dass die Union das mit ihrem Antrag auch so sieht, nämlich die Erhöhung der Aufdeckungswahrscheinlichkeit durch mehr Polizisten vor Ort. Wenn die Einbrecher in einigen Landstrichen in Schleswig-Holstein damit rechnen können, dass sie bis zu 45 Minuten Zeit haben, bis die erste Polizeistreife eintrifft, dann machen wir es den Verbrechern schlicht zu leicht. Deshalb kann die Antwort auf die alarmierende Entwicklung nur sein: mehr **Polizeipräsenz in der Fläche**, mehr sichtbare Polizeipräsenz an den Hotspots der entsprechenden Einbruchsentwicklung.

Das lässt sich schon an einem einfachen Zahlenbeispiel nachvollziehen. Auch hier müssen wir uns fragen: Woher kommt das? In Bayern kommen auf 100.000 Einwohner 326 Polizisten. Schleswig-Holstein dagegen weist mit 2,7 Polizeibeamten auf 1.000 Einwohner die drittniedrigste Polizeipräsenz im Bundesvergleich auf. Gemessen an der Einwohnerzahl gibt Schleswig-Holstein damit im Vergleich zu allen Bundesländern mit am wenigsten für die Polizei aus: 121 € pro Einwohner im Jahr. In Bayern gab es 2014 bei einer Bevölkerungszahl von fast 13 Millionen entsprechend auch „nur“ 8.500 Einbruchsdiebstähle. In Schleswig-Holstein gab es im gleichen Jahr 7.500 Einbrüche, und das bei einer Einwohnerzahl von weniger als 3 Millionen. Man muss einfach die Relationen sehen. Noch deutlicher wird es, wenn wir nach Nordrhein-Westfalen mit 50.000 Taten bei 17 Millionen Einwohnern und nur 228 Polizisten pro 100.000 Einwohner schauen.

Auch hier müssen wir uns fragen: Was ist in **anderen Ländern** eigentlich die Ursache dafür, dass dort deutlich weniger eingebrochen wird als in Schleswig-Holstein? Die Lage kann nicht der Grund sein, weil wir abgesehen von Dänemark, südlich der Elbe und Mecklenburg-Vorpommern kaum Außengrenzen haben. Links und rechts ist Wasser. Die Frage der Fluchtgeschwindigkeit kann dabei also keine so große Rolle spielen.

Das zeigt nur allzu klar: Das Konzept „Mehr Polizei in der Fläche“ scheint offenbar zu wirken, und, was mindestens genauso entscheidend ist, es führt zu einem besseren **Sicherheitsgefühl** in der Bevölkerung.

(Beifall FDP und Daniel Günther [CDU])

Die Menschen empfinden die Polizei nämlich nicht als bedrohlich oder fordern eine stärkere Kontrolle der Polizei. Wenn den Bürgerinnen und Bürger etwas Sorgen bereitet, dann sind das die unzulängliche Präsenz der Polizei auf den Straßen sowie der zunehmende Rückzug aus der Fläche. Die in vielen Orten entstehenden Bürgerwehren sind deshalb nicht auf ein Versagen der Polizei zurückzuführen. Bürgerwehren bilden sich, weil die Politik versagt hat. Die Schlussfolgerung ist offensichtlich: Mehr **Vertrauensbildung** erreichen wir nicht durch mehr Kontrolle, sondern durch eine personelle Stärkung der Polizei, und zwar sehr zügig und sehr zeitnah.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können auf bestimmte Dinge schlicht und ergreifend verzichten. Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, hat es in Nordrhein-Westfalen gesagt: Vielleicht verzichten wir einmal auf den Tag des Blitzmarathons, der Hunderttausende von Polizeistunden frisst. Vielleicht verzichten wir auch einmal darauf, Polizei für nicht polizeirelevante Aufgaben einzusetzen und setzen für diese andere Bedienstete des Polizeidienstes ein, damit wir wieder mehr Polizeipräsenz auf den Straßen unseres Landes haben und damit der Probleme Herr werden können.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Ein Letztes, und das ist mir wirklich ein Anliegen, weil Sie, Herr Minister, erklärt haben, es gebe keine Vertuschung oder keine falschen Erklärungen. Ich kann mich daran erinnern, dass Sie noch im Oktober letzten Jahres erklärt haben, es gebe keinen Hinweis darauf, dass es bei **Einbruchdiebstählen** eine spezielle **Ausländerkriminalität** gibt. Jetzt, vor ein paar Tagen, haben Sie der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit mitgeteilt, dass 90 % der Täter Ausländer seien. Nur wenn wir dieses Problem identifizieren und uns konsequent um diese Tätergruppe kümmern, haben wir eine Chance, das Problem zu bewältigen.

Noch einmal: Die Verbindung zu Flüchtlingen ist völlig irrelevant, weil die Haupttätergruppen, die wir haben, keine Flüchtlinge sind, sondern Kriminelle aus den Balkanstaaten, die sich gelegentlich auch unser Asylrecht zunutze machen, um hier tätig werden zu können. Darauf müssen wir eingehen und diese Tätergruppen identifizieren und stellen. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, wir dürfen über Ausländerkriminalität in Deutschland nicht reden, weil es ansonsten zu einer Verquickung mit Flüchtlingsfragen kommen wird. Das wird dem Problem nicht mehr gerecht. - Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Wolfgang Kubicki)

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kubicki, ich fand Ihren Eingangsausspruch an den Schleswig-Holsteinischen Landtag eindringlich und nachvollziehbar, was das Thema **AfD** angeht. Ich sage Ihnen allerdings auch - Sie haben das an dem Beispiel Hamburg klargestellt, mit dem Sie argumentiert haben, da sei die **AfD** mittlerweile so stark wie die CDU, in Baden-Württemberg fast so stark wie die SPD -: Bloß, weil Sie auf die Schnelle keine Meinungsumfrage gefunden haben, wo die **AfD** sich gerade dem Niveau der FDP annähert, kann das nicht dazu führen, dass wir jetzt sozusagen auf zwei Parteien zeigen, sondern ich finde, wir sollten alle miteinander deutlich machen, dass das doch die gemeinsame Verantwortung aller Parteien hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag ist - einschließlich der FDP -, dass wir uns um dieses Phänomen kümmern. Da reicht kein Zeigen nur in eine Richtung, sondern das ist eine gemeinsame Aufgabe dieses Landtags.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Weil vieles von dem sich an die politische Führung des Ministeriums richtet, was ich hier heute sagen werde, sage ich einleitend in aller Klarheit und will das ausdrücklich betonen, dass wir die **Arbeit der Polizistinnen und Polizisten**, die hier geleistet wird, mit den Herausforderungen, die es zusätzlich auch im Bereich der Flüchtlingshilfe im Moment gibt, natürlich respektieren, und dass wir respektieren, dass im Bereich der Einbruchskriminalität von den Polizistinnen und Polizisten eine hervorragende Arbeit geleistet und eben nichts vertuscht wird, sondern dass die wirklich in klarer Offenheit über diese Probleme reden. Der Dank von uns allen gilt der tollen Arbeit, die die Polizistinnen und Polizisten hierbei leisten.

(Beifall CDU)

Dennoch kommen wir nicht umhin zu konstatieren, dass es eine bittere Tatsache ist, dass Menschen in Schleswig-Holstein **Angst um ihre Sicherheit** haben, dass organisierte Banden - überwiegend aus dem Balkan - durch unser Land laufen, in unsere Häuser einbrechen und die Menschen Angst um

Hab und Gut haben. Der Hilferuf aus Dänischenhagen, der den Ministerpräsidenten erreicht hat, ist natürlich kein Einzelfall. Aber ich glaube, es war gut und richtig, dass darüber dieses Thema auf die politische Agenda gesetzt worden ist.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Es waren übrigens ganz viele Privatpersonen, die diesen Brief unterschrieben haben, Herr Kollege Dr. Stegner, das soll man jetzt nicht alles kleinreden.

(Christopher Vogt [FDP]: Der Landtagsdirektor ist ein Bürger dieses Landes!)

Wir müssen alle miteinander beobachten, dass die Menschen Angst haben, dass sie sich zunehmend bewaffnen, dass man Gespräche mit Sicherheitsdiensten führt, dass Menschen Selbstverteidigungskurse anbieten und Menschen dort hingehen, weil sie sich selbst nicht mehr geschützt fühlen. Ich finde, das muss uns alle doch mit Sorge erfüllen; denn ich sage das in aller Klarheit: Ich will keine **Bürgerwehren**.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Ich will nicht, dass die Leute sich selbst dagegen schützen. Ich möchte, dass der Staat handlungsfähig ist. Kernkompetenz dieses Landes ist die innere Sicherheit. Die muss der Staat sicherstellen.

(Beifall CDU und Christopher Vogt [FDP])

Die nackten Zahlen geben schon Anlass zur Sorge. Wenn der Kreis Stormarn alleine eine so hohe **Anzahl von Wohnungseinbrüchen** hat wie der gesamte Freistaat Thüringen, wenn wir in Schleswig-Holstein 8.600 Einbruchdiebstähle haben, 1.100 Einbrüche mehr als im Jahr 2014, ein Anstieg um 15 % - nicht einmal 10 % werden davon aufgeklärt -, und die Experten gehen jetzt schon - wir haben das in den Pressekonferenzen gehört - davon aus, dass die **Aufklärungsquote** eher noch sinken wird, und wir haben jetzt schon die schlechteste Aufklärungsquote aller Flächenländer in Deutschland, dann ist es doch kein Wunder, dass sich die Menschen Sorgen machen. Das, was der Innenminister heute berichtet hat, wäre - so finde ich - noch interessant gewesen, wenn er das vor einigen Monaten gemacht hätte. Aber die Fakten, die wir heute kennen, die kennen wir nur, weil wir Druck gemacht haben, weil die Öffentlichkeit Druck gemacht hat. Der Minister wollte das dem Parlament und der Öffentlichkeit bis heute verschweigen, was wir heute wissen.

(Beifall CDU)

(Daniel Günther)

Die Menschen sollten über das Ausmaß der Kriminalität in unserem Lande belogen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Martin Habersaat [SPD]: Was ist das denn wieder für ein Quatsch? So ein Scheiß! - Weitere Zurufe - Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch kompletter Käse!)

Er wollte bis zum Frühjahr 2016, bis März warten, bis diese Zahlen veröffentlicht werden. Das hat er öffentlich gesagt. Schauen Sie sich den Bericht an, der heute vorliegt. Der ist am 13. Januar 2016 veröffentlicht worden. Dort heißt es, dass Aussagen zur Aufklärungsquote 2015 erst nach Abschluss der jährlichen **Polizeilichen Kriminalitätsstatistik** getätigt werden können.

Vorab heißt es sogar:

„Erfreulich ist, dass die Aufklärungsquote ... in Schleswig-Holstein im Jahr 2014 um 2,4 Prozentpunkte ... auf 12,6 % gestiegen ist.“

Stärker kann man den Menschen doch nicht Sand in die Augen streuen, wenn man dem Parlament zeitgleich solche Berichte zuleitet, auf Druck der Öffentlichkeit eine Pressekonferenz macht und das Gegenteil berichten muss, weil die Fakten in diesem Bericht falsch sind. Da müssen sich die Menschen doch veräppelt vorkommen.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Ihnen ist bekannt, dass wir uns hier nicht gegenseitig der Lüge bezichtigen. Ich rüge Sie dafür, dass Sie das wiederholt getan haben, heute noch einmal.

(Beifall Martin Habersaat [SPD] und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe)

Ich frage Sie jetzt, ob Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dolgner zulassen.

Daniel Günther [CDU]:

Sehr gern lasse ich die Zwischenfrage meines Doktor-Kollegen zu.

Dr. Kai Dolgner [SPD]: Herr Kollege Günther, da Sie ja aus den PKS-Veröffentlichungen und daraus, wann sie normalerweise kommen, jetzt so einen Skandal versuchen zu konstruieren: Erinnern Sie sich, wann Ihr In-

nenminister Schlie den sehr deutlichen, sogar dimensional ähnlichen Anstieg der Einbruchszahlen 2009 auf 2010 veröffentlicht hat, in welchem Monat das gewesen ist?

- Herr Kollege Dr. Dolgner, ich hätte mir denken können, dass jetzt Wissensfragen kommen, wenn Sie Ihre Frage stellen.

- Besser als Behauptungen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Nein!

- Also, wann?

- Herr Kollege Dr. Dolgner, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Antwort wissen, das der Öffentlichkeit jetzt schon zu sagen. Ehrlich gesagt ist mir diese Zwischenfrage völlig schnurz, weil sie nichts mit dem zu tun hat, was ich hier angesprochen habe.

(Beifall Volker Dornquast [CDU])

Hier wird ein Bericht vorgelegt, und am gleichen Tag wird durch diesen Minister mündlich das Gegenteil erklärt.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Dabei bleibe ich: Das finde ich einen politischen Skandal. Davon sollten Sie mit solchem Flüchten in die Vergangenheit auch nicht ablenken.

(Lachen Dr. Kai Dolgner [SPD])

Eine weitere Zwischenfrage lasse ich auch nicht zu.

(Beifall CDU - Demonstrativer Beifall Kirsten Eickhoff-Weber [SPD] und Martin Habersaat [SPD] - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Deswegen bringe ich Ihnen auch das Zitat aus dem Oktober 2015 von Minister Studt - 14. Oktober 2015 -:

„Ich will es einmal in aller Deutlichkeit sagen: Aus polizeilicher Sicht gibt es überhaupt keine Hinweise über erhöhte Kriminalität.“

Heute wissen wir: Schon damals lag dem Minister vor, dass es Hinweise auf eine deutlich erhöhte Kriminalität gibt. Da können Sie doch heute nicht im Landtag erzählen, dass das eine transparente **Öffentlichkeitsarbeit** ist, die in diesem Bereich gemacht wird.

(Beifall CDU und FDP)

(Daniel Günther)

Als wenn der Bericht nicht schon schlimm genug für die Menschen in unserem Land wäre, die sich Sorgen um die innere Sicherheit machen: Ihr Antrag heute setzt dem Ganzen wirklich noch die Krone auf. Wenn Sie hier solche Sätze in Ihren Antrag schreiben wie:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag begrüßt, dass es keine Konkurrenz zwischen Flüchtlingsaufgaben der Landespolizei und der Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls gibt.“

- Da wissen Sie doch, dass das falsch ist. 500 Polizisten sind dafür abgezogen worden. Ich sage nicht, dass dies falsch ist, aber dass diese 500 Polizisten sich nicht um andere Dinge kümmern können - da muss man doch kein Prophet sein, um zu sagen, dass diese Aussage definitiv falsch ist.

(Beifall CDU und FDP)

Ich frage mich, ob Sie, als Sie das Ding formuliert haben, abends gesessen und darüber gefeixt haben, was Sie da alles aufschreiben. Punkt sechs ist wirklich blanker Hohn:

„Die Präsenz der Polizei in der Fläche bleibt nachhaltig und langfristig gewährleistet, auch und gerade aufgrund künftiger Organisationsoptimierungen bei der Polizei, die bereits beschrieben und veröffentlicht sind.“

(Christopher Vogt [FDP]: Unglaublich!)

Wer soll das eigentlich glauben? Und so etwas wollen Sie heute im Schleswig-Holsteinischen Landtag beschließen? Das ist doch völlig lächerlich!

(Beifall CDU und FDP)

Frau Kollegin von Kalben, wirklich, ich kann verstehen, dass Sie heute im Landtag keinen Antrag vorlegen können, den Sie gemeinsam mit der Opposition verabschieden, in dem wir Kritik an Ihrem Minister äußern. Wir waren auch einmal in Regierungsverantwortung und wissen, dass man hier im Landtag schon auch eine gewisse politische Rückendeckung gibt. Das kann ich ja noch verstehen. Aber angesichts dessen, was sich in der letzten Woche abgespielt hat, in der erst Medien - die übrigens immer zu Unrecht von PEGIDA und AfD als Lügenpresse beschimpft werden - wirklich in der letzten Woche aufgeklärt und so viel Druck auf den Minister ausgeübt haben, dass er erst dadurch gezwungen wurde, in die Öffentlichkeit zu gehen, dann einen solchen Satz vor den Menschen heute hier zu formulieren und heute verabschieden zu wollen:

„Der Innenminister hat die Öffentlichkeit auf der bislang zugänglichen Datenbasis frühzeitig, transparent und umfassend zu einem das Sicherheitsgefühl in besonderer Weise beeinflussenden Kriminalitätsphänomen informiert und begegnet damit wirksam öffentlichen Spekulationen und Mutmaßungen.“

(Lachen CDU und FDP - Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beantrage jetzt hiermit, dass wir das noch ergänzen um die Sätze: „Die Ereignisse in der Silvesternacht in Köln haben das Rechtsgefühl der Menschen in unserem Land gestärkt. Wir danken dem Polizeipräsidenten für seine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit und bieten ihm an, seine erfolgreiche Arbeit in Schleswig-Holstein fortzusetzen.“

(Beifall CDU, FDP und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das wäre dann wirklich perfekt für Ihren Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner? - Herr Dr. Stegner hat das Wort.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wann haben wir über Populismus gesprochen?)

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Kollege Günther, bei aller Auseinandersetzung in der Sache finde ich nicht, dass der Zynismus, den Sie hier an den Tag legen, des Themas angemessen ist. Im Übrigen belegen Sie mit Ihrem Hinweis im Grunde, warum es nötig ist, dass wir solche Dinge in den Bericht hineinschreiben - was Herr Kubicki vorhin kritisiert hat. Dass wir das tun müssen, zeigen Ihre Reden. Ansonsten fordere ich Sie, wenn Sie die Regierung der Lüge bezichtigen, was Sie vorhin getan haben, dazu auf - unabhängig von dem Stil -, dass Sie das hier belegen und nicht Behauptungen aufstellen. Sonst werden wir Sie nämlich drankriegeln. Das will ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daniel Günther [CDU]:

Herr Kollege Dr. Stegner, die Beweisführung liegt ja auf dem Tisch. Ich werde das nicht mehr hier im Landtag sagen. Ich habe gesagt: Der Bericht liegt schriftlich vor, den können Sie sich angucken. Die Pressekonferenz, die der Innenminister am gleichen Tag, am 13., gegeben hat, ist bekannt. Sie können sich die Widersprüche eins zu eins durchlesen. Danach können Sie von mir aus selbst formulieren, wie Sie das bezeichnen wollen. Ich habe es bezeichnet, wie Sie es bezeichnet haben. Sie können eine andere Auffassung dazu äußern.

Ich bleibe im Übrigen dabei: Mit dem Antrag, den Sie heute formulieren, Herr Dr. Stegner, machen Sie genau den gleichen Fehler, den die Menschen nicht mehr haben wollen. Sie streuen den Menschen Sand in die Augen, um zu kaschieren. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Wir haben das am Freitag letzter Woche gemerkt, als der Innenminister stundenlang gebraucht hat, um überhaupt zu den öffentlichen Darstellungen Stellung zu nehmen.

Die Wahrheit ist: Sie können in diesen Bereichen überhaupt keine gemeinsame Linie hinbekommen, weil Sie nur noch Spurenelemente einer gemeinsamen Linie haben. Deswegen ist dieser Antrag mit sechs Punkten das Papier nicht wert, auf dem er steht, weil keine einzige konkrete Forderung darin ist, die den Menschen irgendeine Hoffnung macht, dass es in diesem Bereich besser wird.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, Sie gestatten, wie Sie mir deutlich gemacht haben, eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki. Dann hat Herr Kubicki jetzt das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Günther, stimmen Sie mit mir darin überein, dass die Formulierung aus den „Kieler Nachrichten“ vom 14. Januar 2016, und zwar von den Journalisten, die den Bericht geschrieben haben: „Innenminister macht jetzt kriminelle Zuwanderer für Einbruchsserien verantwortlich“, darauf hindeutet, dass jedenfalls die Journalisten und ein großer Teil der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit davon ausgegangen war, dass der Innenminister bis dahin, nämlich bis zum 14. Januar 2016, nicht dieser Auffassung war und sich auch nicht entsprechend geäußert hat?

Daniel Günther [CDU]:

Ich stimme Ihnen in dem, was Sie gesagt haben, eins zu eins zu, Herr Kollege Kubicki.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das freut mich!)

Das hat Sie getroffen, weil das alles bestätigt hat, was ich vorher gesagt habe. Deswegen sind Sie auch so ruhig. Es gibt einfach Fakten, die man nicht vom Tisch wischen kann.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie konkrete Vorschläge zum Thema machen! - Lachen CDU und FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Die macht er doch!)

- Gucken Sie sich bitte einmal unseren Antrag an! Sie sollten sich einmal die Vorlagen durchlesen, Herr Kollege Andresen!

(Zurufe)

Bei aller Richtigkeit, die Ihrem Antrag zu entnehmen ist, bei all dem, was Sie deutlich machen, bei all dem, was dieser Bericht feststellt, was auch Herr Kubicki gesagt hat, ist festzustellen: 90 % der im Fokus stehenden **Straftäter** sind **Ausländer**. Da sind in unserem Land Asylbewerber dabei. Sie beschreiben völlig zu Recht, dass uns das nicht dazu führen darf, dass wir das verallgemeinern und den Menschen den Eindruck vermitteln, es seien diejenigen, die hierher kommen, krimineller als diejenigen, die in unserem Land leben. Das dürfen wir auf gar keinen Fall machen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Von daher kann ich verstehen, dass Sie so formulieren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie haben vorhin anderes behauptet!)

Ich hätte mir schon gewünscht, dass Sie in Ihrem Antrag umgekehrt in aller Klarheit auch sagen, dass diese Menschen trotz alledem mit aller Härte des Gesetzes bestraft werden müssen, und dass Sie Möglichkeiten aufzeigen, wie das geändert werden kann.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das, was der Innenminister in seiner Pressekonferenz letzte Woche gesagt hat, konnte ich bei der Schnelligkeit, in der er das machen musste, noch nachvollziehen. Er hat da keine einzige Möglichkeit aufgezeigt, wie sich das in diesem Bereich bessern kann. Eine Woche Zeit hätte jetzt schon ausreichen

(Daniel Günther)

können, um etwas Konkretes vorzulegen. Herr Kollege Andresen, das haben Sie uns vorgeworfen. Diesen Anspruch erfüllen Sie selbst überhaupt nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie erklären, dass das Konzept erfolgreich ist! - Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es reicht auch nicht aus, hier nur Vorschläge zu machen. Das, was die Menschen wirklich umtreibt, sind konkrete Fälle, die wir in unserem Land haben. Wenn wir zwei Asylbewerber aus Neumünster haben, die erfolglos versucht haben, nach Dänemark weiterzureisen, daraufhin einen jüdischen Franzosen wegen seiner Kippa überfallen und ausgeraubt haben sollen

(Zurufe SPD: Haben sollen!)

- ich habe gesagt: sollen! -, die beiden ergriffen werden, Haftbefehl gegen sie erlassen wird, dieser aber außer Vollzug gesetzt wird, stelle ich mir schon die Frage: Wie viel Fluchtgefahr muss es eigentlich erst geben, damit Tatverdächtige festgesetzt werden können?

Wir dürfen uns eben nicht damit zufriedengeben, dass Menschen versuchen, ihre Sicherheit selbst in die Hand zu nehmen. Wir haben konkrete Vorschläge vorgelegt. Wir brauchen die **Taskforce**, die wir vorgeschlagen haben, in unserem Land, und mehr als das, was im Moment gemacht wird.

Die **Zusammenarbeit mit Hamburg** reicht eben in der Form, in der sie bisher durchgeführt wird, nicht aus. Es ist doch auch keine Lösung, dass wir Einbrecher aus Hamburg nach Schleswig-Holstein verdrängen. Das, was der Kollege Kubicki gesagt hat, ist richtig: Nur durch eine **flächendeckende Präsenz der Polizei** schaffen wir es, dass die Anzahl der kriminellen Taten in unserem Land zurückgeht.

Natürlich brauchen wir eine **handlungsfähige Justiz**, damit im Anschluss daran die Einbrecher dingfest gemacht werden können. Die Polizistinnen und Polizisten wenden sich auch an uns als Politik und sagen: Selbst wenn wir einmal jemanden aufgreifen, selbst wenn wir einmal jemanden erwischen, führt das am Ende nicht dazu, dass diejenigen bestraft werden, sondern wir müssen sie am nächsten Tag neu aufgreifen.

Wenn die Gesetze, die wir haben, nicht ausreichen, um wirklich zu einer Lösung zu kommen, dann - sage ich Ihnen - schwindet das Vertrauen der Menschen in unsere Sicherheit, in unseren Rechtsstaat enorm. Deswegen, finde ich, müssen Sie sich schon mehr anstrengen, als nur zu sagen, unsere Punkte

helfen jetzt nicht weiter, selbst aber nichts vorlegen. Sie müssen sich schon damit auseinandersetzen und konkrete Vorschläge machen, wie Sie diese Lage in den Griff bekommen wollen.

(Beifall CDU)

Dazu rufe ich Sie herzlich auf. Stimmen Sie unserem Antrag zu. Dann gehen wir einen Schritt in die richtige Richtung. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall CDU und Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Kollegin Simone Lange.

Simone Lange [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Günther, wenn ich Ihre Mutter wäre, würde ich jetzt sagen: So richtig um die Sache ging's dir nicht, min Jung, aber eine gute Bewerbungsrede gegenüber dem Liebling hast du hier gehalten.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe CDU)

Ich halte es da eher mit dem Hinweis von Herrn Kubicki, für den ich sehr dankbar bin. Ich hoffe, wir beherzigen das in Zukunft noch öfter. Ich glaube, in der Tat wollen die Menschen draußen so etwas wie das, was wir gerade gehört haben, nicht mehr hören. Es kommt uns allen doch aus den Ohren raus.

Ich halte es da mehr mit dem Faktencheck. Ich weiß, Fakten mögen Sie nicht so gern hören. Aber nun müssen Sie auch mir 17 Minuten lauschen. Ich beginne etwas spannend mit einem Rätsel. Vielleicht lösen Sie es ja selbst.

Die einen verlängern die Lebensarbeitszeit von Polizeibeamtinnen und -beamten, die anderen heben das Einstiegsamt von A 7 auf A 8. Die einen streichen die Jubiläumszulage, die anderen führen sie wieder ein und erhöhen nach jahrelangem Stillstand die Erschwerniszulage gleich mit.

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist schwer! Noch ein paar mehr!)

Die einen schaffen während ihrer Regierungszeit keine einzige Personalstelle mehr bei der Landespolizei, es waren am Ende ihrer Regierungszeit sogar 74 weniger, die anderen schaffen im selben Zeitraum mehr als 400 neue Planstellen. Die einen

(Simone Lange)

fordern eine Dezentralisierung der Landespolizei. - Mhm!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Bei den einen steigen die Einbrüche, bei den anderen gehen sie zurück! - Zurufe SPD)

- Darauf komme ich gleich! Herr Dr. Garg, ich ziehe diesen Punkt vor. Jetzt wird es ganz spannend: Während der Regierungszeit der einen stieg die Einbruchquote um 23 %,

(Zurufe SPD: Hört, hört!)

im selben Zeitraum der anderen stieg sie nur um 10 %.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um noch einmal auf den Anfang zurückzukommen: Die einen fordern eine **Dezentralisierung der Landespolizei**, die anderen wundern sich über diese Forderung schon sehr, denn die Landespolizei ist mit ihren sieben Flächendirektionen, der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung, dem Landeskriminalamt und dem Landespolizeiamt dezentral organisiert.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wissen Sie, was Sie schreiben und was Sie sagen?

Wir wollen Transparenz, und ich danke dem Innenminister an dieser Stelle sehr für seinen Mut, sehr frühzeitig, offen und transparent darzulegen, wie die Lage im Land ist. Denn wenn wir uns dem Thema und in Verantwortung für die Menschen unseres Landes wirklich angemessen verhalten wollen, dann müssen wir aufhören, alten Reflexen zu folgen, die ihre Zeit eigentlich überdauert haben und die hier niemand im Land mehr hören will.

Ich habe mithilfe des Kollegen Dolgner ein bisschen im Archiv kramen dürfen. 1983 - das Jahr, in dem ich eingeschult wurde - zählte die Kriminalstatistik in Schleswig-Holstein 9.376 Einbruchstaten. Diese Zahl stieg bis 1986 auf fast 10.000 Taten pro Jahr an.

(Zurufe SPD)

Einige Jahre später, nämlich 1993, titeln die Zeitungen - das kann ich gern noch einmal zeigen - mit denselben Schlagzeilen wie heute: „Einbrecher treiben die Statistik in die Höhe“ oder „Einbrecher haben Hochkonjunktur“. Denn es waren damals sage und schreibe 11.300 Einbruchstaten in einem Jahr.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir dürfen jetzt nicht Apfel mit Birnen vergleichen! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

- Wir wollten uns doch auf Fakten beschränken, Herr Kubicki.

(Zurufe)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Simone Lange [SPD]:

Wir wollten uns doch auf Fakten beschränken und uns wirklich sachlich mit den Dingen auseinandersetzen.

(Zurufe CDU)

Es ist 13 Jahre her, dass schon der damalige Innenminister dazu aufgerufen hat, mit Konzepten vor Ort hinzusehen und zu helfen, nachbarschaftliche Initiativen zu schaffen, um den **Schutz vor Einbrüchen** zu erhöhen. Seinerzeit rührte er die Werbetrommel für die Einrichtung kriminalpräventiver Räte auf kommunaler Ebene, weil der Innenminister damals richtigerweise erkannt hatte, dass diesem Phänomen am besten vor Ort begegnet werden kann.

Schon damals fielen übrigens die Reaktionen der Opposition nach dem altbekannten Muster aus: Da wurde erst einmal der Minister pauschal kritisiert, alles sei konzeptlos, es liege schlichtweg nur an der mangelnden Polizeipräsenz: Wir brauchen eine stärkere Polizei! - Das kommt uns heute alles sehr bekannt vor.

Heute heißt es in den Schlagzeilen, die Steigerung der Einbruchszahlen um 50 % - die 50 % hat Herr Günther vor zwei Wochen offenbart; ich weiß zwar nicht, worauf er sich dabei bezieht; er hat einfach einmal nur die Zahl 50 % in den Raum geworfen - sei ein klarer Beleg für die mangelhafte Personalausstattung bei der Polizei.

Nächste Aussage: Die niedrige Aufklärungsquote sei eine Kapitulation des Rechtsstaates.

Dritte Aussage: Und die Polizei müsse jetzt endlich von der Kette gelassen werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Wer hat das gesagt? - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat das überhaupt gesagt, das wird hier dauernd in den Raum gestellt! - Zuruf CDU: Belegt das doch einmal! - Weitere Zurufe)

(Simone Lange)

Ich bin noch nicht so lange im Parlament wie Sie, aber ich weiß, dass ich das nicht mehr hören kann und die Bürgerinnen und Bürger des Landes auch nicht mehr. Das sind Scheinargumente, die haben mit Sachlichkeit nichts mehr zu tun.

(Vereinzelter Beifall SPD - Daniel Günther [CDU]: Das sind Unwahrheiten, nichts anderes! - Zuruf Volker Dornquast [CDU] - Martin Habersaat [SPD]: Guten Morgen, Herr Dornquast!)

Unsere Verantwortung gegenüber den Menschen unseres Landes beginnt damit, genau diese Faktensituation transparent zu machen - ohne jede Manipulation. Wohnungseinbruchdiebstahl, ob versucht oder vollendet, ist eine schwere **Straftat**, die nach dem Strafgesetzbuch mit einer Strafe bis zu zehn Jahren geahndet wird. Die sogenannte TKÜ, die **Überwachung der Telekommunikation**, ist bei Bandenkriminalität bereits möglich. Seit Jahrzehnten ist dieses Kriminalitätsphänomen eines, das sich ambivalent entwickelt. Während wir Anfang der 90er-Jahre in Schleswig-Holstein bis zu 11.000 Taten in einem Jahr zu beklagen hatten, sank diese Zahl zuletzt bis auf 7.500 Taten ab. Zwischen 2012 und 2014 blieb sie dann konstant und steigt jetzt wieder an.

Man muss jetzt auch ehrlich bleiben: Wie hoch und wie viel sie ansteigt, wissen wir noch gar nicht. Die PKS ist noch nicht veröffentlicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Hat der Minister nicht gesagt, 8.500 Taten?)

- Weil Sie nicht zuhören, das ist Ihr Problem.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Der Minister hat eine Annahme veröffentlicht. Richtigerweise hat er das sehr frühzeitig getan, damit wir eben nicht im März möglicherweise alle aus den Puschen kippen. Er hat sehr frühzeitig davor gewarnt, dass wir durch die steigenden Vorgangszahlen - und nichts anderes hat er gesagt - einen Anstieg zu erwarten haben. Aber wir wissen nicht, wie hoch der sein wird.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Und schon sagt Herr Günther, wir hätten einen Anstieg von 50 %. Herr Kubicki, wenn ich auf Ihre Aufforderung von vorhin zurückkomme: Wo hat das was mit Sachlichkeit zu tun?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Flemming Meyer [SSW] - Zurufe CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung - -

(Zurufe CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, das Wort habe jetzt ich, und ich frage die Kollegin Simone Lange, ob sie eine Bemerkung des Abgeordneten Kubicki gestattet.

Simone Lange [SPD]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Frau Kollegin Lange, ich bin jetzt wirklich etwas verwirrt.

- Das glaube ich.

Ich bin deshalb verwirrt, weil ich den Worten des Ministers gelauscht und seine Presseveröffentlichung zur Kenntnis genommen habe. Wollen Sie uns im Hohen Haus erklären, dass der Minister mit seiner Einschätzung der Zahlen zu hoch gegriffen hat und wir erwarten dürfen, dass es weniger werden wird?

(Zurufe SPD)

Wenn ich heute die Erklärung bekomme, er geht davon aus, dass wir 8.456 Wohnungseinbruchdiebstähle zu verzeichnen haben werden - davon geht er aus -, dann muss ich mich darauf doch verlassen können. Oder wollen Sie mir sagen, ich müsse jetzt warten, bis die Statistik da ist und wir dann feststellen können, es sind 8.456?

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, das will sie behaupten! - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hat er denn dann heute einen Bericht gegeben? Dann lasst uns doch nach Hause gehen, und dann warten wir, bis der Bericht da ist. - Das ist unglaublich, so etwas.

- Herr Kubicki, wollen Sie eine Antwort von mir oder nicht?

(Zurufe)

- Ich wollte eine Antwort von Ihnen, ja. - Das ist unglaublich.

- Nein, Herr Kubicki, aber der Unterschied liegt darin, dass wir eine **Polizeikriminalstatistik** haben, die jedes Jahr im März veröffentlicht werden wird. Da stehen die absoluten Fakten drin und der können wir dann auch entnehmen, wie hoch die Aufklärungsquote tatsächlich ist. Aber es ist doch richtig, dass er frühzeitig davor warnt, wenn er feststellt,

(Simone Lange)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Vor was warnt er denn?)

dass wir im Vorgangssystem - ein Vorgangssystem ist nicht vergleichbar mit einer Kriminalstatistik - diese Zahlen haben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Sie können nicht den Anstieg der Vorgänge mit der Kriminalstatistik des Vorjahres in einen Vergleich setzen. Das ist schlichtweg nicht richtig. Aber es ist richtig, eine Frühwarnung zu geben. Deshalb ist es richtig, was der Minister gesagt hat, und ich dementiere das nicht, aber ich warte auch ein Stück weit die Kriminalstatistik ab.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Kubicki?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ich wollte nur eine Nachfrage stellen!)

Simone Lange [SPD]:

Ich möchte gern weiter fortfahren. - Neben dem Anstieg der Wohnungseinbruchszahlen beklagen wir derzeit nämlich ebenfalls eine **geringe Aufklärungsquote**. Auch das ist keine ganz neue Erkenntnis. Warum ist die Aufklärungsquote bei Wohnungseinbrüchen im Vergleich zu anderen Straftaten eigentlich so niedrig, generell niedrig? Auch hier lohnen ein genauerer Blick und eine sachliche Analyse. Die meisten Straftaten werden durch Hinweise von Opfern und Zeugen aufgeklärt. In der Regel gibt es bei Wohnungseinbruchdiebstahl keine Zeugen, und Tatortspuren sind immer weniger vorhanden, weil die Täterinnen und Täter entsprechende Vorkehrungen treffen, keine Spuren zu hinterlassen. Arbeiten die Täter überregional und in bandenmäßigen Strukturen, kann ich auch im Nachhinein keine Hinweise im näheren Umfeld finden.

Wer also behauptet, die geringe Aufklärungsquote sei einem Mangel an Polizisten geschuldet, der irrt. Internationale Studien belegen, dass mit einem Mehr an Polizei nicht automatisch ein Mehr an Aufklärung einhergeht.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN] und Lars Harms [SSW])

Aber dort, wo sich Projekte vor Ort mit sozialen Strukturen auseinandersetzen, wo sie vor Ort auch mit Sicherheitskonzepten arbeiten, da steigt die Aufklärungsquote und auch das **Sicherheitsempfinden** der Menschen.

Auch dazu möchte ich etwas sagen. Das **Sicherheitsempfinden** der Menschen ist subjektiv, und es entwickelt sich paradoxerweise nicht parallel zum objektiven Tatgeschehen. Meistens ist es nämlich dort am geringsten ausgeprägt, wo auch die Kriminalitätsraten am geringsten sind. Auf der anderen Seite ist das Sicherheitsgefühl der Menschen in städtischen Ballungsgebieten, nämlich dort, wo es auch höhere Kriminalitätsraten gibt, komischerweise höher. Dieses Paradoxon haben auch Wissenschaftler seit Jahren nicht wirklich erforschen können.

Das Sicherheitsgefühl wird aber beeinflusst durch das Vertrauen, das die Menschen in staatliche Institutionen haben. Es gilt hier also, das Vertrauen in unsere Landespolizei zu stärken. Angesichts Ihrer Aussagen - jetzt ist Herr Günther nicht da; doch, da ist er - und Ihrer Pressemitteilungen im Vorwege bin ich mir ehrlich gesagt nicht ganz sicher, ob Sie dieses Vertrauen in unsere Landespolizei auch ernsthaft setzen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben dieses Vertrauen in unsere Landespolizei, und ich habe mich ganz besonders heute Morgen über einen Artikel im schleswig-holsteinischen Zeitungsverlag gefreut. Der Dekan des Fachbereichs der Polizei der Verwaltungsfachhochschule belegt das auch, indem er sagt, unsere Polizei sei gut ausgestattet, gut aufgestellt und habe eine sehr gute Ausbildung. Wir haben keinen **Mangel an Polizeibeamten**. Natürlich kann mehr immer besser sein, und daran werden wir auch weiter arbeiten. Das sagen wir in aller Deutlichkeit. Wir sagen nicht, dass das Ende der Fahnenstange beim Ausbau der Personalstellen sozusagen schon erreicht ist. Aber wir sagen auch: Wir können wirklich großes Vertrauen in die großartige Arbeit der Landespolizei haben und fühlen uns durch diese Aussagen des Dekans auch bestätigt.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unsere Landespolizei beweist nämlich ein um das andere Mal, dass sie schnell und zielorientiert Problemlagen erkennt und konsequent angeht. Sie ist ständig zu Organisationsentwicklungen bereit. Trotz der erheblichen Belastungen des letzten Jah-

(Simone Lange)

res hat die Landespolizei ihre **Aktivitäten zur Bekämpfung des Einbruchdiebstahls** sogar noch ausgeweitet. Es wurde dort mehr Personal eingesetzt - der Minister hat es gesagt -, 27 Planstellen wurden umgesteuert. Und das **täterorientierte Landeskonzert** zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls wurde erstmals auch im Sommer fortgesetzt. Die Zusammenarbeit mit Hamburg wurde verstetigt und intensiviert, und es gibt mittlerweile einen regelmäßigen Informationsaustausch mit allen Bundesländern. Das war übrigens etwas, was vor zwei Jahren Bundesinnenminister de Maizière selbst angeschoben hat. Das muss man an der Stelle anerkennen.

(Beifall Martin Habersaat [SPD])

Deshalb gilt unser Dank allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und allen Beschäftigten in der Landespolizei, die das insbesondere in den letzten Monaten wirklich mit herausragend großer Einsatzbereitschaft gemeistert haben. Wir vergessen auch nicht, dass auch unter ihnen Opfer von Wohnungseinbrüchen sind.

(Beifall Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Soweit zu den Fakten. Es gibt auch einige **Mythen** - leider. Zwei davon will ich noch ansprechen. Ein Mythos: Mehr Streifenpolizisten schrecken Einbrecher ab. Das sieht der BKA-Chef übrigens anders. Er sagt, auch wenn die Zahl der Streifenwagen verdoppelt würde, hätte das keinen spürbaren Einfluss auf Einbruchs- und Aufklärungsquote. Im Zweifel wartet der Täter, bis der Streifenwagen vorbeigefahren ist. Dies bestätigen im Übrigen auch internationale Studien. Der beste **Einbruchsschutz** ist immer noch die **mechanische Sicherung** an Türen und Fenstern sowie aufmerksame Nachbarn. Zwei bis drei Minuten würden Täter es versuchen, und im Falle der Erfolglosigkeit von dem Versuch ablassen.

Mythos 2: Banden aus Osteuropa sind für die Mehrzahl der Einbrüche verantwortlich. Das ist eine wirklich interessante Behauptung angesichts der Tatsache, dass mehr als 85 % der Einbrüche ja tatsächlich unaufgeklärt sind. Fakt ist nämlich, dass es die eine Gruppe der Täter gar nicht gibt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das hat der Minister doch öffentlich erklärt!)

- Auch das kann ich Ihnen gleich noch erklären, vielleicht stellen Sie mir noch eine Zwischenfrage, dann habe ich die Chance, das noch zu erklären.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Brauche ich gar nicht!)

- Weil Sie es nicht hören wollen.

(Zurufe SPD)

Die eine Tätergruppe der Einbrecher gibt es nämlich gar nicht. Nach Analyse des BKA sind ungefähr 28 % tatsächlich **überregional tätige Einbrecher**. Jedoch - und das muss man sich auch einmal vor Augen führen - gehen circa 32 % der Einbrüche auf das Konto der sogenannten Beschafferkriminellen. Das sind in der Regel Drogenabhängige, die sich durch Einbrüche ihre Drogen finanzieren.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Peters?

Simone Lange [SPD]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Peters, bitte.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Kollegin, können Sie bitte diese Zwischenfrage, die Sie vom Herrn Kollegen Kubicki erwartet hatten, einmal mir beantworten? Das würde mich brennend interessieren.

Simone Lange [SPD]:

Herr Kubicki hat eben Bezug darauf genommen, das 90 % der Täter ausländische Täter seien oder vom Balkan kämen - ich weiß nicht, ob er das so oder so gesagt hat. Er bezieht sich damit auf eine Aussage des Ministers. Das muss man in der Tat auch unter die Lupe nehmen. Denn der Minister hat Bezug genommen auf die sogenannten **Tatkomplexe**. Wir haben in diesem Land etwas über 100 Tatkomplexe, das sind die sogenannten Serien, die in einer besonderen Ermittlungsgruppe bearbeitet werden. In diesen Serien konnte man tatsächlich - es waren keine 90 % - einen hohen Anteil an ausländischen Tätern identifizieren oder zumindest Tatverdächtige - korrekterweise muss ich das sagen. Jetzt muss man aber wiederum - da müssen Sie auch ein Stück weit zuhören - wissen, dass die Tatkomplexe nur einen geringen Anteil an der Gesamtanzahl der Wohnungseinbrüche ausmachen. Wir sind weit weg von der Annahme, dass ausländische Täter hier einen Anteil von 80 % an allen Einbruchstaten hät-

(Simone Lange)

ten. Davon sind wir weit weg. Wir liegen wahrscheinlich eher bei der Zahl, die der BKA-Chef veröffentlicht hat, bei circa 28 %.

- Vielen Dank für diese lichtvollen Ausführungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ob es uns passt oder nicht, aber die Mehrzahl der Täter bei Wohnungseinbruchdiebstählen kommt leider aus der eigenen Region. Darauf müssen wir auch entsprechende Antworten mit den richtigen Konzepten geben.

Es gibt leider noch einen weiteren Mythos, der Einfluss auf das **Sicherheitsempfinden** hat. - Jetzt muss ich erst einmal den Faden wiederfinden. Ach so, andersherum. Ich hatte schon abgeschlossen, deshalb starte ich noch einmal neu:

Unsere Verantwortung als Parlamentarier sehe ich darin, die Sorgen und vielen Fragen der Menschen ernst zu nehmen. Unsere **Verantwortung** besteht aber nicht darin, den Menschen Angst zu machen, sondern den Menschen Angst zu nehmen, ihnen mit ehrlichen Argumenten zu begegnen und ihnen die Chance zu geben, selbst einzuschätzen: Wie groß ist die Gefahr für mich?

Ich selbst musste letzte Woche einmal zum Hörer greifen, weil jemand versucht hatte, in mein Haus einzubrechen. Dann merkt man, was das mit einem macht, wenn man nachts um elf oder zwölf erst nach Hause kommt. Plötzlich merke auch ich, die eigentlich eine gestandene Polizeibeamtin zu sein scheint, dass es etwas mit mir macht, wenn ich im Dunkeln nach Hause komme und ich mich fragen muss: Warum brennt das Licht draußen? Ich fühle mich aber trotzdem sicher, weil mir die Kolleginnen und Kollegen erklärt und gesagt haben: Euer Verriegelungsmechanismus in euren Haustüren und Fenstern ist auf so einem hohen Standard, da wird niemand reinkommen. - Du kannst etwas tun! Das müssen wir den Menschen erklären.

Leider kann niemand eine absolute Sicherheit garantieren. Was wir aber tun können, ist, staatliche Institutionen so gut einzurichten und auszurüsten, dass wir den Eindringlingen mit einer garantierten Konsequenz begegnen und Strafe tatsächlich auf dem Fuße folgt.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sicherheit entsteht eben durch Vertrauen, Vertrauen in staatliche Institutionen und Instrumente. Wir ha-

ben das Vertrauen, und vielleicht können wir Sie doch noch einmal davon überzeugen, auch dieses Vertrauen zu zeigen. In Ihrem Antrag stelle ich allerdings fest - deshalb empfinde ich Ihren Antrag als Bestätigung für unsere Politik -, dass wir die fünf Punkte, die Sie dort beantragen, bereits machen. Das habe ich in meine Rede bereits mit eingebunden. Wir werden den Antrag nicht beschließen, denn wir brauchen ihn nicht. Wir werden ihn ablehnen.

(Tobias Koch [CDU]: Was ist das denn für eine Logik?)

Andersherum bitten ich Sie, unseren Antrag zu unterstützen. Das müssen Sie selbst entscheiden.

Und um das Rätsel aufzulösen - das hätte ich fast vergessen -, die einen und die anderen: Die einen beantragen - wie gesagt - fünf Punkte, die längst Realität sind, und die anderen regieren einfach weiter.

(Heiterkeit und anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Günther, Ihre Reden folgen immer mehr einem ganz bestimmten Muster. Am Anfang kommt so ein bisschen weiße Salbe - ich dachte schon, ich müsste meine Rede umschreiben -, und dann verfallen Sie schnell wieder in das Motto: Immer feste druff! - So war es gestern und auch heute.

So ein bisschen erinnern Sie mich an den sagenhaften König Midas, dem wurde alles, was er anfasste, zu Gold. Alles, was Sie in den Mund nehmen, wird bei Ihnen zu Polemik. Aber Sie werden feststellen müssen, genauso wenig wie König Midas Gold essen konnte, kann man im politischen Geschäft auf Dauer nur mit Polemik vorankommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Das Problem der heutigen Debatte ist Folgendes: Sie wollen sich bisher nicht in einer rationalen Diskussion den komplexen Fragen stellen und sich an Fakten und Lösungen orientieren. Stattdessen tönen Sie lautstark im Wahlkampfmodus - Herr Liebing

(Burkhard Peters)

sitzt da oben - nach dem Motto: Wer kann besser innere Sicherheit!

Da sieht sich die selbsternannte Sicherheitspartei CDU natürlich an vorderster Stelle, im Schlepptau die FDP.

Meine Damen und Herren, diese Rechnung geht nicht auf. Die reine Parteilbrille führt in die Irre.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau! - Beifall FDP)

Unter CDU-Regierungen war es keinen Deut besser. Das hat Frau Kollegin Lange eben schon lang und breit dargelegt. Der Versuch irgendeiner Partei, sich als strahlender Retter in der Not zu präsentieren, ist bei jedem, der bis drei zählen kann, zum Scheitern verurteilt und entbehrt vor allem jeglicher Faktengrundlage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es gibt auch niemanden, wirklich niemanden in politischer Verantwortung, der die Lage beschönigt. Angesichts der Pressekonferenz des Herrn Innenministers vom 13. Januar 2016 kann ich diesen Vorwurf überhaupt nicht nachvollziehen.

Also zu den Fakten. Jetzt kommt es faktenmäßig wieder knüppeldicke:

Schaut man sich die Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundeskriminalamts an, liegt Schleswig-Holstein beim Wohnungseinbruch seit 20 Jahren kontinuierlich mit den Flächenländern NRW und Saarland in der Spitzengruppe.

Diesbezüglich hat es auch keine Änderungen in den Jahren 2005 bis 2012 gegeben. Einen Zusammenhang zwischen den Fallzahlen und Regierungsverantwortung, den Sie so gern konstruieren möchten, gibt es schlichtweg einfach nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Nur die Stadtstaaten Bremen, Berlin und Hamburg kommen auf noch höhere Werte. Die Rangfolge der Bundesländer änderte sich in den Jahren seit 1999 kaum. Diese Länder, also auch Schleswig-Holstein, lagen und liegen immer deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Offenbar unterliegt Wohnungseinbruch gewissen Zyklen. 2014 hatten wir in Schleswig-Holstein 267 angezeigte Fälle auf 100.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Es ist wichtig, dass man das immer auf eine Bezugsgröße hin darstellt. Für 2015 deuten sich Zahlen in Höhe von 300 Fällen an. 1993 bis

1995 waren die Fallzahlen schon einmal wesentlich höher, nämlich bei durchschnittlich 350. Den niedrigsten Stand erreichte das Land hingegen 2002 mit 172 Fällen pro 100.000 Einwohner.

Ich halte fest: Diese erheblichen **Schwankungen** haben offensichtlich nichts mit den Parteifarben der jeweiligen Innenministerinnen oder Innenminister zu tun, auch nicht mit Regierungskonstellationen. Hören Sie auf, den Leuten zu erzählen, Sie könnten es besser. Es stimmt nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Natürlich ist die äußerst geringe Aufklärungsquote ein großes Problem. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen - Herr Kollege Kubicki wies schon darauf hin - führt seit 2012 bis 2016 eine Langzeitstudie durch. Ein sehr lesenswerter Zwischenbericht liegt seit 2014 vor. Bundesweit liegt danach die **Aufklärungsquote bei Wohnungseinbruchdelikten** bei 15,5 %. Bei anderen Delikten liegt sie im Durchschnitt bei 54 %. Die Frau Kollegin Lange hat eben schon einmal darauf hingewiesen. Sie hat sehr sachkundig erklärt - sie ist Kriminalbeamtin -, woran das bei diesem besonderen Deliktsfeld liegt. Auch hier ist die Spreizung beim Wohnungseinbruch in den Bundesländern ganz erheblich. Hamburg hatte zum Beispiel nach der Studie eine Quote von 7,7 %, Thüringen von 38,5 %. Kein Mensch kann bisher genau erklären, woran das liegt.

Die Aufklärungsquote zu steigern, ist aber nur ein Ziel. Täterinnen und Täter zu ermitteln und zu verurteilen, muss vorrangiges Ziel sein. Darauf muss die gesamte Polizeikraft konzentriert werden. Jeder verurteilte Täter und jede aufgedeckte Bande bedeuten mehr **verhinderte Einbrüche** in der Zukunft. Genauso richtig ist das, was der Innenminister in diesem Zusammenhang dargestellt hat. Von daher ist es auch genau richtig, dass man in Zukunft immer noch stärker auf Prävention setzt.

Dieses zeigt Wirkung. Über die letzten Jahre ist der Anteil der im Versuchsstadium aufgegebenen Wohnungseinbrüche immer größer geworden. Konnten 1993 noch etwa 72 % der Täterinnen oder Täter, meistens Täter, die Beute aus dem Hause schaffen, waren es 2014 nur noch 59 %. Das war bei einem kontinuierlichen Anstieg über die Jahre hinweg der Fall. Dieses deutet darauf hin, dass der Ansatz der Prävention durch geeignete Schutzmaßnahmen tatsächlich zum Erfolg führt und intensiv weiter verfolgt werden muss, wie auch unser Innenminister das heute dargelegt hat.

(Burkhard Peters)

(Beifall SPD und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Völlig neben der Spur läuft meiner Ansicht nach die Diskussion über die Frage, ob die Steigerung der Wohnungseinbrüche mit den im Lande lebenden Asylsuchenden zu tun hat. Nach Aussage des Innenministers kamen 2015 insgesamt 80 Personen als mögliche Einbrecher in das Visier der Ermittlungsbehörden, die sich irgendwann auf das Asylrecht berufen hatten. Das sind 0,16 % aller Asylsuchenden im Jahre 2015, eine Zahl im Promillebereich.

Dass insgesamt das Täterfeld im Wohnungseinbruch möglicherweise von ausländischen Tatverdächtigen dominiert wird, wurde nie in Abrede gestellt und ist übrigens ebenfalls seit vielen Jahren so. Bereits in den 1990er-Jahren sprach man von den sogenannten Rumänenbanden. Der Skandal, den Sie heraufbeschwören wollen, das Innenministerium verschweige Informationen, besteht in keiner Weise.

Meine Damen und Herren, ich will mit diesen Bemerkungen das Problem nicht relativieren oder sogar beschönigen. Jeder Wohnungseinbruch ist ein Wohnungseinbruch zu viel, vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass ein Wohnungseinbruch für die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner ein fürchterliches Erlebnis ist. Darüber haben wir hier schon im letzten Jahr sehr intensiv diskutiert. Und dass Schleswig-Holstein seit vielen Jahren immer im vorderen Feld der besonders betroffenen Bundesländer liegt und bisher kein Kraut dagegen gewachsen ist, ist ein bleibendes Ärgernis. Das ist doch völlig klar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Aber angesichts der Komplexität und der Schwierigkeit der Probleme in einem Europa mit offenen Grenzen und eines Delikts, das offenbar von international operierenden Banden geprägt ist, verbietet es sich einfach, dieses Thema zur Parteiprofilierung zu missbrauchen.

Dies vorausgeschickt, komme ich nun konkret zu Ihren Vorschlägen, meine Damen und Herren von der CDU. Sie werden entweder bereits umgesetzt, oder sie sind nicht zielführend.

Eine landesweit operierende Task Force Einbruchskriminalität existiert beim LKA längst. Diese arbeitet inzwischen ganzjährig. Längst sind auch 27 Planstellen in den Bereich Banden- und Serien-

kriminalität umgesteuert worden. Das ist doch wohl der richtige Schwerpunkt.

Wie mit einem U-Boot versuchen Sie außerdem erneut, Ihre Wahlkampfparole „Kleine Dienststellen erhalten“ in die Debatte einzuschleusen. Dabei ist auch dieser Vorschlag im Zusammenhang mit der Einbruchskriminalität völlig unsinnig.

Nicht nur wurde die **Dienststellenzusammenlegung** bereits unter Innenminister Schlie eingeleitet, was Sie immer geflissentlich übersehen, sondern viel wichtiger ist: Eine Dienststelle mit einem, zwei oder drei Bediensteten, bei der zwar „Polizei“ dransteht, aber keine Polizei drin ist, hilft nicht, sie kann nicht wirksam beitragen zur Bekämpfung der Wohnungseinbrüche.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Hier sind Spezialistinnen und Spezialisten gefragt. Die gut informierten und dreisten Täter scheren sich einen Dreck darum, ob eine nachts unbesetzte Polizeistation in der Nähe ist. Das ist die Wahrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, seien Sie ehrlich zu den Leuten im Lande, anstatt gefühlig klingende Parolen herumzuposaunen.

Es gibt auch längst die von Ihnen geforderte enge Zusammenarbeit mit der Hamburger Polizei. Der Herr Innenminister hat es dargelegt.

Auch Ihr Vorschlag, die §§ 244 und 244 a StGB zu verschärfen, ist ein alter Hut, wie bei den Beratungen vor gut einem Jahr bereits gesagt worden ist. Für Wohnungseinbrecher soll es keinen minder schweren Fall geben, bei Totschlag und Raub aber dann doch? Das können Sie niemandem erklären.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Aber holla!

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Peters, wenn ich Ihnen aufmerksam zuhöre und den Antrag gelesen habe und Sie erklärt haben, dass Präsenz in der Fläche keinen Sinn für die Bekämpfung macht, warum sollen wir dann unter Ziffer 6 Ihres Antrags beschließen: Die Präsenz der Polizei in der Fläche bleibt nachhaltig und langfristig gewährleistet?

(Burkhard Peters)

- Die Präsenz in der Fläche ist natürlich nach wie vor gewährleistet. Ich habe eine Polizeistation mit einem Mann in Breitenfelde. Wenn dann in Hornbek, wo ich wohne, 10 km weiter entfernt eingebrochen wird, dann nutzt das nichts. Da ist es wichtiger, dass eine größere, Tag und Nacht besetzte Polizeistation in Mölln oder in Schwarzenbek schneller einsatzbereit ist als dieser Mann, den ich nachts aus dem Bett klingeln muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der Einbrecher schert sich einen Dreck um diesen Mann in Breitenfelde.

Das war meine Antwort. - Danke.

Auch die Einführung der **Telefonüberwachung** ist eine unsinnige Scheinmaßnahme. Gegen Bandeneinbrüche - das haben wir heute schon gehört - gibt es die Möglichkeit der TKÜ schon längst. Verschonen Sie uns also mit Ihren abgestandenen Vorschlägen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Lars Harms [SSW])

Abschließend zum Antrag der geschätzten Frau Kollegin Ostmeier zur Stärkung der Justiz. Dazu hat bisher noch niemand Stellung genommen, außer der Ministerin. Fünf zusätzliche Stellen für die Staatsanwaltschaft sollen es diesmal sein; wieder einmal außerhalb der Haushaltsdebatte. Das ist endlich einmal ein Vorschlag, der sich hören lässt, wenn es auch der Einzige in dem Antrag ist.

Ich ergänze: Auch eine Aufgabenkritik im Bereich der Staatsanwaltschaft wäre manchmal sinnvoll und überlegenswert. Als Stichworte fallen mir ein: Verfahren wegen illegaler Einreise, Verfolgung von Cannabiskonsum in geringen Mengen oder Schwarzfahren.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In den meisten dieser Fälle arbeiten Polizei und StA direkt für die Aktenablage, und das bindet unnötig wertvolle Kapazitäten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich dem Abgeordneten Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich habe bei der Debatte zur inneren Sicherheit manchmal den Eindruck, dass wir schwanken zwischen dem Schüren von Ängsten einerseits und dem Verharmlosen andererseits, und dass es uns nicht gelingt, den richtigen Mittelweg zu finden. Ich bitte darum zu versuchen, diesen Weg zu finden.

(Volker Dornquast [CDU]: Da sind wir ja mal gespannt!)

Richtig ist beim Thema Wohnungseinbruch einerseits sicherlich, dass das eine schwerwiegende Straftat ist, dass es eben nicht nur um ein Vermögensdelikt geht, sondern auch das Rechtsgut der **Unverletzlichkeit der Wohnung** betroffen ist, und dass solche Straftaten auch zur Traumatisierung von Menschen führen können, die gerade bei älteren oder hilflosen Menschen auch schlimme Folgen für ihr Leben haben können.

Wir verzeichnen hier einen deutlichen Anstieg der Zahlen im Vergleich zum Vorjahr. Auf der anderen Seite ist aber auch richtig, dass es keinen Anlass zur Hysterie gibt, genauso wenig wie zur Beschönigung. Ich habe den Eindruck, dass teils nicht die Kriminalitätsentwicklung, sondern vielmehr die **Medienberichterstattung** und die politische Debatte die Menschen verunsichern und verängstigen. Richtig ist, wie die Kollegin Lange schon ausgeführt hat, dass die Zahl der Wohnungseinbrüche heute trotz des Anstiegs hinter der Zahl in den 90er-Jahren zurückbleibt. Um eine neue Zahl in die Debatte einzuführen: Weniger als 1 % der Bürgerinnen und Bürger ist heute von schwerer Kriminalität wie Wohnungseinbruch, Raub oder Kfz-Diebstahl betroffen. Das zeigt die kriminologische Forschung. Das heißt, wir sollten den Menschen in der Debatte ganz klar sagen: Deutschland ist mit das sicherste Land der Welt.

Es ist wichtig, dass wir die Menschen über das reale Maß an Kriminalität in Deutschland besser aufklären, damit keine unnötige **Verunsicherung** entsteht.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Wir PIRATEN fordern deswegen ein Programm zur Aufklärung über die Kriminalitätswirklichkeit, um der verzerrten Wahrnehmung in Sachen Kriminalität entgegenzuwirken; denn tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass die Menschen den Eindruck

(Dr. Patrick Breyer)

haben, dass es unsicherer wird, während in anderen Bereichen das Gegenteil der Fall ist. Ich erinnere an die Veranstaltung zum Thema Gewaltkriminalität im letzten Jahr, bei der Professor Pfeiffer ausgeführt hat, dass diese im Rückgang begriffen ist.

Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es in einem freien Land nicht. Wir dürfen sie auch nie anstreben denn wenn es sie gäbe, wäre das kein freies Land mehr, dann hätten wir keine Sicherheit, sondern hätten wir die Staatssicherheit, und die wollen wir in unserer Demokratie nicht haben.

(Beifall PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie uns deswegen nie den Eindruck erwecken, jeder Einbruch, der nicht verhindert werden könne, zeuge von Staatsversagen. Es wird nie gelingen, jeden Einbruch zu verhindern. Das kann kein demokratischer Staat leisten.

Was wir aber leisten können und müssen, ist, dass Polizei und Staatsanwaltschaft solche Wohnungseinbrüche entschlossen verfolgen. Dazu brauchen sie die nötigen **Kapazitäten**. Dazu gehören - das unterstützen wir PIRATEN - der **Erhalt der Polizei in der Fläche** und die Zusammenarbeit mit Hamburg und anderen Bundesländern.

Gerade wegen dieses Personalbedarfs bei der Polizei müssen insbesondere die verdachtslosen Kontrollen in Gefahrengebieten endlich abgeschafft werden, um mehr Personal für gezielte Ermittlungen gegen verdächtige Personen zu haben.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade wer mehr Präsenz in der Fläche will, muss für die Abschaffung dieser unnützen Kontrollen sein. Herr Innenminister, Sie konnten bis heute keinen einzigen Fall nennen, in dem ein Einbrecher durch eine **verdachtslose Kontrolle** gestoppt oder gefasst worden wäre. Alle bisherigen konkreten Erfolge sind, wie ich es gehört habe, Beifang. Dabei ging es um ganz andere Themen. Das hatte nichts mit Einbruch zu tun, nichts mit dem Grund, warum die **Gefahrengebiete** eingerichtet wurden. Sie können doch nicht einfach behaupten, die Gefahrengebiete seien ein Bestandteil Ihres Konzepts, ohne irgendeinen Beleg dafür vorzulegen, dass sie einen Beitrag geleistet haben. Ich habe bis heute von keinem einzigen Fall gehört, bei dem eine solche verdachtslose Kontrolle einen Beitrag zur Bekämpfung von Einbruchskriminalität geleistet hat.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Sie nennen auf Anfrage keinen Fall, auch in Ihrem Bericht wird kein Fall genannt. Sie sagen in Ihrem Bericht sogar ausdrücklich, dass Sie das gar nicht erfassen, dass Sie dieser Frage gar nicht nachgehen. So geht das in unserem Rechtsstaat nicht. Wir wissen seit dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Hamburg, dass die Rechtsgrundlage zu den Gefahrengebieten verfassungswidrig ist. Gerade weil Wohnungseinbrüche oft so schwerwiegende Folgen für die Betroffenen haben, ist so ein hilfloses Stochern im Nebel nicht zielführend. Das ist eine bloße Simulation von Sicherheit, die sogar kontraproduktiv sein kann.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Deswegen sagen wir PIRATEN: Ein Generalverdacht gegenüber ausländischen Menschen ist genauso unangebracht wie ein Generalverdacht gegenüber Schleswig-Holsteinern in den Gefahrengebieten.

Es wäre in der Tat wünschenswert, wenn die Menschen in unserem Land ihre Wohnungen noch besser als bisher gegen Einbrüche sichern würden; denn Gelegenheit macht Diebe. In **technisch gesicherten Wohnungen**, so zeigen die Untersuchungen, wird 30-mal seltener eingebrochen als in Wohnungen, die nicht so gesichert sind. Auch einfache Schutzmaßnahmen, wie zum Beispiel längere Abwesenheiten nach außen hin zu verbergen, wirken und senken das Risiko von Wohnungseinbrüchen.

(Volker Dornquast [CDU]: Videüberwachung!)

Eine Erhöhung des Gesamtaufwands kann womöglich die Wahrscheinlichkeit einer Überführung des Täters schlussendlich erhöhen. - Herr Kollege Dornquast, **Videüberwachung** bringt in dem Zusammenhang überhaupt nichts. Kein Täter lässt sich davon abschrecken. Das Gegenteil ist der Fall: Sie lassen sich gern dabei filmen, wie man im Fernsehen leider ab und zu sehen muss. - Ich appelliere an die Bürgerinnen und Bürger, sich über die Möglichkeiten des Einbruchsschutzes zu informieren, beispielsweise über die Webseite www.k-einbruch.de.

(Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP])

- Bitte schön.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki zu einer Zwischenbemerkung.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Nein, zu einer Frage. Es muss daran liegen, dass es noch früh ist. Herr Kollege Dr. Breyer, können Sie

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

mir erklären, wie man 30-mal weniger einbricht? Sie haben erklärt, die technische Sicherung würde dazu führen, dass man 30-mal weniger einbricht.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Vielleicht habe ich mich falsch ausgedrückt, Herr Kollege. Die Untersuchungen zeigen, dass das Risiko eines Einbruchs in Objekte, die technisch einbruchsgesichert sind, 30-mal geringer ist. Das heißt, es wird 30-mal häufiger in Objekte ohne technischen Einbruchsschutz eingebrochen.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Zwischen 0 und 100 %: Was bedeutet 30-mal weniger? Das kann ich nicht verstehen. Ich kann sagen: Die Wahrscheinlichkeit sinkt um 30 % oder um die Hälfte. Aber 30-mal weniger ist eine Größe, mit der niemand etwas anfangen kann, ich jedenfalls nicht.

- Sie können das Risiko, dass bei Ihnen eingebrochen wird, auf ein Dreißigstel absenken, wenn Sie Ihr Objekt technisch gegen Einbrüche sichern lassen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: 96,66 %!)

- Der Herr Kollege Dolgner hat das im Kopf umgerechnet.

(Heiterkeit PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Danke schön für die Unterstützung.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wenn Sie in der obersten Etage eines Hochhauses wohnen, ist die Wahrscheinlichkeit null!)

- Ich glaube, die Frage ist beantwortet. Vielleicht können wir das im Nachgang grafisch darstellen, Herr Kollege, damit jeder sich das vor Augen führen kann.

Es bleibt dabei: **Prävention** ist das beste Mittel gegen einen Wohnungseinbruch, zumal im Bereich der organisierten Kriminalität ein festgesetztes Bandenmitglied schnell durch ein anderes ersetzt werden kann.

Populistisch und ein Beispiel für Sicherungshysterie ist die Forderung der CDU nach mehr Überwachung und Strafverschärfung in diesem Zusammenhang. Das habe ich schon in der Debatte im März 2015 ausführlich dargelegt.

Auch Professor Brenneisen von der Fachhochschule für Polizei sagt - das ist heute in der „Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung“ nachzulesen -,

wir brauchen in diesem Zusammenhang keine Gesetzesverschärfung. Er wünscht sich übrigens auch - das finde ich bemerkenswert -, dass Politik nicht nach Schlagzeilen und aktuellen Ereignissen gemacht würde, sondern dass langfristige Konzepte im Bereich der **Kriminalitätsprävention** verfolgt würden. Dem kann ich mich nur anschließen.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was den Antrag angeht, den die Koalitionsfraktionen hier vorgelegt haben, so kann ich nur sagen: Die Ausführung, dass der Innenminister hier die Lage zu jeder Zeit transparent dargestellt hätte, spricht der Realität Hohn.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU])

Fakt ist doch, dass einzelne Beamte aus der Polizei heraus überhaupt erst die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht haben, dass die Zahlen so stark angestiegen sind, dass die Spitze die Herausgabe dieser Zahlen lange Zeit nicht zugelassen hat, dass - wie ich weiß - sogar Presseanfragen nach der Zahl der Wohnungseinbrüche in den südlichen Kreisen Schleswig-Holsteins nicht beantwortet wurden, Herr Minister. Da Sie die **Vorgangsbearbeitungszahlen**, die Sie zunächst nicht herausgeben wollten, nun doch herausgeben, hätten Sie das besser gleich auf Anfrage gemacht; denn in dem Moment, in dem eine Zahl geheimnisumwoben wird, wird sie viel mehr aufgeladen, als wenn man gleich dazu steht, sie erklärt und einordnet.

(Beifall PIRATEN, Volker Dornquast [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Ebenso wenig transparent ist Ihre Darstellung offensichtlich bei der Frage gewesen, inwiefern ausländische Bürger und Zuwanderer für den Anstieg der Zahlen verantwortlich sind. Sie haben noch in der Pressekonferenz erklärt, der Anstieg dürfte maßgeblich auf einzelne **Zuwanderer** zurückzuführen sein. Jetzt erklärt aber die Kollegin Lange, dass die Zahlen, die Sie dafür herangezogen haben, sich nur auf einen kleinen Teil der Einbrüche beziehen. Wie man angesichts dessen von einem maßgeblichen Anstieg durch Zuwanderer sprechen kann, erschließt sich mir nicht. Das Bild, das Sie der Öffentlichkeit in diesem Punkt bieten, ist auch alles andere als transparent.

(Beifall PIRATEN)

Schließlich findet sich im Antrag der Koalitionsfraktionen auch kein Wort zu den völlig gescheiterten Gefahrengeländern, zu denen eine klare Aussage

(Dr. Patrick Breyer)

eindeutig angebracht wäre. Umgekehrt hat ja der Minister sogar angekündigt, dass nicht einmal mehr offengelegt werden soll, wenn solche Gefahrengelände eingerichtet werden. Da verschlägt es mir wirklich die Sprache. Wenn bei mir zu Hause verdachtslos kontrolliert werden soll, dann muss ich das doch wissen. Es bemerkt sowieso jeder, der in solche Kontrollen gerät. Warum soll man das nicht offenlegen? Also, das ist völlig unverständlich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend auf den Antrag der CDU-Fraktion zum Thema „Justiz im Land stärken“ eingehen. Zunächst einmal freue ich mich über die Ankündigung der Justizministerin, dass tatsächlich eine **Stärkung der Justiz** geplant ist. Das entspricht ja auch den Belastungszahlen, die - wie allseits bekannt - ausweisen, dass im Bereich der Staatsanwaltschaft eine Unterdeckung vorhanden ist. Darauf hatte ich schon im vergangenen Jahr in der Debatte zum Thema Strafkammern hingewiesen, die Sie angestoßen hatten. Ich hoffe natürlich, dass der Nachtragshaushalt in dem Punkt strukturell gegenfinanziert wird. Ich will mich aber in dem Zusammenhang für die Ankündigung bedanken. Bedanken möchte ich mich auch bei der CDU-Fraktion; denn auch wenn ihre Anträge inhaltlich nicht immer zielführend sind, hat der Druck offensichtlich doch dazu beigetragen, dass sich in dem Bereich etwas bewegt, und das ist dringend nötig.

(Beifall PIRATEN)

Es ist erfreulich, dass die Kollegen von der CDU-Fraktion mit ihren Personalforderungen diesmal bei der **Staatsanwaltschaft** ansetzen, wo - wie schon gesagt - der Bedarf tatsächlich größer ist als bei den Gerichten. Warum es allerdings fünf Stellen sein sollen, obwohl nach den Zahlen 20 nötig wären, ist für mich nicht nachvollziehbar. Es fehlt auch ein Vorschlag, wie das gegenzufinanzieren ist. Deswegen bin ich gespannt darauf, was die Landesregierung vorlegen wird.

Frau Kollegin Ostmeier, was die Aufgabenverdichtung angeht, so haben wir ja ein System der **Personalbedarfsanalyse**, in das natürlich alle aktuellen Aufgaben und Belastungen der Justiz einfließen. Die Analyse wird durch systematische Erhebungen, auch was die Belastung angeht, immer wieder erneuert. Das ist zumindest ansatzweise empirisch fundiert. Den Mehrwert einer weiteren Untersuchung in diesem Bereich vermag ich an der Stelle nicht zu erkennen. Deswegen: In der Zielrichtung sind wir uns einig. Bezüglich des Weges bleibt abzuwarten, was hier konkret vorgeschlagen wird. -

Vielen Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Sie bitten, gemeinsam mit mir auf der Tribüne eine weitere Gruppe von Schülerinnen und Schülern aus dem Friedrich-Schiller-Gymnasium in Preetz zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort hat nun der Kollege Lars Harms von den Abgeordneten des SSW.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Blick auf die Zahlen zu den verübten **Einbrüchen** reicht, um den **deutlichen Anstieg** zu erkennen. Die Fallzahlen bewegen sich im Übrigen in der gesamten Bundesrepublik auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Es muss jedoch auch dazu gesagt werden, dass es sich nicht um eine markante Steigerung der Kriminalitätsraten im Allgemeinen handelt. Die Kollegin Lange und der Kollege Peters haben die Zahlen schon offengelegt und die Statistiken angeführt. Ich glaube, es ist sehr deutlich geworden, dass das ein Phänomen ist, das immer mal wieder auftaucht, dass es anscheinend in diesem Zusammenhang auch Konjunkturzyklen gibt und dass sich die jetzige Lage nicht von Lagen in anderen Jahrzehnten unterscheidet.

Es geht somit ganz explizit um die **Verschiebung von Schwerpunkten**. Diebstähle gehören seit Generationen zu den am häufigsten verübten Straftaten und auch zu denen, die am schwierigsten aufgeklärt werden können. Dabei unterscheidet man zwischen einfachem und schwerem Diebstahl. Ein Wohnungseinbruch kann - je nach Tatverlauf - in die eine oder andere der beiden Kategorien fallen. Wohnungseinbrüche sind nichts Neues. Ihr derzeit hoher Anteil in der sogenannten Straftatengruppe ist jedoch durchaus neu, jedenfalls wenn man sich die letzten zehn Jahre anguckt. Autos, Geschäfte und Büroräume scheinen in diesen Zeiten weniger interessant beziehungsweise lukrativ zu sein - das war in anderen Jahren noch anders - als Privatwohnungen und freistehende Häuser. Das führt in der breiten Bevölkerung natürlich zu einer **Verunsicherung**. Wenn in ein Bürogebäude in einem Gewerbegebiet eingebrochen wird, dann ist das Eigen-

(Lars Harms)

empfinden nicht so stark, als wenn in der Nachbarschaft, da, wo der Nachbar wohnt, eingebrochen wird.

Der Anstieg der Einbruchszahlen beschäftigt uns im Land schon seit ein paar Jahren. Deshalb wurde im Herbst 2012 ein entsprechendes Konzept des Innenministeriums und der Landespolizei vorgestellt. Dieses Konzept ist ja von der Landespolizei ausgearbeitet worden. Der Kollege Kubicki ist leider gerade nicht im Raum. Schade, dass er das nicht hört; denn er hat ja mehr oder weniger gesagt, dieses Konzept sei ein schlechtes Konzept; das Konzept funktioniere nicht und habe keine Wirkung, und er hat dann den Innenminister beschuldigt, da er für dieses Konzept verantwortlich sei. Allerdings muss man sagen: Dieses Konzept ist von der Landespolizei ausgearbeitet worden. Wenn man Kritik gegenüber diesem Konzept äußert, dann äußert man Kritik gegenüber der Landespolizei. Dem kann ich mich nicht anschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. Als Landespolitiker ohne eine fachliche Ausbildung bei der Kriminalpolizei glaube ich nicht, dass ich fachlich dazu geeignet bin, tatsächlich Kritik daran zu üben. Zweitens. Die Gespräche mit der Landespolizei zeigen mir deutlich, dass dieses Konzept wirkt. Dieses Konzept wird auch ständig überarbeitet, wenn es die Notwendigkeit dazu gibt. Trotz der hohen Einbruchszahlen werden relativ viele Diebstähle aufgeklärt, beziehungsweise man arbeitet auch in der **Prävention** sehr gut.

Meine Damen und Herren, man muss sich auch immer wieder vor Augen halten: Wir haben hier eine andere Struktur - darüber bin ich ganz froh - als andere Bundesländer, beispielsweise Nordrhein-Westfalen, in denen Polizeidirektionen immer noch politisch geführt werden. Ich glaube nicht, dass das sehr klug ist;

(Beifall Flemming Meyer [SSW], Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

vielmehr glaube ich, dass das, was man immer schon in Schleswig-Holstein gemacht hat, der klügere Weg ist, nämlich dass die Landespolizei - wenn man so will - sich selbst führt und wir uns eben in der **Fachverantwortung** als Ministerium die personelle und sachliche Ausstattung und Ähnliches und natürlich auch um die politische Unterstützung dieser Arbeit zu kümmern haben. Deswegen fühle ich mich in den Händen der Landespolizei - wenn man denn so will - wirklich sehr sicher.

(Beifall SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube auch, dass der Schwerpunkt in der Arbeit der Landespolizei jetzt richtig gesetzt ist. Das Problem wurde glücklicherweise offen kommuniziert, was die Einbruchdiebstähle angeht. Zudem wurde von schleswig-holsteinischer Seite mit den Kollegen aus Hamburg eine dauerhafte Zusammenarbeit auf die Beine gestellt. Das wird ja auch von der CDU gefordert. Gut ist, dass wir das schon lange machen. Bevor wir in der nächsten Landtagstagung wieder einen neuen Antrag bekommen, sage ich: Ja, auch mit unseren Partnern in Mecklenburg-Vorpommern, in Niedersachsen und in Dänemark wird zusammengearbeitet, im Übrigen nicht nur bei der Landespolizei, sondern, was die **grenzüberschreitende Kriminalität** angeht, auch bei der Bundespolizei. Da braucht also auch kein Antrag mehr gestellt zu werden. Das funktioniert alles; das wird alles gemacht.

Es passiert also schon sehr viel, und es ist keineswegs so, dass unser Staat hier hilflos wäre oder dass die Menschen gar mit dem Problem Einbruchskriminalität alleingelassen würden. Wichtig ist vielmehr, dass man das, was man tut, vielleicht auch einmal draußen verkündet.

Zurück zur offenen Kommunikation. Was wir wissen, ist, dass vor allem der **Hamburger Rand** und die **Ballungsgebiete** um Kiel und Lübeck besonders betroffen sind, doch es geht oftmals auch um mittelgroße Orte, die an zentralen Verkehrsachsen wie etwa einer Bundesstraße liegen. Dort finden sich mehrheitlich Einfamilienhäuser, die keinen zu großen Abstand zwischen den einzelnen Häusern aufweisen, sodass man dann, wenn man in einem Haus kein „Glück“ hatte, sofort zum Nachbarhaus wandern kann, um dort sein „Glück“ zu suchen. Diese Struktur führt natürlich dazu, dass diese Orte Einbruchdiebstähle - wenn man so will - wie ein Magnet anziehen. Wir können zum Beispiel sagen, dass Harrislee so ein Ort ist. Im Jahr 2014 ist dort die Gesamtkriminalität im Vergleich zum Vorjahr um fast 40 % gestiegen. In Handewitt waren es 70 %. Darunter fallen eben auch und gerade die Wohnungseinbrüche, die wohl ursächlich für diese sehr **regionalen Steigerungsraten** sind.

Bezeichnend ist, dass beide Orte in direkter Nähe zu Bundesstraßen und der A 7 gelegen sind. Die Täter nutzen diese anscheinend als **Fluchtrouten**. Generell agieren sie in verschiedenen Regionen und sind in Gruppen beziehungsweise Banden zusammengeschlossen, die dementsprechend äußerst professionell vorgehen. Ihnen muss man infolgedessen

(Lars Harms)

professionell entgegentreten, und genau das macht unsere Landespolizei. Sie muss deshalb nicht verbal unter Druck gesetzt werden. Auch die Konzepte und die Zusammenarbeitsformen der Landespolizei funktionieren. Eigentlich bedarf es keiner guten Ratschläge aus der Politik für die fachlich hoch qualifizierte Arbeit der Landespolizei. Die Polizei löst ihre Aufgaben schon sehr gut allein.

Für uns als SSW hat sich aber gezeigt, dass professionelle Ermittlungsteams, die sich auf die Einbruchskriminalität spezialisieren, der richtige Weg sind. Nur mit professionellen Mitteln werden wir der Banden habhaft. Es ist ein Trugschluss zu glauben, eine **Polizeistation vor Ort** würde künftige Einbrüche verhindern können. Vielmehr werden die Einbrüche auch in größeren Orten begangen. In den eben beschriebenen Orten Harrislee und Handewitt gibt es Polizeistationen, und trotzdem ist die Einbruchskriminalität dort gestiegen. Mehr Polizei in der Fläche ist daher kein Allheilmittel - leider - sondern es geht darum, effizienter zu werden und jedes Mal zu fragen, ob man nicht noch etwas hinzulernen kann. Genau das tut die Landespolizei auch. Überall einen Dorfsheriff zu haben, kann sogar dazu führen, dass bei begrenzter Anzahl von Polizisten die professionellen Ermittlungsteams ausdünnen und nicht mehr so effektiv arbeiten können. Genau das wollen wir nicht.

In den letzten Wochen wurde viel über das Zusammenspiel von Polizei und Justiz gesprochen. Das Empfinden der Menschen in Bezug auf **nicht ausreichende Haftgründe bei Wohnungseinbrüchen** ist sehr emotional, was es schwer macht, diesem Empfinden zu begegnen. Nichtsdestotrotz handelt die Justiz unabhängig. Von daher steht es der Politik nicht zu, einfach einmal die Richter anzuweisen, hier härter zu agieren. Das geht ja aus den Anträgen hervor. Wenn man so will, sind solche Formulierungen direkt gegen die Unabhängigkeit der Justiz gerichtet, und das wollen wir als SSW, aber auch als Koalition sicherlich nicht mitmachen, schon gar nicht, wenn man keine gesicherte Datenbasis hat, und die haben wir nicht. Deshalb liegt es an der Justiz selbst, dieses Thema aufzunehmen und das subjektive Empfinden der Menschen zum Anlass zu nehmen zu prüfen, ob in der **Rechtsprechung** Dinge in Zukunft anders gesehen werden müssen oder eben auch nicht. Wie gesagt, das hängt von der Datenbasis ab, die zumindest uns allen so nicht bekannt ist.

Was sich dabei jedoch an der einen oder anderen Stelle vermissen lässt, ist die Aufklärung über das Wirken der Justiz. **Aufgabe der Justiz** ist es natür-

lich auch, über ihre Arbeit zu berichten und dadurch aufzuklären. Es ist klar, dass man dafür die Medien und die Bereitschaft der Medien braucht, beispielsweise über Urteile und Statistiken zu berichten. Ein Wunsch von uns als SSW ist es, dass Konsequenzen einer Straftat in Zukunft schneller sichtbar werden. Natürlich ist das mit den derzeitigen Verfahrensdauern keine einfache Sache, jedoch kann die schnelle Sichtbarkeit von Konsequenzen entscheidend sein für eine Verhinderung von Straftaten; denn klar ist: Die Täter sind Wiederholungs-täter und lassen sich nur von Strafen abschrecken.

Von daher ist das unmittelbare **Aufzeigen der strafrechtlichen Konsequenzen** ein bedeutender Punkt, um die Straftaten einzudämmen. Hier geht es auch darum, nach außen hin deutlich zu machen, dass hier etwas geschieht. Die Justiz ist ja nicht irgendwie lahm, sondern das funktioniert dort. Über solche Dinge wird leider nur viel zu selten berichtet.

(Beifall SSW und Barbara Ostmeier [CDU])

Wir müssen uns in der Tat Gedanken machen, ob eine personelle Aufstockung im Justizbereich hier hilfreich sein kann, die Verfahren zu beschleunigen und damit auch den Verbrechern unmittelbar die Konsequenzen ihres Handelns aufzeigen zu können. Wir als SSW können sehen, dass hier noch etwas erfolgen muss. Es nützt nichts, wenn die Polizei Straftäter fängt, wenn wir dann nicht das Personal haben, um die Strafverfolgung zeitnah zu bewerkstelligen. Deshalb muss der Bereich der Justiz auf allen Ebenen nachhaltig gestärkt werden.

Was wir als SSW ablehnen, ist ein pauschales Verschärfen und Aufrüsten der Gesetzgebung. Die Union ist der unangefochtene Meister darin, genau dies immer wieder einzufordern. Gratulieren kann man dazu jedenfalls nicht, denn mit Aktionismus ist bisher kein weiterer Fall geklärt oder gar verhindert worden. Das sogenannte Sofortprogramm zur inneren Sicherheit der Nord-Union, welches kürzlich vorgestellt wurde, ist nichts anderes als purer Aktionismus. Flüchtlingshilfe ist plötzlich nicht mehr wichtig, die dort eingesetzten Polizeibeamten sollen sich schlichtweg um anderes zu kümmern haben. Das klingt für mich jedenfalls ziemlich weltfremd. Zudem werden hier die Betroffenen gegeneinander ausgespielt; in einem Spiel, in dem es dann keine Gewinner geben kann. Von daher können wir als SSW eine solche Forderung nur zurückweisen.

Das muss man immer wieder sagen. Im Übrigen wollte die alte Regierung noch Polizeistellen streichen. Die Kollegin Lange hat es gesagt.

(Lars Harms)

(Widerspruch CDU und FDP)

- Leute, ihr habt das dem Stabilitätsrat gemeldet, also blendet so etwas nicht immer aus. Das ist wirklich nicht mehr auszuhalten.

(Zurufe CDU)

Ihr lauft ständig in der Gegend herum und macht irgendwelche schönen Pläne, und am Ende wollt ihr es dann nicht gewesen sein.

(Weitere Zurufe CDU)

Wir sind es gewesen, die das jetzt wieder aufstocken, wir sind diejenigen, die wieder **Ausbildungsstellen** schaffen. Dass ihr hier dicke Backen macht, ist wirklich fehl am Platz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Dr. Breyer?

Lars Harms [SSW]:

Es besteht kein Zweifel daran, dass ein Einbruch - -

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, entschuldigen Sie, möglicherweise haben Sie meine Frage nicht verstanden oder gehört.

Lars Harms [SSW]:

Nein, das war zu laut!

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Genau, das war offenbar der Fall. Daher noch einmal die Frage, ob Sie eine Bemerkung des Kollegen Dr. Breyer gestatten.

Lars Harms [SSW]:

Ja, selbstverständlich.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Herr Kollege, vielleicht kann man den Streit über diesen Punkt eben insofern schlichten, als nach meiner Kenntnis die letzte Landesregierung

die Polizei ausnehmen wollte vom Stellenbaupfad.

Lars Harms [SSW]:

Schlichten kann man hier gar nichts. Ich weiß nur, dass wir jetzt diejenigen sind, die hier überall aufstocken, dass wir diejenigen sind, die Ausbildung schaffen, dass wir diejenigen sind, die wirklich für Sicherheit sorgen, dass die Landespolizei hervorragend aufgestellt ist und dass es wichtig ist, dass die Landespolizei in diesen polizeilichen Bereichen unabhängig arbeiten kann, dass auch die Justiz unabhängig arbeiten kann, dass der Justiz keine Vorgaben gemacht werden, wie sie zu urteilen hat oder nicht zu urteilen hat. Ich glaube aber, da sind wir beide uns sehr einig.

Meine Damen und Herren, es besteht kein Zweifel daran, dass ein **Einbruch** ein schwerer **Eingriff in die Privatsphäre** und in das Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger darstellt. Dass nur jeder zehnte Einbruch überhaupt aufgeklärt wird, können wir als Rechtsstaat natürlich nicht hinnehmen, wohl wissend, dass gerade in diesem Bereich die Aufklärung große Schwierigkeiten bereitet. Die rot-grün-blaue Koalition hat nicht nur vor diesem Hintergrund beschlossen, für mehr Polizeistellen und Ausbildungsstellen Sorge zu tragen. Zudem muss es schlichtweg darum gehen, die **Zusammenarbeit** mit unseren Nachbarn in Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Dänemark noch weiter auszuweiten. Ferner geht es darum, die tägliche Arbeit der Justiz in unserem Land noch offener zu kommunizieren, denn Fakt ist, dass rund um die Justiz große Unwissenheit herrscht, was natürlich bedauernd ist. Wir müssen die Justiz personell stärken, damit Verfahren schneller abgearbeitet werden können und so Konsequenzen für die Straftäter noch schneller sichtbar werden.

Darüber hinaus gehört die **Prävention von Wohnungseinbrüchen** zu einem ganz entscheidenden Element. Es gibt wenig andere Bereiche, in denen man mit so wenigen Veränderungen so viel bewirken kann, das haben auch schon andere gesagt. Nur wenige Maßnahmen reichen aus, um die Gefahr von Einbrüchen erheblich zu senken, ohne sein Eigentum gleich in eine Festung verwandeln zu müssen. Von daher ist es begrüßenswert, dass die Landespolizei regelmäßig über Einbruchskriminalität und darüber, wie man sich vor ihr schützen kann, in den Medien informieren will. Zudem werden Veranstaltungen zum Thema Prävention durchgeführt, und in jeder Polizeistation im Land liegen die entsprechenden Flyer aus. Man muss nur hingehen,

(Lars Harms)

dann hat man als Bürger die Möglichkeit, sich genau darüber zu informieren, wie man sich selbst etwas besser schützen kann.

Was wir tatsächlich feststellen können, ist, dass die Landespolizei auf einem sehr hohen Niveau arbeitet. Das gilt vor allem auch, wenn es um Wohnungseinbrüche geht. Klar ist auch, dass die Ansprüche von Politik und Bevölkerung in gleicher Weise hoch sind. Unsere Polizei erfüllt allerdings auch diese Ansprüche. Unser Staat ist handlungsfähig, und dafür sind wir gerade der Landespolizei und der Justiz dankbar. Gut, dass wir so handlungsfähig sind. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Der hat noch 6 Minuten!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. Ich teile Ihnen jetzt erst einmal mit, welche Restredezeiten für jede Fraktion noch zur Verfügung stehen, damit Sie sich darauf einrichten können. Für die CDU gäbe es noch 4 Minuten, für die SPD eine gute halbe Minute, für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN knapp 7 Minuten, die FDP hätte noch 5 Minuten zur Verfügung, die PIRATEN knapp 5 Minuten, der SSW knapp 3 Minuten. Ich habe die erste Wortmeldung von dem Kollegen Wolfgang Kubicki bekommen. Das heißt, Sie hätten jetzt 5 Minuten Redezeit für Ihren Beitrag.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Mehr brauche ich nicht!)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal nach dem - wie ich finde - bemerkenswerten Beitrag der Oberbürgermeisterkandidatin der CDU für Flensburg, Simone Lange, zu Wort gemeldet,

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] und Peter Sönnichsen [CDU])

die übrigens ermahnt hat, immer nur faktenbasiert zu argumentieren, und darauf auch erklärt hat, dass der Innenminister nur mit Fakten an die Öffentlichkeit gehe. Ich habe mir, weil Sie einige meiner Sachen infrage gestellt haben, die Presseinformationen des Innenministeriums vom 13. Januar 2016 noch einmal kommen lassen und will - Frau Lange, vielleicht hören Sie auch zu - noch einmal kurz zitieren, was der Innenminister der deutschen Öffentlichkeit - -

(Zuruf)

- Ja, ich weiß, dass sie da sitzt, ich habe nur gesagt, sie solle zuhören.

(Zuruf)

- Sie soll erst einmal nur zuhören. Ich will nur zitieren, was der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit mitgeteilt hat, wobei ich davon ausgehe, dass er seine Aussagen auch nur faktenbasiert tätigt; alles andere wäre ja ziemlich merkwürdig.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Das Zitat lautet wie folgt:

„Studt verwies auf die aktuelle Statistik des Innenministeriums“

- die aktuelle Statistik des Innenministeriums -

„zum Wohnungseinbruchdiebstahl (WED), die am Mittwoch (13.1.2016) in Kiel vorgestellt wurde. Demnach sind die WED-Fall-eingangszahlen 2015 auf 8.600 Fälle gestiegen. Bis Ende November 2015 generierte das Landeskriminalamt 119 Auswertungs- und Ermittlungskomplexe zum Deliktsbereich Wohnungseinbruchdiebstahl. Dabei stehen 221 relevante Personen im Fokus der Auswertung, 80 davon besitzen als Asylsuchende, abgelehnte oder geduldete Asylbewerber oder als Kontingentflüchtlinge eine sogenannte ‚Zuwanderungsrelevanz‘. 26 Personen sind deutsche Staatsbürger. 195 haben eine nicht deutsche oder unbekanntere Staatsangehörigkeit. Unter den nicht deutschen Personen stammen 135 vom Balkan, 27 aus weiteren Staaten Osteuropas.“

Zwei Mitteilungen hat der Innenminister gemacht - ich nehme an, faktenbasiert -, erstens, dass die Fallzahlen auf 8.600 Fälle angestiegen sind, das haben wir hier auch gerade wieder gehört, obwohl Frau Lange glaubt, dass Sie sich irren, Herr Minister, weil wir die offizielle Statistik noch gar nicht kennen.

(Simone Lange [SPD]: Das habe ich überhaupt nicht behauptet! - Zuruf SPD)

- Aber auf welcher Basis sollen wir denn argumentieren, wenn das in die Öffentlichkeit gebracht wird, Frau Lange? Auf welcher Basis denn? - Doch nur auf Basis der Erklärungen des Innenministers, oder auf welchen sonst?

(Beifall FDP, CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

(Wolfgang Kubicki)

Ich kann Ihnen weiterhelfen oder muss mich insoweit entschuldigen, dass nach den Zahlen des Innenministers 195 Ausländer - nämlich nicht deutsche Ausländer - als Täter identifiziert worden sind und 26 Deutsche. Wenn man das in Relation setzt - 195 von 221; Mathematik I -, sind das 88 Komma soundsoviel Prozent. 90 % waren eine Übertreibung, das gestehe ich zu, aber 88 %. Das sind die Zahlen, die der Innenminister der Öffentlichkeit mitgeteilt hat. Und auf diesen Zahlen - faktenbasiert - habe ich meine Argumentation aufgebaut. Deshalb finde ich Ihre Einlassungen über weite Strecken, wir sollten uns einmal an anderen Zahlen orientieren, ziemlich merkwürdig, weil in diesem Parlament der Innenminister derjenige ist, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich bin jetzt wirklich dafür, weil Sie wieder beginnen zu relativieren, dass man Ihren Redebeitrag den Opfern von Wohnungseinbruchdiebstählen und denjenigen, die sich davon betroffen fühlen, zur Verfügung stellt, definitiv.

(Beifall FDP und CDU)

Ich habe schon einmal gesagt: Wir haben - ich lebe seit 25 Jahren in Strande - drei Einbruchwellen innerhalb der letzten Wochen erlebt, und die hatten wir vorher nicht. Dänischenhagen hat Einbruchwellen erlebt, und die gab es vorher nicht. Ahrensburg erlebt Einbruchwellen, die vorher nicht da waren. Da helfen Ihnen Ihre statistischen Überlegungen nicht weiter, weil die Sorgen der Menschen mittlerweile dazu führen, dass sie die Geschicke in die eigene Hand nehmen, was wir nicht wollen können. Ich habe mich in Strande immer dagegen gewehrt, dass wir eine Art Bürgerwehr einrichten. Ich habe mich dagegen gewehrt, dass wir private Sicherheitsdienste finanzieren, damit die Sicherheit gewährleistet ist. Aber wenn das so weitergeht mit den Erklärungen und den bestätigten Zahlen, dann werde ich mich dafür einsetzen, dass es anders geschieht als gegenwärtig.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Lange?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Lange, bitte.

Simone Lange [SPD]: Ich möchte nur noch einmal die Aussagen meiner Rede von vorhin zur Kenntnis geben und ein paar Eckpunkte. Ich habe erstens gesagt, dass wir als Parlamentarier und als Vertreter für das ganze Land in Verantwortung stehen, die Sorgen und Fragen der Menschen ernst zu nehmen. Ich habe auch gesagt, dass wir in der Verantwortung stehen, uns an Fakten und den tatsächlichen Entwicklungen zu orientieren. Ich habe auch gesagt - ich habe das vorhin auch erklärt, das können wir auch gern bilateral noch einmal nachvollziehen -, dass man Vorgangszahlen - Vorgangseingangszahlen sozusagen - in einem Polizeierfassungssystem nicht wirklich zur Polizeilichen Kriminalstatistik in ein Verhältnis setzen kann. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge von Erfassungen. Mehr habe ich nicht gesagt. Die Bewertung dessen habe ich im Grunde ausgelassen, ich habe es gar nicht bewertet. Die Intention meiner Rede war lediglich, den Menschen nicht noch mehr Angst zu machen - gewisse Ängste sind berechtigt -, weil ich nämlich genau darin nicht unsere Aufgabe als Parlamentarier sehe. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Lange, das verwirrt mich jetzt noch mehr, als es vorher der Fall war. Sie erklären, dass man verschiedene Statistiken nicht miteinander vergleichen sollte. Das leuchtet ein.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Ja, und?)

Aber wir diskutieren momentan auf Basis von Erklärungen des Innenministers.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Der Innenminister hat der Öffentlichkeit berichtet, wie das aus seiner Sicht aussieht, ja. Auf dieser Basis argumentieren wir. Sie tun so, als seien die Zahlen, die der Innenminister momentan dem Parlament mitgeteilt hat, sozusagen vorläufige Zahlen, die noch relativiert werden könnten, wenn die endgültige Statistik da ist. Sie haben auch gesagt, wir sollten warten, bis die endgültigen Zahlen da seien. - Die sind nach Aussagen des Innenministers endgültig.

(Wolfgang Kubicki)

(Zurufe)

- Ja, gut, dann fragen wir uns, warum er das überhaupt gemacht hat, warum er sich überhaupt vor die Presse gestellt und so etwas von sich gegeben hat. Das ist ja unverantwortlich, weil er dadurch in der Bevölkerung Angst schürt mit Zahlen, die noch gar nicht valide sind. Hören Sie doch auf mit dieser merkwürdigen Form der Argumentation!

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Sie - übrigens auch die Sozialdemokraten - werden vor Ort sehr schnell erleben, was Ihre Mitglieder, Ihre Basis und die Menschen vor Ort mit Ihnen machen, wenn Sie weiter solche Erklärungen abgeben wie heute hier im Parlament.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung der Abgeordneten Lange?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Gern.

Simone Lange [SPD]: Ich habe das deshalb ausgeführt, weil aus einer CDU-Pressemitteilung noch vor der Pressekonferenz des Ministers zu lesen war, dass die Einbruchskriminalität um 50 % angestiegen sei. Genau deshalb habe ich die tatsächlichen Entwicklungen dargestellt. Nichts anderes habe ich getan.

(Daniel Günther [CDU]: Das ist totaler Unsinn!)

- Ich habe diese Pressemitteilung nicht gesehen. Vielleicht kann die Union etwas dazu erklären, Frau Lange. Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wir haben auch im Rahmen einer Kleinen Anfrage die Zahlen abgefragt, und da gab es bereits die Statistiken bis Ende September, und auch dort war bereits deutlich, dass die **Einbruchskriminalität** relativ stark steigt und dass die Aufklärungsquote unter 10 % gerutscht ist. Es war nicht zu erwarten, dass sich die Zahlen von Oktober bis Dezember signifikant verändern. Insofern diskutieren wir auf einer Mitteilungsfaktenlage des Innenministeriums, die Sie auch mit Ihren weiteren statistischen Erwägungen nicht relativieren können.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kubicki, gestatten Sie eine weitere Bemerkung? - Dann würde ich aber vorschlagen, Frau

Kollegin Lange, falls der Abgeordnete Kubicki diese Bemerkung zulässt, dass Sie sich ansonsten zu einem regulären Wortbeitrag melden.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Ich lasse selbstverständlich von Ihnen alles zu, Frau Lange.

(Heiterkeit)

- Also alle Fragen und alle Bemerkungen.

Simone Lange [SPD]: Meine Bemerkung wäre nur, dass es schön wäre, wenn Sie uns vielleicht noch einmal sagen könnten, um wie viel Prozent die Wohnungseinbruchskriminalität bis September angestiegen ist, um wie viel Prozent?

- Das habe ich nicht im Kopf, aber wir können das nachreichen. Der Anstieg lag jedenfalls deutlich über 10 % gegenüber dem Vorjahr, deutlich über 10 %. Und die Aufklärungsquote ist nach Mitteilung des Ministeriums bereits deutlich unter 10 % gesunken, 8,9 % oder so etwas in der Größenordnung.

(Zuruf)

- Wie bitte?

(Simone Lange [SPD]: Aber nicht 50 %!)

- Von mir haben Sie doch gar keine Zahl 50 gehört, Frau Lange. Operieren Sie doch nicht dauernd mit Zahlen, von denen ich gar nicht weiß, ob sie überhaupt valide sind, genau wie die Behauptung des Kollegen Harms, in der Regierungszeit von CDU und FDP seien Stellen der Polizei gestrichen worden - das ist schlicht und ergreifend eine Unwahrheit, die nicht dadurch besser wird, dass sie beständig wiederholt wird.

(Beifall FDP und CDU)

Das war der einzige Bereich, wo wir keine Personaleinsparungen vorgenommen haben, übrigens auf unseren Druck hin. - Herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die CDU-Fraktion hat nun zur Ausnutzung der Restredezeit die Kollegin Barbara Ostmeier das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vier Minuten Restredezeit für die Justiz. Ich weiß nicht, wie viel Stunden es vorhin für die Polizei

(Barbara Ostmeier)

gab. Das ist aber gar keine Kritik, zumindest keine Kritik im Hinblick auf die Wertschätzung der Polizei. Ich sage das, damit hier kein falscher Duktus reinkommt.

Wir beschäftigen uns mit dem Thema **Kriminalität** und damit, wie wir mit diesen unterschiedlichen Phänomenen umgehen und ihnen effektiv begegnen können, sowie mit der Frage, wie wir dem Wunsch aller Menschen - aller Menschen, egal woher sie kommen - gerecht werden und sie vor diesen Verbrechen schützen können.

Dies tun wir nicht erst seit den Vorkommnissen in der Silvesternacht, sondern das tun wir im Zusammenhang mit Einbruchdiebstahl, Rockerkriminalität, Gewaltbereitschaft bei Großveranstaltungen und ähnlichen Themen immer wieder. Dabei stellen wir immer wieder die besondere Belastungssituation von **Polizei** und **Justiz** fest. Ich finde es auch gut und richtig, dass sich die Landesregierung im letzten Jahr dazu entschlossen hat, nachdem die Notwendigkeit erkannt wurde, mehr Personal für die Polizei bereitzustellen. Deswegen kritisiert hier auch niemand oder bezweifelt die qualitativ gute Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Niemand in diesem Plenarsaal kritisiert die qualitativ gute Arbeit der Justiz. Das tut niemand, insbesondere ich nicht. Es geht ausschließlich darum, ob die Ressourcen ausreichen, damit die gute Arbeit aller Beteiligten, die für die Strafverfolgung im Land verantwortlich sind, fortgesetzt werden kann.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Schnelle und gute Ermittlungsarbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und des Landeskriminalamtes muss zwingend durch eine gut ausgestattete **Staatsanwaltschaft** - denn sie ist Leiterin des Ermittlungsverfahrens - unterstützt werden. Das fordere nicht nur ich, sondern das fordern alle, landauf, landab, bundesweit. Wir wissen alle, dass hier ein Zusammenhang hergestellt werden muss. Wer auf der einen Seite Polizei aufstockt, muss auf der anderen Seite auch die Staatsanwaltschaften als Ermittlungsbehörden aufstocken.

Ich sage ganz deutlich: Frau Ministerin, dass hier Handlungsbedarf besteht, das wissen wir nicht erst seit heute. Darüber reden wir auf der Grundlage mehr oder weniger zielführender Anträge meinerseits - das ist mir egal - immer mal wieder, weil ich das Thema hier immer wieder aufrufe. Dass ich nicht beratungsresistent bin, sondern durchaus Vorschläge von allen Seiten annehme, sehen Sie auch. Deshalb bedanke ich mich auch für die wohlwol-

lenden Worte von Herrn Peters oder von Herrn Dr. Breyer.

(Zuruf Ministerin Anke Spoorendonk)

- Da bin ich noch nicht, da komme ich noch hin. Ich lasse Sie nicht aus. Das Beste kommt zum Schluss.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Ich will Sie auch nicht weiter mit großen Plädoyers darüber langweilen, dass ich finde, dass das wichtig ist. Dass wir hier Handlungsbedarf haben, das haben wir alle festgestellt. Das haben wir übrigens auch in der letzten Debatte festgestellt. Ich will die Zitate dazu nicht wiederholen. Selbst Frau Lange in ihrem Plädoyer für den Innenminister und die gute Arbeit der Polizei hat gesagt, die Strafe müsse auf dem Fuße folgen. Das kann nun einmal nicht die Polizei gewährleisten, dafür ist die Justiz verantwortlich. Insofern sehe ich auch in Ihrer Äußerung, Frau Lange, durchaus eine Unterstützung für unseren Antrag.

Da ich nur noch 50 Sekunden Redezeit habe, schnell zu unserem Antrag. Die Ministerin hat ein Plädoyer für unseren Antrag gehalten. Ich bin dafür sehr dankbar. Geben Sie sich einen Ruck, auch wenn oben CDU draufsteht! Was ist denn so schlimm daran, unserem Antrag heute zuzustimmen?

(Beifall CDU - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erstens. In Absatz 1 - -

(Zurufe SPD)

- Ich kann mich auch noch zu einem Dreiminutenbeitrag melden, es nützt also nichts, mich hier jetzt aufzuhalten.

Die Landesregierung wird in Absatz 1 aufgefordert sicherzustellen, dass die Strafverfolgung im Land Schleswig-Holstein auch in Zeiten steigender Herausforderungen effektiv stattfinden kann. Das hat der weise Herr Müller-Gabriel, unser Generalstaatsanwalt a. D., auch in seiner Jahrespresseberichterklärung gesagt. Ich schätze ihn sehr. Das hat er, der übrigens immer Polizei und Justiz in einem Zusammenhang denkt, immer gesagt. Das ist also kein falscher Satz, das liegt in unser aller Interesse, das sollten wir tun.

Gestern gab es Zitate von Herrn Dr. Stegner dahingehend, Organe des Rechtsstaats müssten in der Lage sein, den Rechtsstaat auch umzusetzen. Frau Midyatli, ich teile das Vertrauen in diesen Rechtsstaat,

(Barbara Ostmeier)

aber wir müssen ihn auch den Herausforderungen entsprechend ausstatten.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin!

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ja, ich komme zum Schluss.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, lassen Sie mich bitte ausreden. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass ich keine weiteren Wortmeldungen mehr habe. Sie sind mit Ihrem Redebeitrag für die 4 Minuten zu Ende. Ich frage Sie deshalb jetzt, ob Sie sich zu einem Dreiminutenbeitrag melden möchten.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr gern.

(Beifall CDU und Uli König [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann haben Sie jetzt Gelegenheit, Ihre Ausführungen im Rahmen von 3 Minuten zu beenden.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Gut, dann kann ich mich jetzt wieder entspannen.

Ich mache weiter mit unserem Antrag. Der zweite Absatz: Darin geht es darum, dass wir die Landesregierung auffordern - na ja, auffordern, ich hätte auch bitten schreiben können; das kann man so nennen; darüber wollen wir uns nicht streiten - zu prüfen, in welchen Bereichen der Justiz in den letzten Jahren die Aufgabendichte in welchem Umfang zugenommen hat. Wir möchten gern, dass ein Konzept erarbeitet wird. Nichts anderes hat die Ministerin gerade in Aussicht gestellt. Nun weiß ich nicht, was im Hinterkopf der Ministerin vorgeht. Es ist aber doch schön, dass wir da gleich denken, Frau Ministerin. Also: Warum heute Nein zu unserem Antrag sagen, wenn Sie das sowieso vorhaben?

Lars Harms sagte vorhin, uns fehle eine Datenbasis. Jetzt kann man das Datenbasis nennen oder Konzept - das können wir so machen -, im Ergebnis wissen wir alle, was wir wollen. Ich finde, das ist ein guter Absatz, ein guter Ansatz, dem wir alle zustimmen können.

Dann bitten wir die Landesregierung im letzten Absatz unseres Antrags, im Rahmen des bereits ange-

kündigten Entwurfs des Nachtragshaushalts - der wurde hier für Mai 2016 in Aussicht gestellt; die Ministerin hat darauf hingewiesen und gesagt, da bestehe Handlungsbedarf; ich kann Sie da nur unterstützen, ich finde das gut und richtig - unter Umständen zusätzliche Stellen bei der Staatsanwaltschaft einzuwerben.

(Zurufe SPD)

- So, ich hoffe, Sie bekommen die Unterstützung der Justizministerin. Denn wer immer vollmundig den Stolz auf unseren Rechtsstaat betont - ich kann hier seitenweise Zitate von gestern bringen -, der muss sich auch irgendwann die Frage stellen und die Frage beantworten, was uns dieser Rechtsstaat denn wert ist. Frau Justizministerin, ich hoffe also, dass Sie dann auch die Unterstützung von Frau Heino bekommen, die Ihnen das Geld dafür geben muss.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das machen wir hier!)

- Wir machen das hier, sehen Sie mir es nach. Dann stimmen Sie mir zu, damit das laufen kann!

Dann: Warum fünf? Ich sage es einmal mit einem Begriff aus dem Sport: Handlungsfähigkeit. Wir haben fünf Standorte: Kiel, Flensburg, Lübeck, Schleswig und Itzehoe. Eine Hand, fünf, Handlungsfähigkeit, wir müssen das machen - ich dachte, das ist eingängig. Das ist einmal eine Zahl, damit kann man starten. Das ist im Vergleich zu 20 ein ganz charmanter Einstieg, dafür bräuchten wir nicht einmal ein Konzept. Das war das, was ich meine. Wir sollten nicht lange diskutieren und Konzepte aufstellen. Mit fünf sind wir handlungsfähig. Damit sollten wir anfangen. Wer darüber gehen und die erforderlichen 20 zur Verfügung stellen möchte - wunderbar, kein Problem.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann lassen Sie uns das doch noch einmal in den Ausschuss geben!)

- Nee, nicht Ausschuss. Da ist nichts dran, was nicht heute hier beschlossen werden kann.

(Beifall CDU)

Der Antrag enthält die Bitte, ein Konzept zu erstellen. Er enthält die Bitte, dass wir unterrichtet werden. Darin ist in keiner Form irgendeine Vorfestlegung enthalten. Das Einzige sind vielleicht die fünf Stellen. Ansonsten können Sie hier zustimmen. Wer das jetzt nicht tut, sondern das wieder in Debatten über ein ganzes Jahr verschiebt, der meint es nicht ehrlich, dass wir unseren Rechtsstaat entspre-

(Barbara Ostmeier)

chend ausstatten müssen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich bitte um Aufmerksamkeit in Bezug auf die Abstimmung. Denn es gibt verschiedene Anträge zum Abstimmungsverfahren, die mir vorliegen. Ich frage zunächst, ob die noch einmal genannt werden sollen. Ich glaube, sie sind hier noch nicht genannt worden. Ich frage die PGF, was ihre Vorschläge dafür wären. Die Kollegin Ostmeier hat gerade beantragt, den einen Antrag in der Sache abzustimmen. Möglicherweise gibt es ja noch andere Anträge. - Frau Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Wir beantragen, den Antrag in der Drucksache 18/3730 (neu) in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, ebenso wie den Bericht in der Drucksache 18/3713.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Okay. Gibt es weitere Anträge? - Dann frage ich zunächst, wer damit einverstanden ist, den Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3713 und den Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3730 (neu) in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen.

(Zurufe)

Sie möchten das einzeln abstimmen, okay. Das können wir auch gern machen.

Dann frage ich zunächst einmal, wer den Bericht der Landesregierung in der Drucksache 18/3713 zur abschließenden Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte. Den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SSW, die Piratenfraktion, die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Wer den Antrag der CDU-Fraktion mit der Drucksachenummer 18/3730 (neu) in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeord-

neten des SSW - und Frau Ostmeier und der Kollege Garg?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: FDP-Fraktion!)

- Es wäre hilfreich, wenn es eine gewisse Konzentration gäbe. Dann kann man ein klares Abstimmungsergebnis erzielen. Deshalb gehe ich jetzt davon aus, dass die FDP-Fraktion, die Kollegin Barbara Ostmeier, die Kollegen des SSW, die Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten der SPD der Ausschussüberweisung zustimmen. - Wer lehnt die Ausschussüberweisung ab? - Das sind die Abgeordneten der PIRATEN. Wer enthält sich? -

(Heiterkeit)

Das ist der Abgeordnete Daniel Günther. - Damit ist die Ausschussüberweisung mehrheitlich beschlossen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung in der Sache. Es gibt noch zwei Sachabstimmungen, die wir machen müssen. Ich schlage vor, abweichend von der Geschäftsordnung den vorliegenden Änderungsantrag zu einem selbstständigen Antrag zu erklären. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Ich lasse zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3732, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten der CDU-Fraktion. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP, Piratenfraktion, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/3771, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Abgeordneten von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Wer lehnt diesen Antrag ab? - Das sind die Abgeordneten von FDP, CDU und PIRATEN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Berichts Antrag zum Bericht der Härtefallkommission

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3725

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das ist einstimmig.

Ich erteile für die Landesregierung dem Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In diesem Fall ganz besonders: Liebe Mitglieder der Piratenfraktion! Soweit Sie mit Ihrem Antrag die Landesregierung auffordern, einen Bericht über die Arbeit der **Härtefallkommission** abzugeben, muss ich Ihnen - wie man so schön sagt - ein wenig Wind aus den Segeln nehmen. Ich will Ihnen auch gern erläutern, warum das so ist.

Die Einrichtung der Härtefallkommission Schleswig-Holstein basiert rechtlich auf dem zweiten Teil der schleswig-holsteinischen Ausländer- und Aufnahmeverordnung. Hieraus ergibt sich, dass die Härtefallkommission ein behördenunabhängiges Gremium ist. Dieses Konstrukt wurde seinerzeit gewählt, um den besonderen aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten des § 23 a des Aufenthaltsgesetzes bestmöglich gerecht werden zu können.

Die Erteilung von Aufenthaltsrechten in diesen Verfahren setzt getrennte positive Entscheidungen der Härtefallkommission auf der einen Seite und der obersten Landesbehörde, in diesem Fall meiner Person, voraus. Dies bedingt unabhängig voneinander arbeitende und entscheidende Partner, von denen nicht einer die Fachaufsicht über den anderen ausübt.

Für die Geschäftsstelle der Härtefallkommission gilt eine vergleichbare Regelung. Die Geschäftsführung wird mit einem Teil der Arbeitszeit durch eine Mitarbeiterin und einen Mitarbeiter des Ausländerrechtsreferates meines Ministeriums wahrgenommen. In ihrer Funktion für die Härtefallkommission unterliegen beide aber nicht meiner Fachaufsicht. Sie sind eben behördenunabhängig tätig.

Durch die Ausländer- und Aufnahmeverordnung sind die Mitglieder der Härtefallkommission ermächtigt, sich selbst eine Geschäftsordnung zu geben, die als Verfahrensgrundsätze betitelt sind. Nach diesen Verfahrensgrundsätzen müssen die Be-

richte nicht mehr notwendigerweise jährlich ergehen. Im Ergebnis wird deutlich, dass die Berichterstattung eine interne Funktion in diesem Zusammenarbeitskomplex zwischen der Härtefallkommission und deren Geschäftsstelle einnimmt und keine besonderen Vorgaben einzuhalten sind. Gegenüber dem Landtag besteht an dieser Stelle nach diesen Formalitäten grundsätzlich keine Berichtspflicht.

Gleichwohl - das ist etwas, wo ich die Vergangenheit gern noch einmal heranziehen möchte - hat es sich die Geschäftsstelle zur guten Übung gemacht, jährlich Berichte zu erstellen. Diese sind so aufgebaut, dass auch Vergleiche zu den Vorjahren gezogen werden können. Es entspricht der Tradition, diese Berichte zu veröffentlichen und auch dem Landtag zur Verfügung zu stellen. Wichtig an dieser Stelle ist: Die Geschäftsstelle hat mir zugesichert, dass mit dieser Tradition keinesfalls hier und heute leichtfertig gebrochen werden soll.

Nun ist es aber in der Tat so, dass die beiden Geschäftsstellenmitarbeiter in ihrer Funktion für mein Ausländerrechtsreferat im Ministerium im Wesentlichen für die Bereiche Asylverfahrensrecht und humanitäre Aufnahme arbeiten. Diese beiden Arbeitsbereiche sind neben der Geschäftsstellentätigkeit in einem anhaltend hohen Maße im vergangenen Jahr gefordert gewesen. Die Geschäftsstelle hat daher in Absprache mit den Mitgliedern der Härtefallkommission auf einen Bericht im Jahre 2015 verzichtet. Absicht ist, dass wir für die Jahre 2014/2015 einen gemeinsamen Bericht vorlegen werden, um die entsprechenden Zeitreihen fortzusetzen - das aber bitte erst dann, sobald es die Zeit erlaubt.

Einige Zahlen trotzdem zur Härtefallkommission, aber auch nur Statistik an dieser Stelle. Bevor ich dazu komme, einige Erläuterungen: Alle an die Härtefallkommission herangetragenen Fälle werden durch die benannte Geschäftsstelle vorgeprüft. Dies dient der Feststellung, ob eine Anrufung durch andere zielführende aufenthaltsrechtliche Verfahren erledigt oder wegen offensichtlich fehlender Erfolgsaussichten bereits durch die Geschäftsstelle verworfen werden kann. Dies sind Fälle, über die die Mitglieder der Härtefallkommission in einer Folgesitzung entsprechend informiert werden. Die Auswertung dieser Fälle ist komplex und konnte für die Landtagstagung nicht mehr aufbereitet werden. Genau diese Zahlen werden wir in einem späteren Bericht bereithalten.

Führt die Vorprüfung zu dem Ergebnis, dass eine Anrufung der Kommissionsmitglieder zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt wird, fertigt die Geschäftsstelle hierfür eine ausführliche Be-

(Minister Stefan Studt)

schlussvorlage. Im Jahr 2014 hat sich die Härtefallkommission mit insgesamt 15 Fällen, die 18 Personen betrafen, befasst. In 11 Fällen mit 13 Personen wurde Härtefallersuchen beschlossen. Diese Härtefallersuchen ermöglichen es mir, eine entsprechende Entscheidung zu treffen. Fällt diese, was regelmäßig der Fall ist, positiv aus, wird dadurch die zuständige Ausländerbehörde angewiesen, den Betroffenen **Aufenthalts Erlaubnisse** zu erteilen.

Im Jahr 2015 hat es einen spürbaren Anstieg der Anrufungen gegeben. In 25 Fällen mit 33 betroffenen Personen hat die Härtefallkommission in 20 Fällen mit 24 Personen positive Entscheidungen getroffen. Ich habe diese dann meinerseits positiv entschieden.

Für das Jahr 2016 kann schon jetzt von einem erheblichen Anstieg der Fallzahlen ausgegangen werden. Schon zu Jahresbeginn liegen 35 Anrufungen vor, die eine entsprechende Sitzungsvorbereitung erfordern.

Diesen Menschen zu helfen, wird von der Geschäftsstelle für erheblich wichtiger erachtet, als die dezidierte statistische Aufarbeitung der Vergangenheit vorzulegen. Ich persönlich teile diese Auffassung und hoffe dabei auf Ihr Verständnis. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat die Abgeordnete Angelika Beer.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, es tut mir leid, dass ich Ihnen jetzt erst einmal den Wind aus den Segeln nehmen muss.

(Beifall PIRATEN)

Auf Ihrer eigenen Website ist angegeben, dass der Bericht der Härtefallkommission jährlich vorgelegt wird. Das ist nicht erfolgt. Deshalb bin ich etwas enttäuscht über die geringen Angaben, die Sie heute gegenüber dem Parlament machen konnten.

(Martin Habersaat [SPD]: Beantragen Sie, dass die Website geändert wird?)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Einrichtung der **Härtefallkommission** in Schleswig-Hol-

stein gehört zu den Errungenschaften der ersten rot-grünen Koalition in Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN und Martin Habersaat [SPD])

Sie ist die Instanz - ich habe das damals mitverhandelt; das ist nun einmal so; das ist ja nicht das Schlechteste -,

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Dann kann es nicht schlecht sein!)

die aus humanitären Erwägungen mit Zustimmung des Ministers, wie eben gerade ausgeführt, ein **Bleiberecht** erteilen kann.

Sie ist die vorletzte Instanz, weil danach eigentlich nur noch, um eine Abschiebung zu vermeiden, das Kirchenasyl in Anspruch genommen werden kann, wenn es angeboten wird. Wir wissen, dass auch die Zahlen des Kirchenasyls in dem Zeitraum, über den wir heute diskutieren, stark angestiegen sind.

Weil diese Errungenschaft so wertvolle Arbeit leistet, Herr Minister, haben wir bereits im August 2015 versucht, mit einer Kleinen Anfrage, Drucksache 18/3293, herauszubekommen, warum der Bericht für das Jahr 2014 nicht turnusmäßig abgegeben wurde. Ihre Antwort differiert zu dem, was Sie hier gerade ausgeführt haben. Sie haben gesagt, aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen habe es eine **Veränderung der Prioritätensetzung** gegeben, aber die Geschäftsstelle der Härtefallkommission werde sich bemühen, den Bericht baldmöglichst vorzulegen. Warum haben Sie damals nicht geantwortet, dass der Berichtszeitraum verändert wird und dann gemeinsam für 2014 und 2015 vorgelegt wird?

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Oder lesen Sie Ihre Antworten auf unsere Kleine Anfrage nicht durch?

(Martin Habersaat [SPD]: Das ist doch baldmöglichst!)

Wir haben jetzt Januar 2016. Da der Bericht immer noch nicht vorlag, haben wir diesen Antrag zum heutigen Bericht eingebracht. Ich war eigentlich davon ausgegangen, dass dies im Interesse aller Fraktionen liegen muss. Was nämlich die Rolle der Härtefallkommission anbelangt, gibt es hier politisch keine Differenzen.

Ich möchte mich deswegen gerade bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, aber auch bei den Mitgliedern der Härtefallkommission für ihr Engagement bedanken.

(Angelika Beer)

(Beifall PIRATEN)

Die **politische Verantwortung**, dafür zu sorgen, dass die **Entscheidungen**, wenn auch in anonymisierter Form, natürlich dem **Parlament** vorgelegt werden, das Parlament informiert wird, liegt bei Ihnen, Herr Studt. Ich muss feststellen, dass Sie dieser Verantwortung in letzter Zeit immer weniger nachkommen. Wir reden hier ja nicht über einen Bericht, der Hunderte Seiten lang ist. Der letzte vorgelegte zum Jahr 2013 umfasst 15 Seiten, die Berichte der Jahre zuvor neun bis zehn Seiten. Angesichts der aktuellen Entwicklung gehen wir davon aus - ich schlage vor, dass wir es, weil es sich auch um vertrauliche Informationen handelt, im Innen- und Rechtsausschuss aufrufen -, dass die Zahl der Anrufungen der Härtefallkommission seit dem drastischen Anstieg der Zahl der Flüchtlinge bei uns im Land gestiegen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen diese Entwicklung frühzeitig erkennen. Es kann doch nicht sein, dass wir in dieser Situation einfach zwei Jahre abwarten, um dann erst zu hören, ob die **Härtefallkommission** genügend ausgestattet ist, ob sie genügend **Unterstützung** hat. Ich appelliere an Sie, sie personell so auszustatten, dass sie ihre humanitäre Aufgabe weiter wahrnehmen kann,

(Beifall PIRATEN)

und dementsprechend im Haushalt anzupassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollten diesen Berichtsantrag auch, weil das Letzte, was wir aus dem Bericht über 2013 wissen, ist, dass die **Entscheidungskriterien** geändert worden sind. Sie haben es eben noch einmal ausgeführt. Natürlich liegt es im Interesse des Parlamentes zu wissen, ob diese Veränderungen im Rahmen der Arbeit der Kommission positiv waren, ob sie wirken, ob sie zielgerichtet sind oder ob diese Veränderungen in der Geschäftsordnung, die sich ergeben haben, zu korrigieren sind.

Insofern will ich hier gar nicht die große Kontroverse. Ich sage Ihnen aber auch: Wenn man dieses wertvolle Instrument Härtefallkommission hat, braucht es Schutz, braucht es Unterstützung. Dann lasse ich mir nicht den Vorwurf gefallen, dass wir hier eine sinnlose Debatte beantragen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, Sie haben darauf hingewiesen, dass **keine formale Berichtspflicht** gegenüber dem Landtag besteht. An sich ist damit alles gesagt.

Ich möchte nur anmerken, da es sich bei den verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an dieser Stelle um Mitarbeiter des Innenministeriums beziehungsweise der Landesverwaltung handelt, wenn hier auch in eigenständiger Funktion, dass die Argumentation, man sei überlastet und könne deswegen einen Bericht nicht auf den Weg bringen, ein bisschen problematisch ist. Wenn es nach der Belastungssituation ginge, dürften wir in diesem Jahr vermutlich damit rechnen, dass wir keine Polizeiliche Kriminalstatistik, keinen Verfassungsschutzbericht bekommen und sich die gesamte kommunale Ebene aus dem Berichtswesen abmeldet. Nichtsdestotrotz ist die unabhängige Position an dieser Stelle zu berücksichtigen. Wenn der schriftliche Bericht in gewohnter Form dann zwei Jahre zusammenfasst, ist das in Ordnung. Wir werden ihn beraten, wenn er vorliegt.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Serpil Midyatli.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Pressespiegel ist zu entnehmen, dass es hier im Landtag Debatten gibt, bei denen es eigentlich nicht nötig gewesen wäre, zu debattieren. Wenn es einen Punkt auf der Tagesordnung in dieser Woche gäbe, dann hätte ich diesen nennen können. Fakt ist - das hat der Herr Innenminister gerade ganz klar und deutlich gesagt -: Es gibt **keine Berichtspflicht** dieser unabhängigen Kommission. Wenn Frau Beer dies damals mitverhandelt hat, weiß sie auch, dass sich die **Härtefallkommission** eine Geschäftsordnung gegeben hat.

Kurz zur Entstehungsgeschichte: 1987 wurde erstmalig in Nordrhein-Westfalen, in Berlin und in Schleswig-Holstein eine Härtefallkommission eingerichtet. Ich finde, es ist wichtig und richtig zu sagen, dass die Idee damals in Schleswig-Holstein geboren worden ist und es mittlerweile in allen Bundesländern eine Härtefallkommission gibt. Aus welchen Gründen und warum die Härtefallkommission angerufen wird, hat der Innenminister erläutert.

(Serpil Midyatli)

tert. Ich gehe fest davon aus, dass alle von Ihnen im Laufe Ihrer Landtagstätigkeit mit Sicherheit auch schon die Härtefallkommission angerufen haben, weil sie selbst Informationen oder Bitten erhalten haben. Es gibt Nicken in den Reihen; das freut mich.

Das Einzige, wozu dieser Antrag heute dient, ist, sich einmal ganz öffentlich und im Landtag für die gute **Arbeit** dieser **Kommission** zu bedanken. Mir ist es wichtiger, eine Kommission arbeitet, als dass sie sich hinsetzt und Berichte schreibt, damit wir im Innen- und Rechtsausschuss darüber debattieren können. Sie haben viel zu tun. Es ist wichtig, die Anträge vernünftig abzuarbeiten und Menschen eine Chance zu geben, weil sie aus anderen aufenthaltsrechtlichen Gründen keinen Aufenthaltstitel bekommen. Vielen Dank für Ihre Arbeit, die Sie leisten. Sie geben den Menschen Mut und eine klitzekleine Hoffnung, vielleicht doch einen Aufenthaltstitel in Deutschland zu bekommen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Burkhard Peters.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister, vielen Dank für den Bericht. Schon als ich den Antrag las, dachte ich mir: Gibt es zurzeit nichts Wichtigeres zu debattieren? Bereits im August hat die Landesregierung auf die entsprechende Kleine Anfrage der Kollegin Beer geantwortet, dass ein **Bericht** bisher wegen **Arbeitsüberlastung** der **Geschäftsstelle** noch nicht erstellt werden konnte. Man muss also wirklich schon blind gegenüber den Realitäten sein, um die enorme Belastung nicht wahrzunehmen. Mir jedenfalls ist sie plausibel und hinnehmbar.

Herr Scharbach und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten ganz besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 2015 fast Unmenschliches zu leisten. Das haben sie in hervorragender Weise geschafft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dafür gebührt ihnen Dank des ganzen Hauses.

Im laufenden Jahr wird dieser Einsatz wahrscheinlich nicht geringer sein. Ich habe mich noch mehr gewundert, als ich las, dass dieser Antrag es zur Beratung auf die Tagesordnung geschafft hat. Nach den heutigen Ausführungen des Innenministers fehlt mir der letzte Funke Verständnis für diesen Antrag.

Die **Härtefallkommission** ist kein Hilfsorgan des Parlaments. Sie ist nicht Teil des Petitionswesens. Insofern besteht auch überhaupt **keine Berichtspflicht**. Was bisher an Berichten von der Härtefallkommission vorgelegt wurde, war immer hilfreich, nützlich, gute Übung, aber - wie gesagt - überobligatorisch.

Ich teile die Auffassung des Innenministeriums uneingeschränkt, dass es unter den Bedingungen der äußersten Arbeitsbelastung wichtiger ist, dass sich die Kommission und die Geschäftsstelle auf ihre Kernarbeit konzentrieren. Die besteht eben darin, humanitär nicht vertretbare Einzelfallentscheidungen gegenüber Schutzsuchenden zu verhindern. Sie besteht nur sehr nachrangig darin, zeitnah jedes Informationsbedürfnis der PIRATEN zu befriedigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Umso besser ist es, dass uns heute versichert wurde, dass der Bericht nachgereicht wird und dem Parlament zukünftig wieder regelmäßig zugeführt wird.

Lassen Sie mich, weil wir gerade dabei sind, einen anderen Gesichtspunkt im Zusammenhang mit der Härtefallkommission beleuchten. Nach der Konstruktion ist es so, dass sich die **Geschäftsstelle** der HFK aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums rekrutiert. Auch die oder der Vorsitzende der Kommission wird vom Innenministerium gestellt. Sie oder er ist in dem elfköpfigen Gremium oft das Zünglein an der Waage. Auch wenn die vom Innenministerium benannten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Tätigkeitsfeld der HFK nicht der Fachaufsicht des Ministeriums unterliegen, bleibt doch gelegentlich ein Problem. Dies wird auch im Hinblick auf den sogenannten Vorprüfungsausschuss deutlich. Der sortiert nämlich von vornherein eine Vielzahl der Härtefallanträge aus, ohne dass sich die eigentliche Kommission mit diesen Fällen vorher befassen kann. Meistens handelt es sich um Fälle, die nach summarischer Vorprüfung allerdings keine Erfolgsaussichten versprechen. Unter diesen Umständen hatte ich oft das Gefühl, auch als in diesem Bereich tätiger Anwalt, dass der Einfluss, welchen das Innenministerium

(Burkhard Peters)

auf die Entscheidungsfindung der HFK hat, vielleicht gelegentlich zu stark gewichtet ist.

Wir sollten, sobald der Bericht vorliegt, diesen im Innen- und Rechtsausschuss behandeln. Es wäre gut, wenn wir in diesem Zusammenhang - gemeinsam mit dem Flüchtlingsbeauftragten - auch einen prüfenden Blick auf die soeben angesprochene Frage werfen.

Den heutigen Bericht des Innenministers können wir erst einmal nur zur Kenntnis nehmen. Noch einmal vielen Dank dafür.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei den Ausführungen des Kollegen Peters ist mir eben durch den Kopf gegangen, was der Kollege wohl gesagt hätte, wenn ein Minister einer schwarz-gelben Landesregierung für den Bereich zuständig gewesen wäre. Ich glaube, Emil Schmalfuß, der das Thema ja in der 17. Wahlperiode zu vertreten hatte, wäre hier von den Grünen und auch von dem Kollegen Peters einer brutalstmöglichen Schweigeaktion bezichtigt worden.

(Beifall FDP)

Unabhängig davon halte ich die Ausführungen von Innenminister Studt inhaltlich für nachvollziehbar. Ich bin der Ansicht, dass die Härtefallkommission eine wichtige Arbeit leistet, und möchte Ihnen die Überlegung ans Herz legen, ob wir uns im **Innen- und Rechtsausschuss** darauf verständigen können, einmal einen Vertreter der **Härtefallkommission** zu einer unserer Sitzungen einzuladen und uns dann vielleicht mit dem über aktuelle Fragen austauschen können. Ich denke, das wäre dann auch eine Möglichkeit zur Informationsgewinnung zu diesem Thema, die sich sinnvollerweise auch sehr gut ohne große Debatten hier im Landtag durchführen ließe. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich habe natürlich eine Rede zu diesem Thema vorbereitet, die wirklich strotzt vor Lob für die **Härtefallkommission**. Sie wissen auch alle, dass der SSW eine sehr positive Haltung zu ihr hat und auch kommunalpolitisch eine durchaus sehr enge Zusammenarbeit mit diesem Gremium hat.

Insbesondere vor diesem Hintergrund erspare ich mir meine Rede und weise nur darauf hin - das haben auch andere Vorredner schon getan -, dass es für uns in dieser angespannten Situation ganz wichtig ist, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Innenministerium ihre normale Arbeit fortführen können und die Härtefallkommission gut arbeiten kann. Das ist zurzeit nicht leicht. Die Mitarbeiter sind in der Tat stark belastet.

Deswegen, glaube ich, es ist richtig, in einer solchen Situation auch einmal auf einen Bericht zu verzichten, um ihn dann später nachzuholen. Vor dem Hintergrund ist es uns wichtiger, dass den Flüchtlingen geholfen wird, als dass wir noch eine Statistik bekommen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag in der Drucksache 18/3725 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Da kein Antrag gestellt wurde, ist der Punkt erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3727 (neu) - 2. Fassung

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Da alle Reden zu Protokoll gegeben werden, muss ich die Aussprache nicht eröffnen.

Ausschussüberweisung?

(Zuruf: Geht nicht!)

(Präsident Klaus Schlie)

- Okay. Dann ist Abstimmung in der Sache beantragt. Das scheint so auch von allen mitgetragen zu werden. Wer also zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:45 bis 15:02 Uhr)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung wieder.

Begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Carl-Maria-von-Weber-Gymnasiums aus Eutin und der Schule am Burgfeld aus Bad Segeberg. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 45 auf:

Situation der Pflege in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3647

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die **Sicherstellung guter Pflege** ist ein Thema, das alle angeht - an der Präsenz im Plenum kann man das leider nicht unbedingt erkennen; das muss ich schon sagen -, alle in der Politik und alle in unserer Gesellschaft. Pflege ist und bleibt, insbesondere mit Blick auf den demografischen Wandel, ein Dauerthema und eine Daueraufgabe, der sich wirklich niemand wird entziehen können. Der demografische Wandel ist Fakt. Unser Land wird immer mehr Menschen mit Pflegebedarf haben, und diese Entwicklung wird sich auf Dauer fortsetzen.

Wir wissen heute um die differenzierten Bedarfe verschiedener Gruppen von Pflegebedürftigen. Wir wissen um den Wunsch vieler, auch mit Pflegebedarf im eigenen Haus zu leben. Wir wissen auch, dass die personellen Kapazitäten für berufliche Pflege endlich sind und dass es immer wichtiger

wird, Pflege durch Angehörige und Ehrenamtliche zu fördern und sie noch mehr zu unterstützen.

Dabei haben wir einen klaren Maßstab: Es geht hier eben nicht um die Versorgung von Fällen, sondern es geht um Menschen, um ihre Selbstbestimmung und ihre Lebensqualität, auch im Alter.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung hat im Dezember mit dem ersten **Landespflegebericht** eine fundierte und regional aussagekräftige **Datengrundlage** zur Situation und zur Entwicklung der Pflege vorgelegt. Er ist gedacht als Grundlage für die notwendige Diskussion, für die Planung und für die Weiterentwicklung der Pflegestruktur bei uns im Land.

Zukunftsweisende Infrastrukturplanung bedeutet Orientierung am Sozialraum und Ausrichtung an den Lebenslagen der Menschen vor Ort, in ihren Quartieren, in den Gemeinden, im Kreis. Pflege bedeutet Aufbau von Unterstützungsnetzwerken im Zusammenwirken von familiären, ehrenamtlichen, nachbarschaftlichen und eben ganz niederschweligen, aber auch professionellen Hilfen und Angeboten. Die Zukunft besteht in weniger standardisierten Angeboten und einer viel stärkeren Berücksichtigung ganz spezifischer Faktoren, eben der Lebenssituation und des Lebensumfeldes. Zukünftig wird Pflege noch stärker eine Ermöglichung einer selbstbestimmten, passgenauen, individuellen Unterstützung bedeuten.

Voraussetzung für eine **sozialraumorientierte Infrastrukturplanung** ist das Wissen um die regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten vor Ort. Wir legen in diesem Bericht deshalb eine Vielzahl von regionalen Daten für die Planung vor Ort vor. Regionale Planung erfordert eine regionale Kompetenz und eine differenzierte Kenntnis der jeweiligen Lage. Der Landespflegebericht enthält daher eine Vielzahl von Daten und Informationen, richtig heruntergebrochen auf die einzelnen Kreise und die kreisfreien Städte, bezogen auf den Grad des Pflegebedarfs, bezogen auf die Art der in Anspruch genommenen Leistungen zu den vorhandenen ambulanten oder stationären Angeboten sowie bezogen auf das zur Verfügung stehende Personal.

Der Blick auf die Situation der einzelnen Kreise und kreisfreien Städte zeigt: Wir haben regional deutlich unterschiedliche Lagen und Entwicklungen. Die Auswertung der Daten weist jedoch auch übergreifende Zusammenhänge und übergreifende Entwicklungen aus, aus denen Handlungsfelder abgeleitet werden können.

(Ministerin Kristin Alheit)

Wichtig für die zukünftige Entwicklung von Hilfen und Angeboten sind beispielsweise die erstmals überhaupt vorliegenden konkreten Zahlen über Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Dazu hat das Land beispielsweise die Erstellung eines **Demenzplans** auf den Weg gebracht. Unser landespolitisches Ziel ist es, gemeinsam mit den Kommunen **Altenhilfestrukturen** zu entwickeln, die es erlauben, bei Unterstützungs- und Pflegebedarf so lange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen Häuslichkeit verbleiben zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich hatte bereits auf den Aspekt der **regionalen Kompetenz** hingewiesen, der für die Entwicklung der Pflegeinfrastruktur zunehmend an Bedeutung gewinnt. Es ist notwendig, zukünftig die Rolle der Kommunen im Bereich der Pflege durch größere Steuerungs- und größere Planungskompetenz weiter zu stärken. Das muss meiner Ansicht nach der Bundesgesetzgeber ermöglichen. Wir haben im Rahmen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu genau diesem Thema mitgewirkt und erwarten, dass seitens des Bundes langsam ein Gesetzentwurf vorgelegt wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Land tut nämlich, was es kann. Es leistet seinen Beitrag zur qualitätsgesicherten Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen. Wir fördern beispielsweise die landesweiten Anlaufstellen, etwa das gemeinsam mit den Pflegekassen errichtete Kompetenzzentrum Demenz, wir haben gemeinsam mit dem Forum Pflegegesellschaft die Koordinierungsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen im Alter, KIWA abgekürzt, geschaffen, und wir fördern als freiwillige Leistung die Pflegestützpunkte in den Kreisen und kreisfreien Städten. Ich glaube, Sie alle wissen, dass es seit dem letzten Jahr in 13 Kreisen und kreisfreien Städten Pflegestützpunkte gibt. Ich bin immer noch zuversichtlich, dass wir irgendwann flächendeckend mit Pflegestützpunkten ausgestattet sein werden.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Baasch [SPD]: Wer fehlt denn noch?)

Der Landespflegebericht liefert auch wichtige Informationen zur **Altersstruktur** und zum **Beschäftigungsumfang** im Bereich der Pflege alter Menschen. Personal ist sogar ein ganz zentrales Thema. Ohne Beschäftigte, insbesondere ohne Pflegefachkräfte, gibt es nämlich keine gute Pflege. Aber - alle wissen es - Pflegekräfte zu gewinnen und vor al-

lem auf Dauer im Beruf zu halten, ist schon länger eine Herausforderung, die mit Sicherheit in Zukunft nicht geringer werden wird. Hier sind die Einrichtungsträger gefragt, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Aber hier ist natürlich auch die Politik gefragt; sie muss die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Sie wissen, mir geht es dabei um eine nachhaltige Stärkung der Rolle der Pflegenden im Gefüge der verschiedenen Gesundheitsberufe, insbesondere was Berufsansetzen und Berufsperspektiven betrifft. Wir haben die Voraussetzungen für die Errichtung einer **Pflegeberufekammer** geschaffen. Mit der Kammer erhalten die Pflegeberufe eine kompetente und vor allem auch mandatierte Stimme. Es ist gut, dass der Errichtungsausschuss nun seine Arbeit aufgenommen hat, um die Gründungswahlen zu organisieren. Ich will die Grundsatzdebatte nicht ein weiteres Mal eröffnen. Aber ich bin weiterhin davon überzeugt: Aufgrund der Entwicklung wird sich die Kammer als wichtiger Beitrag zur Stärkung der Pflege insgesamt erweisen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, letzter Punkt in meinem Bericht ist das auf Bundesebene in Arbeit befindliche **Pflegekräftegesetz**. Sie wissen, es geht darum, die Pflegeberufe insgesamt und insbesondere die Altenpflege attraktiver zu machen. Es geht um bessere berufliche Entwicklungsperspektiven und auch darum, dass Arbeit in der Pflege besser bezahlt wird. Das hat etwas mit Ausbildung und damit zu tun, ob man eine akademische Schiene eröffnet, wie es jetzt geschehen soll. Davon werden übrigens insbesondere Frauen profitieren. Es ist gut, dass auf Bundesebene die Weichen gestellt werden, damit wir in Zukunft nicht mehr über das abschreckende und auch massiv ungerechte Schulgeld in den Pflegeberufen reden müssen, sondern nur noch über eine angemessene Ausbildungsvergütung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, das sind wichtige Punkte, und es ist dringend an der Zeit, sie zu verwirklichen, auch wenn es im Gesetz noch einige Punkte gibt - das muss man auch ganz ehrlich sagen -, die aus Sicht der Landesregierung besser gemacht werden können. Das haben wir bereits im Dezember in einer umfangreichen Stellungnahme zum Entwurf gegenüber Minister Gröhe und Ministerin Schwesig verdeutlicht. Wir werden das auch im Bundsrats-

(Ministerin Kristin Alheit)

verfahren noch einmal auf die Tagesordnung bringen. Aber wichtig ist, dass dieses Gesetz wirklich auf den Weg gebracht wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Berichtsantrag hat ein sehr weites Feld aufgemacht. Ich habe, da wir das Thema Pflege hier Gott sei Dank doch relativ häufig debattieren, den Fokus in meiner Darstellung auf den aktuellen, von der Landesregierung vorgelegten Pflegebericht gelegt. Ehrlich gesagt, einen Anspruch auf Vollständigkeit kann ein solcher mündlicher Bericht in so kurzer Zeit leider nicht erheben. Aber gute Pflege - das ist und bleibt unser Anspruch - ist ein zentrales Thema für die Menschen. Es ist ein ganz wichtiger Bereich für die Landesregierung. Mit dem Pflegebericht haben wir eine ganz hervorragende Grundlage, um mit den Akteuren im Land zielgenau über Strukturentscheidungen und Maßnahmen zu beraten, die den Bedürfnissen von Menschen mit Pflegebedarf in unserem Land bestmöglich gerecht werden. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 5 Minuten überzogen. Diese zusätzliche Redezeit steht jetzt auch allen anderen Rednern, wenn gewünscht, zur Verfügung. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die SPD-Fraktion hat die Abgeordnete Birte Pauls.

Birte Pauls [SPD]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an Ministerin Alheit und natürlich auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für diesen sehr umfangreichen ersten **Landespflegebericht** in Schleswig Holstein. Diese umfangreiche **Datensammlung** mit dem Fokus auf der Altenpflege gibt uns einen hervorragenden Überblick über allgemeine Entwicklungen, stellt regionale Versorgungsunterschiede heraus und bietet fundierte Grundlagen für weitere pflegepolitische Maßnahmen, die wir natürlich auch gemeinsam angehen wollen. Ich freue mich sehr, dass die Ministerin in einem Interview in der letzten Woche den Bereich Pflege erneut zu einem großen Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, immer mehr Menschen werden immer älter; das ist auch gut so. Die frühere Annahme allerdings, dass **Pflegebedürftigkeit** mit wachsendem Alter automatisch steigt, bestätigt sich laut vorliegenden Daten nicht. In dem Berichtszeitraum 2001 bis 2013 ist die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger zwar um 14 % gestiegen. 7 % davon erhalten aber Leistungen aufgrund von erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz. Das ist eine Leistung, die es noch gar nicht lange gibt und die bestätigt, dass eine individuelle Betrachtung der Menschen mit Hilfebedarf wirklich sehr sinnvoll ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das **Pflegestärkungsgesetz II** mit der Änderung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und mit der Erweiterung der Pflegegrade ist daher ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich bin allerdings auch davon überzeugt, dass man die Leistungen für Pflegebedürftige noch individueller anpassen sollte, auch um die pflegenden Angehörigen mehr zu entlasten, sodass ein Leben mit Pflege und Beruf ohne Aufgabe der eigenen persönlichen Bedürfnisse möglich ist.

Die steigende Anzahl von **Tagespflegeplätzen** ist in diesem Zusammenhang ein wunderbares Angebot. Gleichzeitig verhindert Tagespflege Einsamkeit und fördert die Mobilität der Älteren. Unsere politische Richtung lautet weiterhin: ambulant vor stationär. Das entspricht auch dem Wunsch der meisten älteren Menschen, nämlich so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit bleiben zu können.

Für eine **individuelle Versorgung** bedarf es professioneller Begleitung, niedrigschwelliger Angebote, guter Vernetzung im Quartier, eines sogenannten Pflegemixes und natürlich einer kommunalen Sozialraumplanung. Das wollen wir, und das will diese Landesregierung weiter mit den Akteuren in den Kommunen gestalten. Unsere KIWA, die Koordinationsstelle für innovative Wohn- und Pflegeformen, hat dabei eine tragende und wichtige Funktion.

Unsere Seniorinnen und Senioren sind alt genug, um selber zu entscheiden, wie und wo sie leben möchten. Sie darin allerdings zu unterstützen, das muss unsere politische und auch gesellschaftliche Aufgabe sein. Damit Pflegebedürftige und ihre Angehörigen aber überhaupt eine Wahl für die Gestaltung ihrer Versorgung haben, benötigen sie ausreichend Informationen. Das **Internetportal „Wege**

(Birte Pauls)

zur Pflege“ gibt einen allgemeinen Überblick. Das kann aber natürlich ein persönliches Gespräch im Pflegefall nicht ersetzen. Deshalb findet die individuelle und kompetente Beratung vor Ort bei den trägerunabhängigen **Pflegestützpunkten** in diesem Land statt. Für die flächendeckende Einrichtung und Sicherung der Pflegestützpunkte haben wir zusätzliche freiwillige Haushaltsmittel bereitgestellt.

Zwei Kreise - die Ministerin hat es gesagt - fehlen uns noch: Steinburg und Schleswig-Flensburg.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Skandal!)

- Skandal, genau! Wir arbeiten daran, dass sich das ganz schnell ändert.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Mehrheit dort hat die CDU.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist eine billige Ausrede!)

- Ich sagte ja, wir arbeiten daran. Bei der SPD steht es - im Gegensatz zur CDU - auf jeden Fall im Programm.

Dass die Pflege ein wahrer Jobmotor ist und angesichts der demografischen Entwicklung noch an Fahrt aufnehmen wird, zeigen die Entwicklungen: 39.800 Menschen arbeiteten bis Ende 2013 in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen. Die Zahl der in der Pflege Tätigen ist damit um über 31 % gestiegen. Allein im ambulanten Bereich hat sich die Anzahl der **Pflegefachkräfte** um 71 % erhöht; sie betrug bis Ende 2013 48 %.

Aber - das will ich hier auch sagen -: Die Pflegenden müssen von ihrer Arbeit auch leben können.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Pflegetätigkeit darf nicht in die Armut führen. Deshalb ist neben dem sowieso schon geringen Lohn die Entwicklung hin zu mehr Teilzeit auf Dauer kritisch zu sehen. Wir konnten im Pflegebericht sehen, dass immer mehr Leute in Teilzeit angestellt werden. Davon kann man nicht leben. Das führt zum Schluss zu weniger Rente. Das ist keine gute Entwicklung, auch wenn man das aus der Praxis zum Teil nachvollziehen kann. Hier haben die Arbeitgeber eine besondere Verantwortung, um für die notwendigen Rahmenbedingungen und für eine gute Zukunft der in der Pflege Tätigen zu sorgen.

Ein Fünftel aller Beschäftigten ist über 55 Jahre alt. Bei wachsendem Pflegekräftebedarf müssen wir uns also rechtzeitig um geeigneten **Nachwuchs**

kümmern. Auch das haben wir getan. Wir haben dafür gesorgt, dass diese wichtige Ausbildung für die Auszubildenden in Schleswig-Holstein endlich kostenfrei ist. Seit 2013 haben wir jedes Jahr zusätzlich 200 kostenfreie, landesgeförderte Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Dementsprechend ist die Zahl der Bewerbungen auch gestiegen, und das ist gut so.

Um die Durchlässigkeit und damit die Attraktivität des Pflegeberufs zu steigern, wird zurzeit das Pflegeberufegesetz auf den Weg gebracht, das unter anderem die generalistische Ausbildung zum Ziel hat. Zusätzlich bieten wir erstmalig in Schleswig-Holstein ein pflegewissenschaftliches Studium an. Wir geben der Pflege mit der Einrichtung der Pflegekammer endlich eine eigene Stimme. Der Errichtungsausschuss hat seine Arbeit jetzt aufgenommen. Herzlichen Glückwunsch an den Vorstand! Ich zweifle nicht an Ihrem Erfolg.

Der Demenzplan für Schleswig Holstein ist, dank bester Koordinierung durch das Kompetenzzentrum Demenz, auf dem Weg. Der Prozess zur wichtigen Reduzierung der Dokumentation in der Pflege wird im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern in Schleswig-Holstein dank einer guten Moderation durch das Sozialministerium wunderbar umgesetzt und angenommen, und selbstverständlich halten wir weiterhin an unserer Forderung nach einem gesetzlichen Personalbemessungsschlüssel fest.

Unser Dank und unser Respekt gelten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den über 1.000 ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in diesem Land, die den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen Tag und Nacht mit Rat und Tat zur Seite stehen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Beifall Wolfgang Baasch [SPD] und Peter Eichstädt [SPD])

Das gilt auch für die pflegenden Angehörigen und ihr Engagement, das ja meist im Verborgenen stattfindet und von vielen eigentlich gar nicht richtig wahrgenommen wird. Es ist und bleibt keine Selbstverständlichkeit. Also, von unserer Seite, von der Seite der SPD und der Koalition: Ein echtes Bekenntnis zur echt guten Pflege im echten Norden. Oder, wie eine Pflegedienstleitung mir bei einem meiner Besuche zum Abschluss sagte:

„Noch nie hat eine Landesregierung so viel für die Pflege getan wie diese.“

Vielen Dank.

(Birte Pauls)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Katja Rathje-Hoffmann das Wort.

Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal sage ich vielen Dank für den Bericht, Frau Alheit, den Sie hier mündlich gehalten haben. Auf meine Nachfrage hin habe ich diesen **Bericht** bekommen. Ich muss Sie ein wenig kritisieren, denn dieser Bericht ist nicht allen zugänglich gemacht worden. Er hat keine Drucksachenummer, und wir haben ihn auch nicht erhalten. Ich könnte mir vorstellen, dass dies das nächste Mal besser läuft und dass so ein Bericht, der wichtige Inhalte hat, besser an die Abgeordneten verteilt wird. Das war schon im Dezember so. Wir haben die Zeitungsberichte dazu gesehen, aber wir haben den Bericht selbst nicht bekommen.

Es gibt kaum einen Bereich, in dem sich die demografischen Veränderungen so deutlich zeigen wie in der Situation der Pflege. Dieser Bereich, und ganz besonders die Altenpflege, entwickelt sich zum wahren **Jobmotor**, was eigentlich erfreulich ist. Dieses Berufsfeld bietet mit ansteigender Tendenz an die 40.000 Arbeitsplätze, allerdings mit dem Haken, dass nur etwa 20 % Vollzeitstellen sind und die große Mehrheit in verschiedenen Teilzeitmodellen arbeitet.

Warum ist das so? - Das hat viele Gründe wie weitere familiäre Verpflichtungen, zum Beispiel die Betreuung von Kindern, aber auch die eigene Pflege von Angehörigen. Es gibt auch nicht genügend Vollzeitstellen, und die Belastung in Vollzeitstellen ist sehr hoch.

Die **demografischen Veränderungen** lassen sich auch aus der Anzahl der Personen ableiten, die Leistungen aus der Pflegekasse beziehen. In Schleswig-Holstein erhalten 87.800 zumeist ältere Menschen Leistungen aus dieser Kasse. Zum Vergleich: Im Jahr 2001 waren es 14 % weniger. Das täuscht aber nicht darüber hinweg, dass diese Zahlen bei den aktuellen Bevölkerungsentwicklungen eigentlich höher sein müssten als jetzt angegeben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Zunahme der Pflegebedürftigkeit im Alter seit 2001 abgenommen hat, denn im gleichen Zeitraum ist die Altersgruppe der Generation 75 plus um stolze 35 % angestiegen.

Ein Fazit aus dieser Statistik lautet: In Schleswig-Holstein hat sich das Risiko verringert, im Alter pflegebedürftig zu sein. Das ist prinzipiell eine gute Nachricht für unsere insgesamt alternde Bevölkerung, allerdings mit einer eher ernüchternden Ausnahme, und zwar ist das eine Erkrankung an einer Demenz, die etwa bei etwa 40 % der Pflegebedürftigen festgestellt wird. Es wird auf Basis der **Pflegestatistik** ganz deutlich aufgezeichnet, dass wir uns als Gesellschaft und damit verknüpft als Parlament intensiv mit den Auswirkungen und den damit verbundenen Bedarfen auseinandersetzen müssen.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Dieser Wandel hat Auswirkungen, und diese müssen wir vor allem im Blick haben, wenn die geburtenstarken Jahrgänge von 1955 bis 1965 sich dem Rentenalter nähern. Wenn ich mich hier umgucke, dann sind hier doch recht viele aus dieser Altersgruppe.

(Zurufe)

- Einige! - Die **Pflege älterer Menschen** wird auch künftig hauptsächlich von zu Hause aus durch Ehepartner, Kinder und andere Verwandte, Freunde und Bekannte durchgeführt werden. Das entspricht dem großen Wunsch der älteren Menschen. Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und finanzierbaren Pflege ist für uns als Gesellschaft und als politisch Handelnde elementar und höchst wichtig.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Die in diesem und im vergangenen Jahr in Kraft getretenen **Pflegestärkungsgesetze I und II** sowie das **Pflegezeitgesetz** und das kommende **Pflegeberufesgesetz** bringen weitgehende Verbesserungen und Veränderungen auf den Weg, die dringend notwendig sind. Dabei spielen die Anforderungen in der informellen und in der ambulanten Pflege eine wichtige Rolle. Pflegenden Angehörige müssen in die Lage versetzt werden, zu helfen und zu assistieren, ohne selbst Gefahr zu laufen, dass sie überfordert werden.

Wir sagen: Die Pflege der Angehörigen darf die Pflegenden nicht selbst krank machen und überfordern. Gerade hier sind wir künftig noch viel mehr gefordert, wenn es darum geht, eine ausreichende Anzahl von Angeboten für die Pflegebedürftigen vorzuhalten. Angebote der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sind wichtige Komponenten. Gerade sie ermöglichen es, dass pflegende Angehörige dringend notwendige Erholungsphasen zur Gesunderhaltung und Ent-

(Katja Rathje-Hoffmann)

spannung nutzen können. Zudem müssen wir uns Gedanken über andere und neue Wohnkonzepte im Alter machen; über Wohnformen, die passen und die an die körperlichen Bedürfnisse adaptiert sind.

Menschen, die in stationäre Pflegeeinrichtungen wechseln, sind zunehmend älter und damit verbunden auch morbider. Hier hilft die bessere Differenzierung durch den **neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff**. Auch die Demenzerkrankung wird besser berücksichtigt.

Dreh- und Angelpunkt in der Pflege wird in Zukunft jedoch die **Personalsituation** sein. Wir brauchen Pflegekräfte, die auch Zeit für die zumeist alten Menschen haben und die fachgerecht und gut ihren Aufgaben entsprechend ausgebildet werden.

(Beifall CDU)

Wir warten seit Beginn dieser Koalition in Schleswig-Holstein auf die angekündigte **Ausbildungskampagne**. Ich kann mich erinnern, gleich am Anfang hieß es: Für mehr Ausbildungsplätze in der Pflege. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass diese Kampagne kommt, denn irgendwann gibt es nicht mehr so viele Jugendliche, die bereit sind, und das müssen wir ändern. Das ist unsere Aufgabe, und da müssen Sie liefern, Frau Alheit.

(Beifall CDU und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Alheit liefert, liebe Kollegin, aber ohne Kampagne, sondern in Taten. Das sage ich vorweg.

Pflege ist die Herausforderung unserer Zeit, da sind wir uns alle einig. Die Küstenkoalition stellt sich dieser Herausforderung. Vielen Dank, liebe Ministerin, für Ihren Bericht. Die Situation in Schleswig-Holstein stellt sich so dar, dass wir vor wenigen Jahren 90.000 Pflegebedürftige hatten. In wenigen Jahren werden es 130.000 sein. Das ist eine Zunahme um 50 %, und ich denke, wir alle sind uns einig, dass wir einen Kraftakt brauchen, um alle Pflegebedürftigen zukünftig gut pflegen zu können.

In der Pflege arbeiteten im Jahr 2013 40.000 Menschen, Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner. Ich appelliere an alle jungen Menschen,

die für die Zukunft einen **krisensfesten und sicheren Arbeitsplatz** suchen: Denken Sie auch an die Pflege. Vielleicht ist das in der Zukunft genau der richtige Ausbildungs- und Arbeitsplatz für Sie.

(Beifall Birte Pauls [SPD])

Der Bereich Gesundheit und Pflege ist schon seit Jahren der Jobmotor Nummer eins, und er wird auch in Zukunft eine große Rolle spielen. Woran es aus meiner Sicht noch ein bisschen hapert, ist die **Bezahlung**, und es sind auch die **Arbeitsbedingungen**. Wir haben es eben gerade schon gehört: Das Personalbemessungssystem muss dringend kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Koalitionsvertrag haben wir uns auf eine ganze Reihe von Maßnahmen festgelegt. Ich freue mich über jede einzelne, die die Pflege Schritt für Schritt ein bisschen weiter nach vorn bringt. Bei der **Pflegekammer** ist es so, dass wir nach Rheinland-Pfalz das nächste Bundesland werden, das eine Pflegekammer bekommen wird. Das ist eine demokratische Beteiligung für alle Pflegekräfte, und ich freue mich darauf, dass die Pflege eine eigene Stimme bekommt.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

- Lieber Kollege Arp, Sie werden sehen, die anderen Bundesländer werden uns folgen. Ich freue mich darauf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Jetzt kommen wir zur **Pflegedokumentation**. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Nichts ist schlimmer als das: Sie wollen Zeit für Ihre Patienten, stattdessen brauchen Sie die kostbare Arbeitszeit für Papier, Elektronik und Dokumentation.

Auch da ist Schleswig-Holstein vorbildlich. Wir beteiligen uns an einem bundesweiten **Modellversuch**. Hier ist das Ziel klar: mehr Zeit für die Pflegebedürftigen, weniger fürs Papier. Auch das geht Schritt für Schritt voran.

Was wir im Bereich der **Ausbildungsplätze** geleistet haben, muss ich hier noch einmal ganz deutlich hervorheben. Ich finde, es war aberwitzig, dass in einem Mangelberuf junge Menschen Geld mitbringen mussten, um eine Ausbildung zu machen. Dieses System haben wir vom Kopf auf die Füße gestellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

(Dr. Marret Bohn)

Beim **Pflegeberufegesetz** bin ich mir ganz sicher, dass wir vonseiten der Bundesländer noch erheblichen Einfluss auf die Große Koalition nehmen müssen. Das, was jetzt vorgelegt worden ist, erscheint mir doch eher als kleinster gemeinsamer Nenner, ein großer Sprung oder auch Schritt nach vorne ist es nicht. Aber da bin ich ganz optimistisch, dass da noch Nachbesserungen erfolgen werden und auch erfolgen müssen.

Die Kollegin Pauls hat gerade eben schon über das **Pflegestudium** in Lübeck gesprochen - auch das von Fachleuten seit Jahren gefordert. Wir setzen es um, wir machen es, wir bringen es auf die Schiene.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie sehen mit allen Maßnahmen, die ich jetzt nicht noch einmal wiederholen möchte, wie wichtig uns die Pflege ist. Sie ist bei der Küstenkoalition in guten Händen, und ich freue mich auf die nächsten Schritte, die wir tun werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Richtung Landesregierung will ich eigentlich nur eine Bemerkung machen. Ich war jetzt ein bisschen erstaunt, dass es offensichtlich in irgendeiner Form einen schriftlichen Bericht gibt. Mir hat man immer gesagt, Sie gäben heute einen mündlichen Bericht, und ich sollte Ihnen einmal zuhören, dazu könnte ich dann etwas sagen. Ich habe keinen schriftlichen Bericht, brauche ich aber auch nicht. Ich setze mich lieber - das mache ich sehr gern - mit der Kollegin Pauls auseinander, das weiß sie auch.

(Wortmeldung Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich lasse im Moment keine Zwischenfragen zu, Herr Präsident.

Ebenso gern setze ich mich mit der Kollegin Bohn auseinander, weil wir in bestimmten Feldern politisch gar nicht weit auseinanderliegen. Die spannende Frage, Frau Pauls, ist - ich habe mir diese wunderbaren Statistiken auf über 50 Seiten auch

genau angesehen -: Was für Konsequenzen ziehen wir daraus? Sie haben beispielsweise vollkommen zu Recht angemahnt, von Pflege müsse man leben können, wer pflegt, müsse auch anständig **verdienen**. Das gilt aus meiner Sicht sowohl für die Altenpflegerinnen und Altenpfleger als auch für die Krankenpflegeberufe.

Sie haben den hohen Anteil an **Teilzeitarbeit** bemängelt, wenn ich es richtig verstanden habe. Zu dem hohen Anteil an Teilzeitarbeit kann ich Ihnen sagen: In den Pflegeeinrichtungen, die ich besuche, wäre es den Einrichtungsleitungen unglaublich lieb, sie hätten mehr Vollzeitbeschäftigte. Es liegt nicht unbedingt an den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern in dem Punkt, sondern es liegt bedauerlicherweise - aufgrund der Rahmenbedingungen, die die Pflege nach wie vor vorfindet - vor allem - ich will es gar nicht Wunsch nennen, aber - an dem Zwang für diejenigen, die diesen Beruf ausüben. Es sind nach wie vor zu fast 90 % Frauen, gerade im Altenpflegebereich, die sagen: Wir wollen unseren erlernten Beruf, den wir eigentlich mögen, ausüben, wir können ihn aber unter ganz vielen Voraussetzungen nur halbtags ausüben.

Ich will einmal eine Zahl in den Raum stellen, weil ich die erschütternd finde. Genau das wäre so eine Konsequenz, die wird nicht die Ministerin Alheit oder welcher Landesminister oder welche Landesministerin auch immer ziehen, das ist eine Geschichte, die in der Tat mit dem Pflegeausbildungsgesetz auf Bundesebene hoffentlich zumindest ansatzweise in die richtige Richtung geschoben wird. Eine Krankenschwester - Frau Pauls, Sie sind doch selbst Intensivschwester von Beruf, ich weiß nicht, was Sie exakt verdient haben - im Staat New York verdient zwischen 100.000 und 120.000 \$ im Jahr. Ich behaupte einmal, eine Krankenschwester Birte Pauls hat noch nicht einmal ein Drittel davon im Jahr verdient.

(Birte Pauls [SPD]: Das stimmt! - Zurufe)

- Verdient hätte sie es möglicherweise schon, ich glaube, Sie verstehen mich ganz richtig. Das hat etwas mit dem **Ausbildungsverständnis** bisher zu tun.

Erstens hielt und halte ich die **Trennung** der **Ausbildung** in der **Altenpflege** auf der einen Seite und der **Krankenpflege** auf der anderen Seite für falsch. Ich halte die Befürchtung in der Altenpflege, dass dadurch Menschen verloren gehen, indem man eine generalisierte Ausbildung in Modulen, die möglichst durchlässig sind, auf den Weg bringen will, für nicht angebracht; denn überall dort, wo es

(Dr. Heiner Garg)

integrierte Ausbildungsgänge gegeben hat, überall dort, wo Modellversuche stattgefunden haben, hat sich gezeigt, dass die Altenpflege gerade nicht schlechter abgeschnitten hat.

(Vereinzelter Beifall FDP und SPD)

Der zweite Punkt. Ich habe hier nie der **Akademisierung der Pflege** das Wort geredet, weil ich glaube, der Zugang zur Pflegeausbildung muss relativ niedrigschwellig bleiben. Aber die Möglichkeit zur Spezialisierung, die Möglichkeit im Zweifel auch zur Akademisierung, also sich wissenschaftlich weiterzubilden, muss wesentlich einfacher werden, denn es kann nicht sein, dass engagierte Frauen und Männer mit 25 Jahren eine Stationsleitung übernehmen, und das war dann die Perspektive für die restlichen 40 Jahre ihres Berufslebens.

(Beifall SPD)

An einer Stelle war ich etwas überrascht, Frau Kollegin Bohn. Ich sehe die Ansätze des **Pflegeweiterbildungsgesetzes** nicht ganz so kritisch, wie Sie es dargestellt haben. Es sollte gelingen, auf Bundesebene diese irrwitzige Entwicklung, die die Kollegen vor mir bereits geschildert haben - wer in die Pflege wollte, durfte zum Teil jedenfalls sein Geld noch mitbringen -, zu verändern. An der Stelle, Kollegin Pauls, will ich sehr deutlich sagen: Die Entwicklung, wie Sie sie geschildert haben, war doch sehr künstenkoalitionsfreundlich. Sie stimmt nicht ganz. Mit der Problematik haben sich die Kollegin Moser, die Kollegin Trauernicht, der Kollege Garg und natürlich auch die Kollegin Alheit herumschlagen müssen. Tatsächlich ist es so, dass es immer mehr Bewerber als staatlich finanzierte Schulplätze gegeben hat. Es war sowohl unter der Kollegin Trauernicht als auch unter dem Kollegen Garg als auch unter der Kollegin Alheit so, dass wir die Zahl der staatlich finanzierten Plätze immer weiter erhöht haben. Dass die so einen großen Sprung machen konnten, liegt an der Haushaltsvorbereitung der Vorgängerkoalition, die Sie nicht sonderlich mochten.

(Beifall FDP und CDU - Zurufe)

Ohne Witz, schauen Sie sich - -

(Zuruf SPD)

- Entschuldigung, Kollege Baasch, ich finde, es war bisher sehr redlich. Die Redlichkeit sollten Sie auch besitzen, dass es einen Haushaltsentwurf zum Doppelhaushalt 2013/2014 gegeben hat, in dem genau diese Anzahl vorgesehen war. Wenn Sie das nicht zur Kenntnis nehmen wollen, wenn Sie das abstreiten, dann stimmt das schlicht und ergreifend nicht.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Garg, gestatten Sie eine Bemerkung der Abgeordneten Pauls?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Logisch, klar.

Birte Pauls [SPD]: Ich freue mich sehr über so viel Einigkeit heute zu diesem wichtigen Thema. Frau Kollegin Redmann staunt schon.

- Sandra!

Geben Sie mir recht, dass Sie in den zweieinhalb Jahren, in denen Sie Sozialminister des Landes und damit für die Ausbildungsplätze zuständig waren, ganz genau 80 zusätzliche kostenfreie Ausbildungsplätze in der Altenpflege zur Verfügung gestellt haben, auch wenn der Wunsch da war, es vielleicht im folgenden Jahr besser zu machen? Aber insgesamt haben Sie 80 zusätzliche Ausbildungsplätze eingerichtet?

- Ja, selbstverständlich stimmt das, Sie wissen ja auch, unter welchen finanziellen Voraussetzungen wir gestartet sind. Es war nicht der Wunsch da, Frau Kollegin Pauls, sondern es war die Haushaltsanmeldung da, die Sie sich vielleicht einmal zeigen lassen können. Ich habe da nichts zuzugeben, sondern das war Politik. Wir haben genau an der Stelle - das haben wir hier in verschiedener Form miteinander kritisiert - nicht gespart, sondern weiter draufgelegt. Ich finde, es gehört zur Redlichkeit dazu, dass die Vorbereitung dessen, womit Sie sich heute schmücken wollen, auch durch eine Vorgängerregierung gemacht worden ist. Warum fällt Ihnen das so unglaublich schwer? - Ich bin fertig mit der Beantwortung.

Es geht doch am Ende darum - da hoffe ich in der Tat auf die Novelle der Pflegeausbildung auf Bundesebene -, dass wir diese Diskussion, die die Kollegin Pauls und ich gerade wieder geführt haben, in Zukunft überhaupt nicht mehr führen müssen, weil völlig klar ist, dass dieser Unsinn endgültig ein Ende hat, dass jemand - auch wenn es nur eine einzige Pflegeschülerin ist - in Zukunft sein eigenes Schulgeld mitbringen muss, weil es schlicht Blödsinn ist.

Zweitens. Lassen Sie mich aus einer Geschichte, die ich der Pressemitteilung der Ministerin entnommen habe, oder der Zusammenfassung einen Bereich herausgreifen, der die vermeintlich abnehmende **Pflegefalleintrittswahrscheinlichkeit** aufgreift. Es soll ja nicht mehr ganz so wahrscheinlich

(Dr. Heiner Garg)

sein, im Alter pflegebedürftig zu werden. Was uns das an der Stelle wirklich weiterhilft, weiß ich nicht. Die Kollegin Bohn hat beschrieben, wie sich die Pflegebedürftigenpopulation in Schleswig-Holstein weiterentwickeln wird. Wir haben es in Zukunft mit rund 130.000, möglicherweise auch mit 140.000 Menschen zu tun, die pflegebedürftig sein werden.

Für mich ist viel wichtiger: Wie setzt sich diese **Pflegebedürftigenpopulation** in Zukunft zusammen? Sind es sehr viele sehr hochbetagte multimorbide Patientinnen und Patienten, die im Zweifel eine ganz andere Pflege brauchen, als wir sie uns heute vorstellen, oder geht die Schwere der Pflegebedürftigkeit - was ich bezweifle - zurück?

Frau Rathje-Hoffmann, an einer Stelle will und muss ich Ihnen vehement widersprechen. Sie haben gesagt, **Pflege** werde weiterhin überwiegend **von Angehörigen** erfolgen. Ich glaube, dass genau das nicht der Fall sein wird. Wir können nämlich nicht auf der einen Seite, wenn wir hier im Landtag arbeitsmarktpolitische Debatten führen, sagen, dass wir Frauen, die diese familiären Pflegeleistungen zu über 85 % erbringen, in Zukunft dringend als Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt brauchen, und auf der anderen Seite bei all den Kalkulationen, auch den finanziellen Kalkulationen zur Pflegeversicherung, so tun, als stünde ein familiäres Pflegekräftepotenzial von mindestens 50 % in der Bevölkerung zur Verfügung.

Ich glaube, wir brauchen eine weitere **Professionalisierung** und eine **Vernetzung der Professionen**, und wir brauchen eine bessere Vernetzung aus Ehrenamt, familiärer und professioneller Pflege. Ich glaube nicht, dass wir uns hier mit der Hoffnung zufriedengeben können, dass Schwiegermütter, Töchter und Ehefrauen weiterhin schon zur Hälfte das Pflegekräftepotenzial abdecken werden. Das ist eine ganz gefährliche Annahme, die schon 1994 bei Norbert Blüm nicht gestimmt hat. Sie stimmt heute erst recht nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich setze möglicherweise unbegründet zu viel Hoffnung auf die Weiterentwicklung der Ausbildung auf Bundesebene, weil ich mir in der Tat eine Menge davon verspreche. Ich glaube, der Appell der Kollegin Bohn an die jungen Menschen, in die Pflege- oder die Gesundheitsberufe einzusteigen, ist aus Sicht der Krisenfestigkeit vollkommen richtig. Aus Sicht der Arbeitsbedingungen ist noch eine ganze Menge nachzuarbeiten, damit diese Berufe tatsächlich attraktiv werden. Wenn man nämlich nicht die große Empathie mitbringen würde - was die meisten im

Pflegebereich tun -, hätten wir den Status, den wir im Moment haben, nämlich die menschliche und vernünftige Versorgung, die viele Pflegenden den Menschen im Land angedeihen lassen, heute nicht. Ich finde, wir sollten sie in Zukunft verbessern. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke mich bei der Ministerin für den Bericht. Ein mündlich gehaltener Bericht sollte immer besonders aktuell sein. Das war er für mich auch, weil Zahlen genannt wurden, die ich bisher nicht kannte. Den Landespflegebericht habe ich auch nicht bekommen. Wie ich heute erfahren durfte, ist es auch nicht so relevant, ihn zu bekommen, weil er eigentlich das beschreibt, was hier seit drei Jahren relativ unverändert passiert.

Beschäftigt man sich mit politischen Initiativen, muss man sich immer fragen: Was soll das? Was macht das? Was für ein Problem löse ich eigentlich? - Auf diese Fragen werde ich am Ende meiner Rede zurückkommen. Das betrifft nämlich genauso die Situation der Pflege, über die wir heute eigentlich reden wollten, und nicht marginale und hier und da vielleicht sogar bemerkenswerte Veränderungen für die Pflegenden.

Wir wissen, dass uns in den nächsten Jahren Zehntausende Pflegenden fehlen werden. Sie werden uns an allen Ecken und Kanten fehlen. Ich bin völlig bei Ihnen, Herr Garg, wenn Sie sagen, dass das in den Familien nicht geleistet werden kann. Familiäre Leistungen können staatliche Leistungen nicht ersetzen, weil uns auch die Demografie andere Antworten gibt.

Vor einem knappen Jahr war die geschätzte Kollegin Pauls auf einer gesundheitspolitischen Podiumsdiskussion, zu der der Bundestagsabgeordnete Ernst Dieter Rossmann geladen hatte. Sie stand unter einer sehr interessanten Fragestellung: Was bringen die aktuellen Initiativen von der Pflegezeit bis zur Aufwertung der Pflegeberufe? Ich finde, die Fragestellung des SPD-Kreisverbandes in Pinneberg war sehr klug gewählt. Wir müssen nämlich endlich anfangen, die Pflege von den Pflegenden und den zu Pflegenden aus zu betrachten und nicht

(Wolfgang Dudda)

aus der Perspektive der Politik. Das haben wir lang genug gemacht.

Wir müssen mehr nachfragen und nachfühlen, was von den großen Ideen und dem, was auf Papier stand, in der **Theorie** und in der **Praxis** wirklich gut funktioniert, was davon in der Realität in den Doppelzimmern der Altenpflegeheime und in den Intensivstationen unserer Krankenhäuser wirklich ankommt. Was tut das, und was macht das? Ich denke, dass wir uns bisher viel zu wenig Gedanken über die praktischen Folgen dessen, worüber wir hier debattieren, draußen gemacht haben.

Ich bin sicher, dass die Kollegin Pauls auch in Pinneberg von den großen Segnungen der **Pflegekammer** geschwärmt haben wird, die auch dieses Problem lösen soll. Die Kollegin Rathje-Hoffmann legt viel Hoffnung in das **Pflegestärkungsgesetz** - vielleicht berechtigt, vielleicht nicht berechtigt. Wir werden es abwarten müssen. Aber alles das hat mit der aktuellen Situation der Pflegenden herzlich wenig zu tun.

(Birte Pauls [SPD]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Wenn den jungen Leuten hier heute empfohlen wird, in einen Beruf zu gehen, der tatsächlich krisensicher ist, kann ich davon nur abraten. Ich habe heute Morgen, wie wahrscheinlich viele von Ihnen, eine Mail bekommen, in der der Bundesverband der privaten Pflegedienstleister 1.085 € **Ausbildungsvergütung** nennt und sich damit auf dem zweiten Platz, was die Ausbildungsvergütung generell angeht, ansiedelt. Das hört sich gut an. Das ist auch gar nicht schlecht. Ich darf daran erinnern: Ein Polizeianwärter bekommt bei uns zwischen 1.064 € und 1.100 €. Das ist also tatsächlich nicht schlecht.

Wenn wir uns dann aber um den Arbeitsalltag eines Pflegenden und seine Möglichkeiten, nach der Ausbildung Geld zu verdienen, kümmern - da hat der Kollege Garg mit seiner Darstellung über die **Bezahlung** in New York und in Deutschland völlig recht -, stellen wir fest, dass ein Altenpfleger kaum 2.000 € brutto erreicht. Für dieses Geld geht niemand gern arbeiten. Da braucht es wirklich die Passion zur Pflege. Sie muss mitgebracht werden. Wenn wir uns dieser Aufgabe gesellschaftlich stellen wollen, müssen wir dafür sorgen, dass das besser bezahlt und anerkannt wird. Das löst eine Pflegekammer, wie wir gehört haben, ausdrücklich nicht.

Jemand, der Pflege betreibt, ist für etwa zehn Bewohner zuständig, denn nach wie vor gilt ein 20

Jahre alter Personalschlüssel, nach dem es 5,4 Bewohner sein sollten.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dudda, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Pauls?

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Ja.

Präsident Klaus Schlie:

Bitte.

Birte Pauls [SPD]: Herr Kollege Dudda, teilen Sie mit mir die Auffassung, dass für das Einkommen von Pflegekräften die Tarifpartner, Arbeitgeber und Gewerkschaften, zuständig sind und wir uns als Parteien tunlichst nicht einzumischen haben, auch wenn wir uns das oft sehr wünschen? Eigentlich ist es doch Aufgabe der Tarifpartner, genau dafür zu sorgen, für anständige Rahmenbedingungen, damit die Menschen in ihrem Beruf das machen können, wozu sie ausgebildet sind. Finden Sie es nicht auch ein bisschen fahrlässig, diesen Beruf an dieser Stelle so niederzureden?

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Da haben Sie völlig recht. Darüber haben wir öfter gesprochen. Wir haben leider die Situation, dass wir im Pflegebereich keine starken Gewerkschaften und keine starken personalrechtlichen Vertretungen haben. Wir haben im September 2012 darüber gesprochen, Frau Pauls. Damals haben wir das festgestellt. Damals sollte eine Imagekampagne angegangen werden, die das **Sozialprestige** des **Pflegeberufs** deutlich heben sollte. Wenn das erfolgreich gewesen wäre, wären sich die Tarifpartner mit Sicherheit auf anderer Augenhöhe begegnet und hätten das Problem zwischenzeitlich besser gelöst. Das Problem kann nicht - von uns schon gar nicht - gelöst werden, weil wir uns nicht einmischen dürfen. Da haben Sie völlig recht. Trotzdem ist eine ausgebliebene erfolgreiche Imagekampagne mitverantwortlich dafür, dass der Status, das Sozialprestige des Pflegeberufs nicht ausreichend ist und der Beruf vor allen Dingen nicht ausreichend vergütet wird. - Damit ist die Frage beantwortet.

Es ist nicht allein die Vergütung, sondern es sind auch die **Arbeitsbedingungen**. Wir haben einen Schlüssel von 5,4 pro Pfleger. Wenn ein Kollege

(Wolfgang Dudda)

krank ist, kann es auch einmal sein, dass ein Pfleger 16 Menschen allein versorgen muss. Die Menschen werden immer älter. Die Pflege wird immer intensiver. 45 Minuten - das ist das, was als Satz gilt - bräuchte jeder für seinen Patienten. Die hat er aber bei Weitem nicht.

Auf dem Papier kommen im Laufe des Tages, vor allen Dingen vormittags, noch Betreuungskräfte dazu. Die dürfen aber nicht pflegen oder das Essen reichen. Mit Personal aus dem Pflegebereich hätte man mehr Unterstützung für die Menschen. Das ist der Eindruck. Das ist ein Tipp aus der Praxis für die Praxis. Die politische Praxis, das sind wir. Wir verstecken uns häufig genug hinter Statistiken. Wir berechnen Durchschnittswerte und feiern uns für Bürokratieabbau wie zum Beispiel dem Abbau von Dokumentationen. Das ist das Zauberwort. Da wurde über Jahre ein Monster geschaffen. Über kleine Abbauschritte können wir nicht verhindern, dass die Zeit für Bürokratie immer noch in einem Missverhältnis zur Pflege steht. Genau das wollen die Pflegenden nicht und die Gepflegten auch nicht.

Die Pflegenden haben einen hohen Anspruch an sich selbst und leiden unter diesen schlechten Arbeitsbedingungen, an Überlastung, an Bürokratie und würden gern aus Überzeugung - trotz der schlechten Bezahlung - bessere Arbeit leisten dürfen. Das können sie aber nicht.

Wir müssen uns also noch einmal fragen: Was soll das? Was macht das mit uns? Wenn ich jetzt auf das reflektiere, was wir im Spätsommer 2012 hier diskutiert haben, kann ich tatsächlich keine wirklich spürbare positive Veränderung in der Pflege sehen. Tatsächlich wurde das mit den Ausbildungsplatzvergütungen und mit dem Schulgeld besser gelöst - keine Frage. Aber eine richtig massive positive Veränderung zugunsten der Pflegenden und damit auch zugunsten der Pflegebedürftigen kann ich nicht wahrnehmen.

Vor dem Hintergrund beschreibt wahrscheinlich der Landespflegebericht, den auch ich nicht bekommen habe, das, was in den letzten drei Jahren unverändert geblieben ist. Deshalb ist er auch nicht besonders relevant. Ich frage mich tatsächlich, was diese Debatte hier heute soll. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte mich erst einmal bei der Ministerin für den Bericht bedanken. Genau wie im Landespflegebericht, den ich am 8. Dezember 2015 öffentlich zugänglich auf der Internetseite gefunden habe,

(Katja Rathje-Hoffmann [CDU]: Drucksachennummer?)

wurde eins sehr deutlich: Zwar nimmt die statistische Wahrscheinlichkeit, im Alter pflegebedürftig zu werden, ab. Aber die absolute Zahl der Pflegebedürftigen nimmt stetig zu. Und nicht zuletzt weil die geburtenstarken Jahrgänge langsam aber sicher in Rente gehen, wird sich diese Situation eher noch verschärfen. Eins ist aus Sicht des SSW jedenfalls ganz klar: An der grundsätzlichen Notwendigkeit, die Pflege umfassend und langfristig zu stärken, hat sich nichts geändert.

Vor allem eine Erkenntnis bleibt hochaktuell: Die **Herausforderungen im Pflegebereich** sind extrem vielfältig. Um das Berufsfeld insgesamt aufzuwerten, müssen wir vor allem die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Außerdem müssen wir uns dringend für eine viel stärkere Wertschätzung für Pflegenden einsetzen. Hier sind wir zwar längst dran, aber das sind nun einmal echte Daueraufgaben, die allein allerdings auch noch nicht ausreichen.

Denn daneben spielen zum Beispiel auch die **Aus- und Weiterbildung** und die **Akademisierung** der Pflegeberufe eine große Rolle. Die Bedeutung einer hochqualifizierten Ausbildung ist viel wichtiger, als manche glauben. Studien belegen eindeutig, dass die Arbeitszufriedenheit eng mit einer guten Ausbildung zusammenhängt. Erst die gibt einem die Sicherheit, die man für die Ausübung des Berufes braucht. Deshalb müssen wir die Fort- und Weiterbildung regelmäßig an die veränderten Herausforderungen im Pflegeberuf anpassen. Davon profitieren Pflegebedürftige und Pflegenden.

Pflege muss menschlich sein. Wenn es um die Quantität als erste Voraussetzung hierfür geht, stehen wir vergleichsweise gut da. Die Gruppe der Pflegefachkräfte ist seit 2001 um rund ein Drittel gewachsen. Die Zahl der Auszubildenden im Bereich der Altenpflege und Altenpflegehilfe ist seit 2008 sogar um 67 % gestiegen. Fakt ist, dass die entsprechenden Haushaltsmittel von circa 3,7 Millionen € im Jahr 2008 auf derzeit 5,4 Millionen € erhöht wurden. Mittlerweile haben wir 1.800 landesgeförderte schulische Ausbildungsplätze, und die Ausbildung ist damit de facto kostenlos.

(Flemming Meyer)

Doch wir brauchen natürlich nicht nur eine Antwort auf die Frage, wie viele **Pflegekräfte** zur **Deckung des Bedarfs** nötig sind, die Frage der **Qualität** ist mindestens genauso wichtig. Für uns ist klar, dass Pflege nur qualitativ hochwertig sein kann, wenn es Zeit und Platz für Zwischenmenschlichkeit und Zuwendung gibt. Diesen Raum wollen und müssen wir unbedingt erhalten. Im Klartext heißt das nichts anderes als ein besserer Personalschlüssel bei weniger Dokumentation und mehr Möglichkeiten, um zum Beispiel Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Auch hier sind wir dran. Aber wir sind längst noch nicht am Ziel. Hier muss sich nicht zuletzt auch die Bundesebene bewegen, um zum Beispiel durch eine verbindliche Personalbemessung den Weg für eine gute und individuelle Betreuung und Pflege der Bedürftigen frei zu machen.

Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen müssen wir eins bedenken: Immer mehr Menschen wollen möglichst selbstbestimmt und lange im gewohnten Umfeld alt werden. Das ist absolut nachvollziehbar und muss aus meiner Sicht stärker berücksichtigt werden. Gerade weil Schleswig-Holstein die höchste **stationäre Versorgungsquote** aller Länder hat, müssen wir schnell und ganz erheblich umstrukturieren.

Mich freut, dass auch die strategische Zielrichtung des **Landespflegeausschusses** in diese Richtung geht. Hier hat man sich unter anderem darauf verständigt, die Selbsthilfepotenziale von Pflegebedürftigen und Angehörigen zu stärken und die nachbarschaftliche Unterstützungsbereitschaft zu fördern. Das sind unheimlich wichtige Ansatzpunkte. Wir werden uns natürlich dafür einsetzen, dass hierfür die nötigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Der **Landespflegebericht** liefert hierfür wichtige und sehr detaillierte Informationen, auch runtergebrochen auf die Regionen. Diese detaillierten Informationen werden für uns ein wichtiger Leitfaden sein, um herauszufinden, wie man zukünftig das, was wir sowieso schon unheimlich gut machen, noch besser machen kann. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man hier verwirrt Fragen stellt, kann man sie sich auch selber beantworten. Ich möchte einmal zu der Frage, ob es eine **schriftliche Vorlage** gibt oder nicht, Folgendes sagen: Ich bin davon ausgegangen, als ich den Antrag der regierungstragenden Fraktionen in der Drucksache 18/3647 gelesen habe, dass es um das geht, was da steht:

„Der Schleswig-Holsteinische Landtag bittet die Landesregierung, in der 39. Tagung mündlich über die Situation und Entwicklung der Pflege in Schleswig-Holstein sowie über ihre pflegepolitischen Aktivitäten zu berichten.“

Dann höre ich von der Kollegin Rathje-Hoffmann, es hätte eine Vorlage gegeben, die habe sie aber nicht erreicht. Ich nehme einmal an, der Kollege Tietze wollte mich darauf hinweisen, dass es den Landespflegebericht gibt. Ja, aber üblicher- und höflicherweise wurde so etwas früher den Abgeordneten zugeleitet. Wir waren aber auch so schlau, uns das selbst aus dem Internet zu ziehen. Das ist auch gar nicht mein Punkt.

Ich bin allerdings davon ausgegangen, dass pflegepolitische Aktivitäten und ein Bericht sich nicht ausschließlich auf den Bereich der Altenpflege konzentrieren, insbesondere vor dem Hintergrund des Kontextes, den ich in meiner Rede dargestellt habe. Ich bin davon ausgegangen, dass beides zusammengehört. Aber das ist dann Sache der regierungstragenden Fraktionen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dass nur 50 % eines Bereichs abgebildet werden, ist das nicht mein Problem. Das werden wir dann eben bei entsprechender Gelegenheit nacharbeiten. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort hat die Ministerin Kristin Alheit.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ganz herzlichen Dank. - Meine Damen und Herren! Herr Garg hat es jetzt ja noch einmal deutlich gemacht, und ich möchte es noch einmal klarstellen. Am 8. Dezember 2015 ist Ihnen, allen Fraktionen, dieser **Bericht** zugegangen. Wenn das nicht gelesen und weitergeleitet wird, weiß ich nicht genau, woran das liegt. Es war aber unser großes Interesse, dass Sie das alle lesen und bekommen. Das ist ein

(Ministerin Kristin Alheit)

guter Bericht, und er ist in seinen Informationen auch sehr umfänglich. Zudem habe ich jetzt noch den mündlichen Bericht abgegeben. Aber ich finde diese Verknüpfung tatsächlich sehr wichtig.

Ich möchte aber auch noch einmal auf eine andere Sache eingehen. Sie haben, Herr Garg, jetzt so getan, als wenn wir nicht wirklich etwas bei der **Ausbildung** geleistet hätten. Also, diese Anzahl bei der Aufstockung an Plätzen hat sonst keiner geleistet. Erstmals haben wir es erreicht, dass kein Schüler mehr Schulgeld zahlen muss. Verdammst noch einmal: Keine andere Landesregierung vorher hat das geschafft! Was auch immer Sie getan haben, das haben wir erreicht, und das ist unser Ziel. Daran müssen wir festhalten, und das tun wir auch. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ihr seid so toll!)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ein Antrag ist nicht gestellt worden, damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Meine Damen und Herren, aus gegebenem Anlass weise ich noch einmal darauf hin, dass wir im Ältestenrat die Übereinkunft haben, dass Reden, die hier gehalten werden, erst nachdem sie gehalten worden sind, ins Netz gestellt werden.

(Zurufe)

- Wenn ein Redner hier redet, soll - so ist es im Ältestenrat vereinbart worden - seine Rede nicht schon vorher im Netz stehen. Das habe ich aus gegebenem Anlass noch einmal gesagt. Derjenige, der betroffen ist, weiß das sicherlich.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 26 auf:

Bericht zur Ausbildung bei der Landespolizei

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3740

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht.

(Unruhe)

- Wenn Sie jetzt alle ein schlechtes Gewissen haben, ist das gut. Aber das muss nicht dazu führen, dass es so laut wird, dass ich Sie bitten muss, etwas leiser zuzuhören.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob

der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, das ist - trotz einiger Schwächeerscheinungen - der Fall. Das ist dann so beschlossen.

Ich erteile dann für die Landesregierung dem Herrn Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unsere Landespolizei ist und wird hervorragend ausgebildet und kann daher die ihr übertragenen Aufgaben mit höchster Professionalität und Zuverlässigkeit erfüllen. **Rechtliche Grundlagen** der qualifizierten und zeitgerechten **Ausbildung** unserer **Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten** sind die jeweils gültige Ausbildungs- und Prüfungsordnung mit den dazugehörigen Ausbildungs-, Lehr- und Stoffplänen, die Curricula sowie die dazu formulierten Richtlinien. Dieses Regelwerk wird durch ständige und wiederkehrende Überprüfungen und Evaluationen immer wieder und gerade jetzt den Gegebenheiten und Erfordernissen angepasst. Damit wird sichergestellt, dass den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen wird.

Die Ausbildung unserer Landespolizei wird neben den Berufspraktika im Einzeldienst an drei festen Einrichtungen durchgeführt: für die Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt - ehemals mittlerer Dienst - an der zentralen Aus- und Fortbildungseinrichtung in Eutin, für die Laufbahngruppe 2, 1 - ehemals gehobener Dienst - an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistung, Fachbereich Polizei, in Altenholz und für die Laufbahngruppe 2, 2 - ehemals höherer Dienst - an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster.

Bausteine der Ausbildung, für die unterschiedlichen Laufbahngruppen jeweils angepasst, sind die Allgemeinbildung, die Fachtheorie und -praxis sowie die Erweiterung der Schlüsselqualifikationen persönliche und soziale Kompetenz sowie Fach- und Methodenkompetenz.

Wesentlich für die Handlungssicherheit unserer Beamtinnen und Beamten sind die **Inhalte**, die in der **polizeipraktischen Ausbildung** vermittelt werden. Sie sind auf dem neuesten Stand und entsprechen den notwendigen Erfordernissen, die sich zum Beispiel aus dem Projekt „Gewalt gegen Polizeibeamte“ ergeben haben. Ich nenne hier die Stichwörter:

(Minister Stefan Studt)

Beherrschung der polizeilichen Zwangs- und Einsatzmittel, Beachtung der Grundsätze der Eigensicherung, praktisches Üben verschiedenster Einsatztrainingslagen einschließlich von Amok-Lagen und die Vorbereitung auf den Einsatz in geschlossenen Einheiten.

Insbesondere die persönliche und soziale Kompetenz der Auszubildenden werden durch hohe Anteile in verschiedenen Ausbildungsfächern gestärkt, so zum Beispiel in den Fächern: Berufsethik, Psychologie, Psychologisches Verhaltenstraining und Interkulturelle Kompetenz.

Im Bereich Cybercrime wird seit Jahren das bundeseinheitliche Aus- und Fortbildungskonzept umgesetzt. Alle Absolventen der Ausbildung und des Studiums sind nach diesem Konzept ausgebildete „Ersteinschreiter“.

Ebenfalls seit Jahren ist das Konzept „Kriminaltechnik“ in der Aus- und Fortbildung in Kraft, so dass die Qualitätsoffensive in Schleswig-Holstein in diesem Bereich gestützt und gefördert wird.

Zu dem Thema sexualisierte Gewalt werden den Auszubildenden das Verhalten und der Umgang beim sogenannten ersten Angriff, bei der Vernehmung und im Bereich Opferschutz vermittelt. Auch das Thema Flüchtlinge wurde aktuell in den laufenden Ausbildungsgang integriert.

Meine Damen und Herren, bei der Ausbildung für den **gehobenen Dienst** erinnere ich gern daran, dass der Bachelor-Studiengang im Fachbereich Polizei der erste akkreditierte Bachelor-Studiengang für die Polizei in ganz Deutschland war. Der Fachbereich Polizei selbst genießt über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus einen guten Ruf.

Der Studiengang für die Aufsteigerinnen und Aufsteiger oder Laufbahnwechsler aus dem mittleren in den gehobenen Dienst wurde mittlerweile auf 18 Monate verkürzt und kommt dadurch sowohl den Studierenden als auch den Dienststellen entgegen.

Vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird zurzeit ein Konzept für ein Aufstiegsstudium in Teilzeit erarbeitet.

Außerdem hat der Fachbereich Polizei aktuell eine mehrtägige Fortbildungsveranstaltung mit dem Titel „Flüchtlingssituation in Schleswig-Holstein - Professioneller Umgang und vernetzte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und privater Sicherheit“ konzipiert.

Die Ausbildung für den **höheren Dienst** für alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Deutsch-

land erfolgt in Form eines zweijährigen, modular aufgebauten Master-Studiengangs an der Deutschen Hochschule der Polizei. Das erste Studienjahr wird dabei im Nordverbund gemeinsam mit den Ländern Bremen, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern jeweils rotierend in einem der Mitgliedsländer durchgeführt.

Meine Damen und Herren, die **erhöhten Einstellungszahlen** von 400 für 2016 und folgende Jahre bei der Landespolizei erfordern natürlich auch mehr Lehrpersonal in Eutin, um eine qualifizierte und zeitgerechte Ausbildung sicherzustellen. Die zusätzlichen Bedarfe wurden bereits erhoben; ein entsprechendes Konzept wird erarbeitet.

Zu den räumlichen Kapazitäten am zentralen Ausbildungsstandort Eutin kann gesagt werden: Die gesamte Liegenschaft der Polizei wurde mit dem Ziel einer zukunftsorientierten Ausrichtung überprüft. Eine entsprechende Bedarfserhebung und Analyse der Gebäude sowie der gesamten Infrastruktur wurde durchgeführt. Diese Bedarfsanalyse ist Grundlage der Planungen.

Aufgrund der erhöhten Einstellungszahlen entsteht zusätzlicher Bedarf an Wohneinheiten. Durch Anmietungen in einer benachbarten Wohnanlage kann dieser Bedarf gedeckt werden.

Darüber hinaus gibt es einen erhöhten Bedarf an Lehrsälen, der rechtzeitig durch eine entsprechende Modulbauweise gedeckt wird. Diese Liegenschaft kann jederzeit erweitert werden, unter anderem mit dem Ziel, später ein bedarfsgerechtes Schulungs- und Aula-Gebäude zur Verfügung zu haben. Auch der Neubau eines Küchen- und Speisesaalgebäudes ist dringend erforderlich. Auch diese Planungen sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Zuletzt etwas ganz Wichtiges für unsere Polizei: Die Fertigstellung des neuen Einsatztrainingszentrums ist für den Sommer 2018 vorgesehen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, wir stellen uns den anstehenden Herausforderungen und werden sie meistern, um auch zukünftig die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine qualifizierte und zeitgerechte Ausbildung unserer Landespolizei zu schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Ekkehard Klug das Wort. Er hat eine Minute mehr als gedacht.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem Landeshaushalt 2016 sind für die schleswig-holsteinische Polizei **zusätzliche Anwärterstellen** geschaffen worden. Sie sind die Voraussetzung dafür, dass unser Land in drei Jahren zusätzliche Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte einstellen kann, Personal, das wir für unser Land dringend benötigen, um die innere Sicherheit weiter zu gewährleisten und den erhöhten Herausforderungen in diesem Bereich besser gerecht werden zu können.

Für die neuen Polizeianwärter müssen auch gute **Rahmenbedingungen** für die in einigen Monaten beginnende **Ausbildung** gewährleistet werden, und zwar hinsichtlich der sächlichen und räumlichen Voraussetzungen als auch im Hinblick auf die benötigten Lehrkräfte.

Nach unserer Einschätzung werden 20 zusätzliche Fachlehrer erforderlich. Dieses Lehrpersonal wird notwendigerweise aus dem Personalkörper unserer Landespolizei zu gewinnen sein, das heißt leider auch: Diese Lehrkräfte müssen von anderen Tätigkeiten abgezogen werden. Das ist der Preis dafür, dass wir in ein paar Jahren zusätzliche Polizeibeamte in den Dienst werden aufnehmen können.

Vor zwei Jahren hat die Landesregierung dem Landtag in einem Bericht - das ist Drucksache 18/1148 - „Attraktivität der Landespolizei erhalten“ über eine Reihe von Problemen berichtet und auch die räumlichen Bedingungen, unter denen die Auszubildenden in Eutin untergebracht sind, als sehr verbesserungsbedürftig dargestellt. Wie sich die Situation hier entwickelt hat und was noch zu tun ist, sollte auch Gegenstand der Diskussion sein, die wir mit dem von uns beantragten Bericht des Ministers eingeleitet haben. Wir werden diese Fragen sicher noch ergänzend im Innen- und Rechtsausschuss erörtern. Ich kündige an, dass meine Fraktion dieses Thema dort auf die Tagesordnung setzen wird.

Meine Damen und Herren, denn wir müssen uns wirklich Gedanken über die **Attraktivität des Dienstes** bei unserer Landespolizei machen. Im Zusammenhang mit der Nachwuchsgewinnung hat die Junge Gruppe der schleswig-holsteinischen GdP kürzlich eine Reihe von Positionen formuliert, die nach Auffassung der FDP-Fraktion bedenkenswert sind. Es ist richtig, dass die Anforderungen an den Dienst der Polizei immer anspruchsvoller werden, etwa im Hinblick auf rechtliche Ansprüche an die Verfahrensbeteiligten bei Strafverfahren. Das muss nicht zuletzt auch in der Ausbildung seinen Niederschlag finden.

Zugleich ist der Schichtdienst mit einer 41-Stunden-Woche sehr belastend, sind die Anforderungen durch viele Sondereinsätze und neue Aufgaben, aber auch wegen der bedauerlicherweise zunehmenden verbalen und körperlichen Angriffe auf Polizeibeamte gewachsen.

In der Vergangenheit konnte das Land noch aus sehr vielen Bewerberinnen und Bewerbern für die Polizeiausbildung die besten und geeignetsten Kandidaten auswählen. Mit hohen, anspruchsvollen Kriterien ist eine Auswahl getroffen worden. Aber ob wir im „Kampf um gute Köpfe“, um es einmal so zu formulieren, auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt auch nach der Vermehrung der Zahl der Anwärterstellen und nach den der Öffentlichkeit ja nicht ganz verborgen gebliebenen Erschwernissen des Polizeidienstes auch noch in Zukunft so gute Karten haben werden, das ist zwar zu hoffen, aber es bleibt abzuwarten. Wir werden kritisch beobachten müssen, ob diese Hoffnung auch in diesem Jahr zum Einstellungstermin und in den kommenden Jahren durch die Realität eingelöst werden kann.

Es spricht jedenfalls einiges dafür, dass wir uns - auch als Ausgleich für gewachsene Probleme und Belastungen im Bereich des Polizeidienstes - über Maßnahmen Gedanken machen müssen, wie die Attraktivität der Arbeit bei unserer Landespolizei in den kommenden Jahren gesteigert werden kann. Das umfasst die Qualität der Ausbildung mit allen Rahmenbedingungen, die ich genannt habe, aber natürlich auch Fragen der Laufbahngestaltung, der Aufstiegsmöglichkeiten und der zusätzlichen Vergütung für Diensteseinsätze zu ungünstigen Zeiten, um nur einige wichtige Punkte zu nennen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Wie gesagt, wir werden das Thema weiter verfolgen.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, herzlichen Dank für Ihren Bericht und von mir einleitend ein ganz herzlicher Dank an die verantwortlichen Mitarbeiter bei der PD AFB in Eutin und der FH in Altenholz, für die hervorragende Arbeit, die diese nicht immer unter ganz leichten Voraussetzungen leisten.

(Dr. Axel Bernstein)

Ich glaube, wenn wir uns die **Situation der Landespolizei insgesamt** vor Augen führen, und zwar die Belastungssituation an vielen Stellen vor Beginn der Flüchtlingskrise und erst recht heute, dann ist die richtige Entscheidung, mit 400 zusätzlichen Anwärtern für mehr Personal zu sorgen, keine Momentaufnahme. Vielmehr gehe ich davon aus, dass der Personalkörper der Landespolizei mit rund 6.500 Beamtinnen und Beamten, der seit 30 Jahren unverändert ist, nicht mehr die Größenordnung darstellt, mit der wir in Zukunft auskommen werden. Deswegen können wir die 400 Stellen nicht als Momentaufnahme betrachten, sondern müssen uns längerfristig darauf einstellen, dass unsere Ausbildungskapazitäten auf einem höheren Niveau leistungsfähig sein müssen. Nur so wird es gelingen, die Präsenz in der Fläche dauerhaft sicherzustellen. Und nur so wird es gelingen, die Arbeitszeiten der Beamtinnen und Beamten auf ein verträgliches Maß weiterzuentwickeln, bei den Schichtdiensten zu Entlastungen zu kommen und auch die Planbarkeit von Diensten auf eine solidere Grundlage zu stellen, als das heute der Fall ist.

All das ist nicht nur erforderlich, weil wir das den Bediensteten des Landes schuldig sind, es ist nicht nur erforderlich, weil es für die Leistungsfähigkeit und auch die Gesunderhaltung der Beamtinnen und Beamten von Bedeutung ist, sondern auch deshalb, weil es für die Attraktivität des Berufsbildes wichtig ist, um auch in Zukunft ausreichend Nachwuchs gewinnen zu können.

Deswegen geht es nicht nur darum darzustellen, wie die heute vorhandenen Ausbildungseinrichtungen auf die jetzt beschlossenen Anwärterzahlen hin ausgerichtet und ertüchtigt werden können, sondern es geht auch darum, ein **Konzept** vorzulegen, wie **langfristig** die Ausbildungskapazitäten im Land ausgeschöpft werden können. Dabei geht es nicht nur um das bloße Bewältigen, sondern es geht auch um qualitative Verbesserungen; denn wir kennen doch alle die Rückmeldung, dass heute bereits Ausbildungsgruppen eine Größe erreicht haben, die für die Teilnehmer nicht optimal ist.

Es wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass es zusätzliches Personal unter den Ausbildern sowohl in Eutin als auch in Altenholz brauchen wird. Auch das ist zumindest für eine Übergangsphase eine erhebliche Herausforderung.

Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen in ihrem täglichen Dienst hohen Herausforderungen gegenüber. Es wurden Beispiele genannt: interkulturelle Kompetenz, die Fähigkeit, in unterschiedlichen Situationen angemessen zu reagieren, rechtli-

che Kenntnisse. Diese **Ausbildungsanforderungen** werden noch weiter steigen. Die Welt wird nicht einfacher, und das Berufsbild des Polizeibeamten erst recht nicht.

Deshalb ist es bedenklich, wenn bereits heute die Einstellungsvoraussetzungen an einzelnen Punkten herabgesetzt werden. Eigentlich wäre genau das Gegenteil richtig - aufgrund der hohen Anforderungen, die später im Dienst gestellt werden.

(Beifall CDU)

Auch hier wird es insofern von erheblicher Bedeutung sein, dass das **Berufsbild Polizeibeamter/Polizeibeamtin attraktiv** genug ist, um ausreichend qualifizierte Bewerber zu gewinnen. Und die Konkurrenten sowohl in der privaten Wirtschaft als auch beispielsweise bei der Bundeswehr und anderen Arbeitgebern schlafen ja alle nicht, sondern arbeiten auch daran, ihre Attraktivität zu steigern.

Zu Recht wird auf die **Unterbringungssituation in Eutin** hingewiesen, wo man natürlich in der konkreten Situation darüber nachdenken muss, wie man Wohnraum, der verfügbar ist, nutzbar machen kann. Wenn ich mir die Unterbringungssituation angucke und feststelle, dass inzwischen nahezu jede Kaserne einen besseren Standard bietet als die Unterbringung in Eutin, dann ist das mit Blick auf die Attraktivität keine gute Entwicklung, sondern dann müssen wir auch in den Blick nehmen, was an dieser Stelle getan werden kann.

(Beifall CDU und FDP)

Der weite Bereich, angefangen von der **Besoldung** bis hin zu dem richtigen Schritt, die Eingangsbesoldung anzuheben, ist sicherlich nur ein Baustein mit Blick auf die kommenden Jahre. Hier geht es auch um Beförderungsaussichten und um Weiteres.

Es macht uns Sorgen, wenn wir sehen, dass die **Bewerberzahlen** heute bereits rückläufig sind. Und es macht auch Sorgen, wenn von denen, die den Einstellungstest bestanden haben und mit ihrer Ausbildung beginnen könnten und eine Zusage haben, ein nicht unerheblicher Anteil den Dienst bei der Polizei nicht antritt, weil sie attraktivere Angebote von anderen Arbeitgebern, insbesondere auch anderen Polizeibehörden haben. Das müssen wir sehr genau im Blick haben, wenn wir in Zukunft zum richtigen Personal in ausreichender Zahl kommen wollen.

Es geht nicht nur darum, in der akuten Situation die Baulichkeiten insbesondere in Eutin anzupassen, sondern auch ein Konzept für die nächsten Jahre zu entwickeln, das die bauliche, die personelle, aber auch die auf das Berufsbild und die Laufbahn bezo-

(Dr. Axel Bernstein)

genen Rahmenbedingungen im Blick hat. Ich würde mir wünschen, dass wir in absehbarer Zeit - das kann man nicht über Nacht machen, das gebe ich gern zu - ein solches Konzept auf den Tisch gelegt bekommen, damit wir gemeinsam darüber diskutieren können: Wie wollen wir unsere Landespolizei in Zukunft so aufstellen, dass wir ausreichend qualifizierten Nachwuchs auch in den nächsten Jahren gewinnen können?

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Simone Lange das Wort.

Simone Lange [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bedanke mich für den Bericht und für die Möglichkeit, auch einmal aus unserer Sicht darzustellen, was sich in den letzten Jahren bewegt hat. Und da hat sich einiges bewegt.

Jedes Jahr begrüßen wir eine Vielzahl junger Polizeibeamtinnen und -beamten, die Anfang August eines jeden Jahres bei der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung vereidigt werden. Das ist ein ganz besonderer Moment, an den auch ich mich ein Leben lang erinnern werde. Es ist schon etwas ganz Besonderes, wenn man einen Eid auf sein Land schwört und ab sofort Teil der Staatsgewalt ist.

Diese jungen Männer und Frauen kommen nach gut drei Jahren als gut ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamte auf die Dienststellen des Landes und arbeiten fortan in einem Beruf, der eher Berufung als ein normaler Job ist. Und sie erleben bis zu ihrem Ruhestand, dass jeder Fall, jeder Einsatz anders ist und es kaum eine Situation gibt, die der anderen gleicht.

Um sie genau darauf gut vorzubereiten, ist es wichtig, gute **Rahmenbedingungen** für die Zeiten der **Aus- und Fortbildung** zu schaffen. Die rot-grünblaue Landesregierung hat bereits 2012 genau darauf ihr Augenmerk gelegt und seither die Ausbildungs- und Prüfungsordnung den aktuellen Bedarfen angepasst und aktualisiert.

Trotz schwieriger Bewerberzahlen, die sich in den letzten Jahren sowohl quantitativ als auch qualitativ verändert haben, wurden die Standards gehalten. Eine landesweite Kampagne, in der das Land als Arbeitgeber wirkt, hat das positive Image, insbesondere der Landespolizei, noch einmal deutlich sichtbarer gemacht.

Wir haben steigende Einstellungszahlen. 2015 wurden noch 260 Anwärterinnen und Anwärter in Eutin begrüßt, 2016 sind es schon 400. Das stellt auch den **Ausbildungsstandort Eutin** vor neue Herausforderungen.

Die Investitionen von 8 Millionen € in die 2.600 m² große **Einsatztrainingshalle** in Eutin nehmen ab diesem Sommer Form an. Ich freue mich ganz besonders darauf, dass dort in diesem Sommer die Grundsteinlegung vollzogen werden kann. Ich bin schon jetzt ganz gespannt darauf, wenn die Halle 2018 eröffnet wird. Ich habe mir vorgenommen, auf jeden Fall Eutin zu besuchen, egal in welcher Rolle, und zwar spätestens dann.

Ich freue mich auch, dass der Standort Eutin an der Stelle deutlich gestärkt wird;

(Beifall SPD)

denn wir haben in der Vergangenheit durchaus auch darüber diskutiert, ob Ausbildungen in Schleswig-Holstein mit Ausbildungen in Hamburg zusammengelegt werden sollten.

Eine solche Einsatztrainingshalle ist einmalig im Land, natürlich. Sie wird als Doppelhalle befahrbar sein und eine voll funktionstüchtige Polizeiwache sowie einer Budo-Halle, einen Stressraum, eine Waffenkammer und Unterrichtsräume haben. Das sind Ausbildungsbedingungen, die wir heute brauchen. Wie gesagt: Ich freue mich auf die Eröffnung.

Mit der **Anhebung** des **Einstiegsamtes** von A 7 auf A 8 haben wir einen entscheidenden Schritt zur Attraktivitätssteigerung des Polizeiberufs unternommen. Und mit dem **Abbau** des **Beförderungsstaus** haben wir auch für Weiterentwicklungsmöglichkeiten, sogenannte Karrieremöglichkeiten, innerhalb der Polizeilaufbahn gesorgt.

Wir vergessen darüber nicht, dass die Herausforderungen für die jungen Frauen und Männer deutlich größer geworden sind. Sie haben es gesagt, Herr Dr. Bernstein: Unsere Welt scheint nicht friedlicher zu werden. Mögen alle Auszubildenden der Landespolizei Schleswig-Holstein stets gut gerüstet sein. Was wir dazu tun können, werden wir auch weiterhin tun. Ich bedanke mich an der Stelle beim Innenminister und seinem Ministerium dafür.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort.

Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, vielen Dank für den Bericht. Was muss aus meiner Sicht eine gute Polizeiausbildung erfüllen? Polizistinnen und Polizisten müssen auf alle erdenklichen Einsatzlagen und -aufgaben mental, emotional und körperlich vorbereitet werden: der Amoklauf in einer Schule, die Aufnahme einer Anzeige nach einer Vergewaltigung, der Einsatz in geschlossener Einheit bei einer Demo mit Randalen, die Überbringung einer Todesnachricht an eine Ehefrau nach einem Verkehrsunfall, wüste Beleidigungen und Angriffe durch den Mann beim Vollzug einer Wegweisung bei häuslicher Gewalt. Meine Damen und Herren, damit habe ich das Spektrum polizeilicher Einsätze und polizeilichen Handelns mit einigen Beispielen nur angerissen. Sie zeigen, in welchen **prekären Situationen** wir, das heißt die Gesellschaft, Polizistinnen und Polizisten schicken. Wir haben der **Polizei** das **Gewaltmonopol** anvertraut und müssen sie deshalb dahin schicken, wo es wirklich ständig wehtut, in Situationen, in denen jeder ungeschulte Mensch kläglich versagen würde.

Dieser Job ist hart, läuft 24 Stunden am Tag, erfordert Mut, Wissen, soziale Kompetenzen und körperliche Fitness. Soziale Kompetenz ist heute so sehr wie nie zuvor verbunden mit einer hohen interkulturellen Kompetenz. Verlangt wird auch die ständige Bereitschaft, die eigene Rolle in einer offenen, sich rasant ändernden Gesellschaft zu reflektieren. Hinzu kommt der sichere Umgang mit hochkomplexer und leider nicht immer reibungslos funktionierender Technik - ich sage nur: Digi-Funk -, ganz zu schweigen von den Anforderungen, sicher und im wahrsten Sinne des Wortes gezielt mit einer tödlichen Waffe umgehen zu können. Welche extreme Verantwortung tragen unsere Beamtinnen und Beamten, zum Beispiel mit der Entscheidung über einen finalen Rettungsschuss!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das ist eingebettet in ein hochkomplexes und schwieriges gesetzliches Regelwerk. Schon die Fachliteratur zum Recht der Sicherheit und Ordnung mit seinen vielen unbestimmten Rechtsbegriffen füllt Bibliotheken. Man denke nur an den polizeilichen Gefahrenbegriff. Noch schwieriger ist der Umgang mit dem

Strafrecht und vor allem mit dem Strafverfahrensrecht mit seinen teilweise immensen Eingriffen in die Grundrechte unserer Bürger. Hinzu kommt die schier unüberschaubare Flut von Bußgeldvorschriften, verstreut in Tausenden Einzelgesetzen. All dies muss in den meisten Fällen unverzüglich von den Polizeikräften abgerufen und sofort und ohne Zögern in rechtsstaatlich korrektes polizeiliches Handeln umgesetzt werden. Kurz: Wir verlangen unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten extrem viel ab, gelegentlich auch zu viel.

Eine Mindestbedingung für das Abverlangen all der geschilderten Fähigkeiten und Qualitäten ist, dass wir unsere Polizeikräfte nach den aktuellsten Erkenntnissen, mit neuesten Methoden, mit hochqualifizierten Lehrkräften und mit einer sehr guten sachlichen und räumlichen Ausstattung ausbilden. Ohne eine **profunde und umfassende Ausbildung** der Anwärtinnen und Anwärter können wir unsere zu Recht hochgelobte, unsere moderne Bürgerpolizei in Schleswig-Holstein nicht erhalten.

Nach dem Bericht des Innenministers habe ich den Eindruck, dass das Feld in Schleswig-Holstein und im Länderverbund an allen Ausbildungsstandorten, also in Eutin, Altenholz und Münster/Westfalen, gut bestellt ist. Von Altenholz ist mir das persönlich bekannt, weil ich schon des Öfteren Gelegenheit hatte, mit den Lehrkräften und Studierenden dort über rechtliche Fragen zu diskutieren und auch Bachelorarbeiten von Fachhochschulern inhaltlich zu begleiten. Ich bin mir sicher, dass die in Eutin anstehenden Maßnahmen ebenfalls zu einer weiteren Verbesserung der Ausbildungssituation im mittleren Dienst führen werden.

Wir müssen dem Nachwuchs etwas bieten, um die Besten für die Verteidigung unseres Rechtsstaats zu gewinnen. Das erfordert von uns einen genauen Blick auf die Bezahlung, auf planbarere Arbeitszeiten, verlässliche Organisationsstrukturen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit Blick auf die in den nächsten Jahren höheren Einstellungszahlen müssen wir auch die Frage behandeln, wie wir für mehr Diversität bei der Polizei sorgen können. Sollte es an einer oder anderen Stelle begründeten weiteren Bedarf geben: Wir Grüne werden die Letzten sein, die dem entgegenstehen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Angehörige der Seniorenunion Ostholstein. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall)

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, auch ich bedanke mich bei Ihnen für Ihren Bericht. Er war aufschlussreich, weil er die Dinge behandelt, auf die es ankommt. Genauso habe ich der FDP für diesen guten Berichtsantrag zu danken, weil er ein wichtiges Zukunftsthema behandelt, nämlich das Niveau einer ausgebildeten Polizei.

Wenn wir über eine ausgebildete Polizei sprechen, dann müssen wir das Pferd von hinten aufzäumen und danach fragen: Wie stellen wir uns den Polizeibeamten nach einer zweieinhalb- bis dreijährigen Ausbildung vor? Er soll können, was er soll, und dabei auch noch Freund und Helfer für die Bevölkerung sein. Das ist in diesen Zeiten sehr schwer. Der Kollege Klug hat es ja schon angesprochen: Der **Kampf um die Köpfe** wird für den öffentlichen Dienst immer schwieriger. Es rächt sich, dass man den öffentlichen Dienst hinsichtlich der Gehaltsentwicklung von der freien Wirtschaft abgekoppelt hat. Die Regierung hat gegengesteuert und die Eingangsbesoldung für die Polizeibeamten erhöht. Das ist gut so. Wir müssen abwarten, ob das auf Dauer ausreichend sein wird. Ich habe daran zwar Zweifel, aber der Schritt ist absolut richtig.

Sicher ist eines: **Unterkunftslösungen** wie in **Eutin** - überwiegend eine Unterbringung in Dreibettzimmern ohne Nasszelle - oder wie in Kiebitzhörn - 102 Betten in Doppelzimmern mit Waschgelegenheit - sind nicht mehr zeitgemäß und damit schon gar nicht attraktiv. Diese Problematik ist nicht neu. Wir haben hier schon darüber gesprochen. Der Landesrechnungshof hat in seinen Bemerkungen 2013 dazu das Richtige gesagt. Das sollten wir alle kennen. Die Landesregierung hat seinerzeit die Absicht geäußert, das zu ändern und die Unterkünfte in Eutin zu Doppelzimmern mit Nasszelle umzugestalten. Das wiederum hätte zur Folge, dass die Unterbringungskapazität um etwa ein Drittel sinken würde, bei einem hinsichtlich der Quantität gleichzeitig steigenden Ausbildungsbedarf. Schon 2013, als

man von der jetzt anstehenden Steigerung der Ausbildungszahlen um 400 neue Stellen noch gar nichts ahnte, stand fest, dass die Unterbringungskapazitäten bereits ab 2014 bei Weitem nicht ausreichen würden. Auch bei einer wie im Projekt „Polizei 2012“ angenommenen Kapazitätssteigerung um 20 % werden ab 2018 in Eutin nicht ausreichend Unterkünfte vorhanden sein.

Über die vom Landesrechnungshof kritisierte **Verpflichtung zum Wohnen in der Gemeinschaftsunterkunft** kann man vortrefflich streiten. Ich persönlich favorisiere sie, auch weil sie vor dem Hintergrund einer Bezahlung mit etwa 1.100 € attraktiv sein kann. Ich mag mir auch nicht vorstellen, dass ein Polizeibeamter zwischen Brunsbüttel und Eutin jeden Tag pendeln muss.

Das künftige Mehr an Ausbildung kann aber auch mit einem Gutteil der Bordmittel realisiert werden, also ohne dass es mehr Geld kostet. Der Landesrechnungshof hat schon 2013 angemahnt, dass die Zahl der **Lehrverpflichtungsstunden** für die Lehrer in Eutin und in Altenholz erhöht werden kann. Die bei der Polizei Unterrichtenden unterrichten im Durchschnitt ein bis zwei Stunden weniger als beispielsweise die Unterrichtenden bei den Finanzschulen.

Es ist für mich nicht erkennbar, warum das notwendig ist. Da könnte man noch nachsteuern.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das wird aber bei Weitem nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken.

Was die 20 Stellen angeht, die Herr Klug ins Spiel brachte, so sehe ich das genauso. Sie sind notwendig, und zwar auch deswegen, weil die Landespolizei durch die Abschaffung des Numerus clausus vor demselben Problem steht, das die „Hamburger Morgenpost“ 2011 in Hamburg sehr drastisch mit der Überschrift versehen hat: Wenn die Bewerber dümmer sind, als die Polizei erlaubt. - Man hat dort tatsächlich Bewerber mit Hochschulreife gehabt, die nicht wussten, was oder wer Gauck ist oder wie man das Wort „Portemonnaie“ schreibt. Was Letzteres angeht, so ist es für einen Polizeibeamten, der eine Diebstahlsanzeige bearbeiten soll, hilfreich, wenn er weiß, wie „Portemonnaie“ geschrieben wird. Da kommt auf die Landespolizei eben auch ein ganzes Stück Ausbildung und Arbeit zu, die bisher nicht zu leisten war, weil die Leute früher nicht die Taste F7 für die Rechtschreibkontrolle hatten, sondern tatsächlich selber im Duden nachschauen mussten oder auch schulisch anders gefordert wurden.

(Wolfgang Dudda)

Wir brauchen also mehr Lehrer und auch ein deutlich breiter gefächertes Angebot für die Landespolizei; denn wir wünschen uns den Polizeibeamten, den ich eingangs beschrieben habe, nämlich einen, der kann, was er soll, und dazu Freund und Helfer ist. Wir haben in den letzten Tagen darüber gesprochen, wie schlimm es ist, wenn nicht genug Polizei da ist. Wenn wir nicht aufpassen, müssen wir in den nächsten Debatten auch darüber reden, wie es ist, wenn keine gute Polizei da ist, und das mag ich mir nicht vorstellen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und Beifall Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für das Jahr 2016 werden 400 **Auszubildende** für den **mittleren und gehobenen Dienst** gesucht. Der Erhöhung der Zahlen ging ein entsprechender Beschluss der Landesregierung voraus. Das Land wird bis zu 200 zusätzliche Polizeistellen schaffen. Noch 2014 lag die Zahl der Auszubildenden bei der Landespolizei bei nur 260. Ich glaube, es ist ein richtiges und deutliches Signal, dass wir hier als rot-grün-blaue Koalition die Landespolizei auch personell stärken.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Die Polizei hat in Kooperation mit der Fachhochschule Kiel einen ansprechenden **Kurzfilm** produziert, um Kurzentzschlossene auf den abwechslungsreichen **Beruf** aufmerksam zu machen. Unter dem Motto „Echte Kollegen. Echtes Engagement. Echte Polizei.“ läuft der Film auf Facebook, um junge Männer und Frauen dort abzuholen, wo sie in ihrer Freizeit unterwegs sind, nämlich im Internet. Eine Broschüre, die Einstellungsvoraussetzungen, Bewerbungsverfahren und Karrieremöglichkeiten übersichtlich beschreibt, ist derzeit ebenfalls online abrufbar. Damit ist ein niedrigschwelliger Zugang gewährleistet. An dieser Stelle muss ich ehrlich sagen, dass das Innenministerium hier wirklich eine richtig tolle Arbeit geleistet hat und dass auch die Landespolizei eine tolle Leistung erbracht hat, indem ein solches abwechslungsreiches, modernes Angebot auch wirklich überall abrufbar ist.

Die Polizei hat ja auch ihr Image runderneuert. Der attraktive und anspruchsvolle Polizeidienst ist auf engagierte junge Leute angewiesen. Daher ist ausdrücklich zu begrüßen, dass zum 1. Januar 2016, wiederum durch unsere rot-grün-blaue Koalition, eine Erhöhung des Einstiegsgehalts für Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger erfolgte. Ich verbinde damit die Hoffnung, dass auch im nächsten Ausbildungsjahr trotz des demografischen Rückgangs die Bewerberzahlen stabil bleiben. Darüber hinaus stehen schnellere Beförderungen in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen an, was eine zusätzliche **Motivierung** der jungen **Polizistinnen und Polizisten** bedeutet. Ich glaube, diese Maßnahmen hören sich erst einmal klein und fein an. Aber sie sind unheimlich wichtig, damit die Leute auch sehen können, dass dieser Beruf immer noch attraktiv ist, und damit natürlich auch diejenigen, die schon im Beruf stehen, wirklich Perspektiven haben. Ich glaube, das ist eine richtig kluge Entscheidung gewesen.

Die Haushaltsberatungen haben dazu die Voraussetzungen geschaffen. Wir haben grünes Licht gegeben für die Aufstockung der Mittel für die Polizei. Die Aufgaben wachsen, und die Polizei muss damit Schritt halten können. Wir haben **neue Stellen für Nachwuchskräfte** bei der Polizei bewilligt. Das bedeutet allerdings nicht, dass in den Revieren sofort mehr Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Schließlich müssen die Anwärter erst einmal alles lernen, was zum Beruf des Polizisten beziehungsweise der Polizistin dazugehört. Schnellausbildungen, wie beispielsweise in den USA, wo die angehenden Polizisten oftmals nur ein halbes Jahr ausgebildet werden, kann es mit uns nicht geben; vielmehr müssen wir an der bisherigen Ausbildung festhalten; denn dieser Beruf ist ein sehr wichtiger, und die Menschen handeln alle für den Staat. Das muss schon mit einer vernünftigen Ausbildung unterlegt sein.

Wir sind daran interessiert, dass die Polizeibeamten solide ausgebildet werden und dass sie auf dieser Grundlage ihr Berufsleben hier in Schleswig-Holstein verbringen. Die langfristige Bindung ist dabei ein ausschlaggebender Faktor. Das sage ich ausdrücklich auch den jungen Polizistinnen, die sich über Schwierigkeiten bei der Rückkehr nach der Familienphase beschweren. Wir nehmen diese Sorgen ernst. Die **Strukturen** müssen moderner werden. Schließlich sind die **Frauen** gut ausgebildet und hoch motiviert. Sie sind eine Bereicherung gerade auch im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Es muss möglich sein, dass die Arbeitszeiten familienfreundlicher ausgestaltet werden. Da-

(Lars Harms)

von profitieren dann auch die Väter. Hier, meine Damen und Herren, müssen wir am Ball bleiben. Das sind vielleicht Soft Skills. Aber das sind wichtige Bereiche, die eben auch zeigen, ob ein Beruf attraktiv ist. Ich glaube, da können wir noch gut etwas tun.

Die **Ausbildungsbedingungen** müssen natürlich auch stimmen. Dementsprechend wurden in den letzten Jahren schon Investitionen an der Landespolizeischule in Eutin angeschoben. Wir müssen diesem Kurs auch treu bleiben. Der Kollege Dudda hat natürlich recht: Wir müssen uns irgendwann einmal entscheiden, ob wir weniger Plätze, dafür aber eine höhere Qualität haben wollen oder wie wir die Landespolizeischule überhaupt entsprechend ausbauen wollen. Ich glaube auch, dass dies notwendig ist; darüber kann man intensiv diskutieren. Allerdings tun wir auch schon etwas, nämlich indem wir zum Beispiel die Sporthalle dort renovieren. Damit wird ein lang gehegter Wunsch der Landespolizei beziehungsweise der Schule dort erfüllt. Ich glaube, das sieht man auch in der Polizei als ein erstes Zeichen dafür an, dass diese Regierung, was Investitionen angeht, durchaus handelt.

Wenn wir denn schon bei den **Investitionen** sind, dann muss man ehrlicherweise auch sagen: Wenn wir mehr Polizisten einstellen und mehr Ausbildungsstellen schaffen, dann vergrößern wir natürlich den konsumtiven Teil unseres Haushalts. Das bedeutet dann natürlich auch, dass die Investitionsquote sinkt. Das möchte ich nur noch einmal anfügen. Wir können nicht beides schultern, mehr Personal bei der Polizei, in den Schulen oder sonst wo und gleichzeitig die Forderung nach einer Erhöhung der Investitionsquote erfüllen. Das geht rechnerisch nicht, und das geht auch inhaltlich nicht. Deswegen, glaube ich, wäre es redlicher, wenn man berechtigterweise sagt: Wir wollen mehr Polizisten haben, wir wollen mehr Lehrer haben. Dann geht es eben nicht, dass die Investitionsquote auf einmal durch die Decke schießt.

Das soll es eigentlich auch schon gewesen sein. Ich glaube, dass wir mit der Polizei eigentlich ganz gut dastehen. Wir haben attraktive Ausbildungsplätze. Wir haben den Lohn im unteren Bereich jetzt erhöht. Wir sind dabei, die Infrastruktur an der Landespolizeischule entsprechend auszubauen. Das sind Anfänge. Das ist aber bei Weitem noch nicht das Ende. Ich freue mich darauf, dass wir hier hoffentlich noch viel erreichen können. - Vielen Dank.

(Beifall SSW und SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag Drucksache 18/3740 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Es ist kein Antrag gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/3329 (neu)

Bericht der Landesregierung
Drucksache 18/3607

Dazu begrüße ich mit Ihnen gemeinsam auf der Tribüne Mitarbeitende der Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Ich erteile der Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Zu dem Berichtsersuchen des Landtags aus dem September des letzten Jahres liegt Ihnen mit dem Bericht der Landesregierung eine sehr umfassende Antwort vor. Ich möchte an dieser Stelle auf zwei mir wesentlich erscheinende Aspekte näher eingehen. Das ist zum einen die Frage nach der Finanzierung von Maßnahmen, und das ist zum anderen die grundsätzliche Frage, welche inhaltliche Orientierung das Land in der Suchtpolitik verfolgt.

Sie wissen, die ambulante Suchtkrankenhilfe und die offenen Hilfen für den sozialpsychiatrischen Bereich sind nach dem Gesundheitsdienstgesetz als originäre Aufgabe der Kommunen definiert. Das, meine Damen und Herren, hat einen guten Grund. Wir wissen, dass die Bedarfe lokal und regional deutlich differieren und dass sich die erforderlichen Kompetenzen für die Bestimmung der richtigen Angebote aus der Kenntnis der Lage vor Ort ergeben. Ungeachtet dieser Aufgabenzuweisung trägt das Land einen relevanten Anteil an der nachhalti-

(Ministerin Kristin Alheit)

gen **Finanzierung**. Aktuell erhalten die **Kommunen** im Rahmen freiwilliger Leistungen insgesamt Landesmittel in Höhe von mehr als 2,3 Millionen € zur Verteilung an die ambulanten Einrichtungen, davon wiederum mehr als 1,6 Millionen € für die ambulante Suchthilfe und 719.000 € für die dezentrale Psychiatrie.

Wir haben zudem die Kürzungen in Höhe von 300.000 €, die in der Vergangenheit vorgenommen wurden, als Summe wieder für **Leuchtturmprojekte** in diesem Bereich bereitgestellt.

Zuwendungen erfolgen nun nach einem neuen, gerechteren und bedarfsorientierteren **Indikatorenmodell**, das unterschiedliche Kriterien wie zum Beispiel die uns besonders wichtige Prävention berücksichtigt, wobei das Land über die Zuwendungsverträge den Kommunen mehrjährige Planungssicherheit eröffnet hat, was ausgesprochen wichtig war.

Neben den Kommunen fördert das Land auch landesweite Projekte und Maßnahmen der **ambulanten Suchtkrankenhilfe** und **Präventionskampagnen**. Allein die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung erhält mehr als 1 Million € zur Weiterleitung an Präventionsprojekte zum Beispiel für Sucht- und Selbsthilfeangebote, für Förderungsprojekte im Bereich des Glücksspiels und für weitere im Bericht dargestellte Aktivitäten. Ferner wird die Landesstelle für Suchtfragen in ihrer überregionalen und vernetzenden Funktion gefördert, inklusive der fachlichen Unterstützung durch mein Haus. Ich freue mich, dass wir hier Zuhörer haben. Meine Damen und Herren, all das zeigt: Kommunalisierung heißt eben nicht, dass sich das Land aus der Verantwortung zieht. Diese Landesregierung setzt intensiv auf präventionsorientierte Suchthilfepolitik.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Dabei ist eine Förderpolitik auf Grundlage einer institutionellen Förderung weder erforderlich noch beabsichtigt. Alle Förderungen des Landes erfolgen im Rahmen von zeitlich und sachlich begrenzten **Projektförderungen**. Das hat sich aus unserer Sicht genauso bewährt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Sucht- und Drogenpolitik in Schleswig-Holstein beruht auf vier Säulen: erstens Prävention, zweitens Beratung und Therapie, drittens Überlebenshilfe und viertens Repression und Angebotsreduzierung. Keine dieser vier Säulen macht eine der anderen Säulen überflüssig. Dennoch, und das möchte ich ganz klar sagen, gibt es einen Schwerpunkt. Die Landesregie-

rung legt ein besonderes Augenmerk auf **Prävention**, auf fundierte und aufklärende Information, insbesondere für Kinder und Jugendliche. Stichworte sind: Entwicklung eines adäquaten Risiko- und Problembewusstseins, Unterstützung bei der Entwicklung der Lebenskompetenzbildung und damit auch die Ermöglichung einer eigenen und selbstverantwortlichen Entscheidung im Umgang mit potenziellen Suchtstoffen.

Dabei wird in der Öffentlichkeit und in der Politik immer wieder diskutiert: Müssen sich Suchtpolitik und Angebotsträger auf neue Süchte, auf eine Vielzahl von illegalen Suchtstoffen, aber eben auch auf neue legale Suchtmittel einstellen? - Meine Damen und Herren, wir tun das. Wir unterstützen aus Landesmitteln eine Vielzahl an unterschiedlichen Präventionsmaßnahmen. Das sind zum Teil verhaltenpräventive Projekte, die seit vielen Jahren, zum Teil schon seit Jahrzehnten erfolgreich durchgeführt werden. Sie wissen, legale, aber eben auch krank machende und süchtig machende Drogen wie Alkohol und Nikotin stehen seit vielen Jahren ganz oben auf unserer Liste, aber darüber hinaus reagieren wir immer aktuell auf ganz spezielle Bedarfe, zum Beispiel mit der Präventionsinitiative „Fair und gesund im Sport“. Dabei wird ganz freiwillig auf Absichtserklärungen für den Verzicht auf Alkohol, das Rauchen, Glücksspiel und Manipulation im Sport sowie auf Medikamentenmissbrauch Bezug genommen. Wir haben es schon mehrfach im Ausschuss erläutert: Zu nennen sind auch das Präventions- und Partyprojekt Odyssee mit dem Schwerpunkt der illegalen Drogen sowie das Medienprojekt im Bereich der Prävention und Beratung, bei dem wir die verschiedenen Mediensüchte ansprechen.

Ein Projekt möchte ich noch ansprechen, nämlich das **Projekt „Schulspiegel“**. Es liefert interessante neue Zahlen zum Konsum von verschiedenen Suchtstoffen bei Verhaltenssüchten von Schülerinnen und Schülern speziell in Schleswig-Holstein, die uns jetzt in die Lage versetzen, noch gezielter erforderliche Präventionsmaßnahmen in den bereits untersuchten Regionen zu erkennen und ebenfalls spezielle Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass wir uns neben Crystal Meth bereits mit dem Wasserpfeifenkonsum und dem Thema Konsum von E-Zigaretten und E-Shishas befassen und neue Präventionsprojekte auf den Weg gebracht haben.

Sie sehen, wir haben es mit einem Nebeneinander von ganz vielfältigen Entwicklungen zu tun, mit Handlungs- und Unterstützungsbedarfen. Dieser

(Ministerin Kristin Alheit)

Vielfalt an Anforderungen wird die Landesregierung mit den unterschiedlichen Maßnahmen gerecht. Klar muss uns allen aber sein: Suchthilfe und Suchthilfeprävention sind und bleiben eine Daueraufgabe. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt allen Fraktionen zu. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda von der Piratenfraktion.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihren umfassenden und offenen Bericht. Die Initiative geht auf uns zurück und hat damit zu tun, dass wir im Sommer letzten Jahres die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Kiel besucht haben. Der Kollege Heinemann weiß das. Wir haben dort ein sehr freundliches und sehr offenes Gespräch geführt und über Suchtpolitik gesprochen. Die beruhigende Auskunft der Landesgeschäftsführerin war unter Bezugnahme auf das jetzt zu behandelnde Thema die klare Ansage: **Suchtpolitik** gestalten wir nicht, dafür haben wir keine Kompetenz. Wir entscheiden nicht über die Verwendung von Mitteln, sondern wir leiten die Gelder an die Empfänger weiter.

Mein Eindruck war damals: Die Kompetenz bleibt da, wo sie hingehört, und zumindest die Arbeit im Bereich der **Suchtprävention** bleibt qualitativ hochwertig erhalten. Das Thema hat mich und uns alle weiter beschäftigt, und daraus ist unsere Initiative für diesen Bericht erfolgt, für den ich der Ministerin noch einmal danke.

Zunächst hat mich überrascht, wie wenige an der Erstellung dieses Berichts mitgewirkt haben. Wir haben die Landesvereinigung für Gesundheitsförderung, die Landesstelle für Suchtfragen Schleswig-Holstein e.V., wir haben Suchtpräventionsarbeit in den Kreisen und kreisfreien Städten, wir haben verschiedene Vereine und Verbände, die sich mit dem Thema befassen. Den Bericht auf der Grundlage von umfassenden Fragestellungen hingegen fertigt die Landesregierung allein, jedenfalls nennt sie dazu keine Kooperationspartner, sondern verweist lediglich auf die eigene Homepage.

Wer so etwas macht, dem unterlaufen schon einmal Fehler wie zum Beispiel auf Seite 24 dieses Berichts. Da ist die Rede vom Aktionsplan Alkohol. Das ist ein Element der Antwort auf unsere Frage nach der Förderung von Prävention und dem Vorantreiben einer verstärkten Prävention. Schade, dass es diesen Aktionsplan Alkohol, den die Regierung an dieser Stelle so feiert, seit 2007 schon gar nicht mehr gibt. Das hätte dem Ministerium auffallen können, vor allem, weil dort von jährlich wechselnden Veranstaltungen die Rede ist. Aber gut, man muss ja nicht alles ganz wichtig nehmen. Allerdings bringt mich dieser Fauxpas schon zu der Frage, wie die **Präventionskompetenz im Ministerium** generell aufgestellt ist. Vielleicht ist dieser Fehler gar kein Ausdruck von schlampiger Arbeit, sondern von echter Unkenntnis? - Das wäre dann wirklich fatal, denn Präventionsarbeit muss funktionieren. Sie muss kompetent besetzt sein und reibungslos funktionieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Immerhin hat sie die Zettel gut vorlesen!)

Das ist hier doch wohl, und davon gehe ich aus, fraktionsübergreifend die Überzeugung.

Wenn wir über Prävention reden, dann müssen wir auch über die **Landesstelle für Suchtfragen** reden. Sie erfüllt dem Bericht zufolge nicht die Merkmale, die für eine institutionelle Förderung notwendig sind. So steht es zumindest auf Seite 10 des Berichts. Wer allerdings landesweit und jährlich die Suchtprävention als Partner der dezentralen Einrichtungen vorantreibt, der erfüllt doch eine unverzichtbare Aufgabe. Ich komme zu einer Grundforderung der Suchtselbsthilfe in Schleswig-Holstein, nämlich dass die Förderung dieses Bereichs nicht als Projektförderung definiert werden kann. **Planungssicherheit** für alle Betroffenen und die Anlaufstellen muss hier oberstes Gebot sein. Wiederkehrende und komplizierte Projektanträge gefährden eigentlich das Gute.

Die Kultusministerin geht hier vorbildliche Wege, da kann man sich etwas anschauen. Die Träger, die im Kulturbereich stetig wiederkehrende und unverzichtbare Aufgaben für das Land erfüllen, werden zunehmend von aufwendigen Antragsverfahren entlastet und über Kontraktförderung in Verbindung mit Zielvereinbarungen abgesichert. Das könnte man im Bereich der Suchtprävention genauso gestalten.

Die Gesundheitsministerin wählt hier einen anderen Weg, und der ist falsch. Ich will hier nicht von der Zerschlagung von Strukturen reden, aber eine ver-

(Wolfgang Dudda)

lässliche Fortentwicklung sehe ich im Bericht nicht. Was die ganze Ausstattung angeht, so müssen wir uns doch fragen, wie eine Landesregierung dem Konsensmotto, das seit mehreren Jahrzehnten gilt und auch im Betäubungsmittelstrafrecht verankert ist, nämlich Therapie statt Strafe, Rechnung tragen will.

Wie soll sich eine fundierte Suchtpolitik so gegen eine althergebrachte und nachweislich gescheiterte Drogenpolitik durchsetzen können? - Das ist fehlerhaft. Der Bericht wirft viele Fragen auf, Antworten gibt er nicht genug. Ich möchte diesen wichtigen Bericht darum im Sozialausschuss weiter mit Ihnen besprechen und halte es für gut und unentbehrlich, diesen Bericht breit und öffentlich auch mit Experten aus diesem Bereich im Sozialausschuss zu erörtern. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und Volker Dornquast [CDU] - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Hans Hinrich Neve das Wort.

Hans Hinrich Neve [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Dank für den erstellten Bericht gilt der Ministerin. Richtig ist: Es gibt keine drogenfreie Gesellschaft, und die wird es vermutlich auch nie geben. Rausch Erfahrungen werden für manche Menschen immer einen Reiz darstellen. Dies finden wir in der Menschheitsgeschichte in fast allen Kulturen. Aber ob die legalen **Drogen** wie Alkohol und Tabak nun lediglich eine gewisse gesellschaftliche Akzeptanz finden oder Kulturgüter sind, wie Sie es in Ihrem Bericht nennen, sei einmal dahingestellt. Für die legalen Drogen Alkohol und Tabak gibt es in unserem Land eine Vielzahl von Beratungsangeboten, die gut sind, sofern sie von den Betroffenen auch in Anspruch genommen werden. An dieser Stelle möchte ich einen Dank an all die aussprechen, die in der **Suchtarbeit** ehrenamtlich tätig sind und mit ihrem Einsatz den Betroffenen und deren Angehörigen helfen und auch Freunden eine große Stütze sind. - Ein herzliches Dankeschön noch einmal.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN, vereinzelt SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich gebe Ihnen recht, dass es dennoch viele Bereiche gibt, die unsere Aufmerksamkeit und unser Handeln erfordern. In Ihrem Bericht sprechen Sie

von der Mediensucht, von neuen illegalen **Suchtstoffen**. Crystal Meth, Badesalze, Flakka, um nur einige dieser neuen illegalen Suchtstoffe zu nennen, können heutzutage schnell und einfach irgendwo im Keller oder in der Küche hergestellt werden und sind hochgefährlich.

Im Bericht fehlt mir allerdings das Thema **Schnüffeln**, welches uns durch den tragischen Tod einer Schülerin im vergangenen Jahr noch intensiv beschäftigt hat. Aber ich bin guter Dinge, dass wir da auch zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen und auch den Bereich des Schnüffeln in die Suchtarbeit aufnehmen.

Besorgniserregend ist, dass vor allem bei **Menschen mit Migrationshintergrund** ein starker Anstieg beim Thema Sucht zu verzeichnen ist. Eine Zunahme von 7 % auf 23 % beim pathologischen Glücksspiel innerhalb von drei Jahren muss uns aufhorchen lassen. Dabei gehe ich davon aus, dass in diesen Zahlen die Flüchtlingswelle noch nicht berücksichtigt wurde.

Über diese Entwicklung sollten wir uns im Ausschuss noch einmal unterhalten und darüber, wie diese Gruppe angesprochen werden kann und - wie es auch im Bericht genannt wird - die Hürden in der Suchtkrankenhilfe abgebaut werden können.

Der Bericht befasst sich auch ausführlich mit der Umstellung der **Finanzierungspraxis** und zeigt, dass die bereits im Jahr 2011 abgeschlossene Rahmenvereinbarung zur Kommunalisierung der Mittel richtig war. Dass sowohl die Einrichtungen als auch die Kommunen die Umstrukturierung als positiv und verwaltungsvereinfachend bewerten, belegt dies eindeutig. Im Ausschuss sollten wir dennoch darüber sprechen, wie wir einen noch stärkeren Fokus auf Prävention und Aufklärung legen und wie aktuelle Entwicklungen auch zügig in die Suchtarbeit aufgenommen werden können. Die Entwicklung ist hier fließend. Es kommen immer neue Sachen hinzu.

Ich bitte um Ausschussüberweisung und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP, PIRATEN, Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Flemming Meyer [SSW])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Peter Eichstädt das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Bericht zeigt auf, dass **Suchtkrankenhilfe** in Schleswig-Holstein in den unterschiedlichsten Bereichen von vielen Akteuren gut koordiniert wahrgenommen wird. Es gibt eine Vielfalt ehrenamtlicher und professioneller Organisationen, die sich dieser Aufgabe annehmen; besonders die **Selbsthilfegruppen** leisten hier Unverzichtbares, da sie ohne Zugangsschwellen viele Menschen, die suchtbelastet ihr Leben bewältigen müssen, erreichen und durch erfahrene ehrenamtlich Tätige wertvolle Hilfe anbieten. Dafür sollten wir uns bei all denjenigen, die das ohne Bezahlung schon seit vielen Jahren machen, ganz herzlich bedanken.

(Beifall SPD, CDU, PIRATEN und SSW)

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im November 2013 beschrieben, welche Aspekte er bei der Ausgestaltung der Suchtkrankenhilfe berücksichtigt wissen wollte. Diesen Antrag haben auch die PIRATEN gemeinsam mit Herrn Dudda getragen. Wir haben ihn im Sozialausschuss gemeinsam entwickelt. Dabei stand an oberster Stelle die **Prävention** und **Aufklärung** über die Gefahren von suchterzeugenden Stoffen und Angeboten; denn langfristig ist es die entscheidende Strategie, auf Prävention und Aufklärung zu setzen, um möglichst wenige Menschen in eine Suchtkarriere hineingeraten zu lassen.

In diesem Bereich der Prävention ist - das ist wirklich wichtig und gut - in den letzten Jahren viel auf den Weg gebracht worden. Die **Landesstelle für Suchtgefahren**, LSSH, hat ein vielfältiges und wirksames Angebot aufgebaut, das sich an Schulen, Freizeitstätten und Kindertagesstätten richtet, aber auch sein Angebot auf Partygroßveranstaltungen und ähnliche Veranstaltungen besonders im ländlichen Bereich ausdehnt. Daran wirken aber auch viele andere Beratungsstellen der freien und kommunalen Träger mit, die sich in vielfältiger Form an diesen Aufgaben beteiligen.

Wenn Herr Dudda eine Darstellung im Bericht vermisst, dann empfehle ich ihm, noch einmal in das Kapitel 3.3 hineinzusehen, das sind die Seiten 10 und 11. Da ist das aufgelistet. Nur ist es eben auch als eine Besonderheit in unserem Land dargestellt, Herr Dudda, dass sich diese einzelnen **Träger und Organisationen in Arbeitsgemeinschaften** zusammengefunden haben. Wenn man so etwas macht - ich finde, dass es vollkommen der richtige Weg ist -, dann fördert man natürlich auch die Arbeitsgemeinschaften und lässt denen einen gewissen Spiel-

raum, diese Mittel aufgabenorientiert und zweckbestimmt zu verteilen und einzusetzen. Deshalb ist es völlig richtig so, wie das in dem Bericht hier dargestellt wurde. Ich finde, es ist gut, dass das bei uns so gemacht wird, weil das die Vernetzung in diesem Bereich wirklich fördert und zu guten Ergebnissen führt.

(Beifall SPD)

So ist auch zum Beispiel eine deutliche Verbesserung beim Spielerschutz und bei der Aufklärung über die Suchtgefahren des Glücksspiels sowie das Therapieangebot für diejenigen Menschen, die sich aus dem Strudel der unterschiedlichsten Süchte nicht selbst befreien können, erreicht worden.

Daneben - aber das will ich auch ausdrücklich erwähnen, auch wenn es in dem Bericht keine so entscheidende Rolle spielt, weil der Bericht vom Sozialministerium erstellt worden ist - steht natürlich auch die **Repression**, die konsequente Strafverfolgung von kriminellen Dealern und organisiertem Drogenhandel - damit meine ich nicht die kleinen Dealer oder die Ameisen -, eine Aufgabe, die die Polizei gerade in Schleswig-Holstein mit wachem Auge wahrnimmt, worüber ich sehr froh bin.

Jeden Tag gibt es neue synthetische Drogen, jeden Tag gibt es neue Verunsicherung vor allen Dingen bei Eltern. Deshalb dürfen wir nicht nachlassen, mit **Prävention und Aufklärung** dafür zu sorgen, dass möglichst viele **Kinder und Jugendliche** rechtzeitig vor den Gefahren von solchen Substanzen gewarnt und aufgeklärt werden. Herr Kollege Neve, das Thema Schnüffeln ist natürlich eins, das gerade durch das besondere tragische Ereignis, das wir in Kiel alle begleitet haben, in unserer Erinnerung und Wahrnehmung ist. Wir haben uns im Ausschuss damit beschäftigt. Es ist aber eine ernst zu nehmende Frage, ob man das in breiter Weise in ein Präventionsangebot mitaufnimmt, möglicherweise sogar Aufdrucke auf die Dosen macht. Da gibt es Für und Wider. Wir haben es im Ausschuss diskutiert. Ich bin sicher, dass wir auch da gemeinsam - Sie haben die Initiative damals auch im Wesentlichen ergriffen - ein Ergebnis finden, wobei ich für mich sage: Ich finde es falsch, Aufdrucke auf die Flaschen oder Spraydosen zu machen, zumal es ganz schwierig ist, sie zu platzieren. Wir sollten auch aufpassen, dass wir nicht Informationen auf den Weg bringen, die vielleicht viele Jugendliche noch gar nicht haben. Aber das Thema werden wir weiter vertiefen und sicher zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen. Wir haben da schon einen Antrag, der im Umlauf ist.

(Peter Eichstädt)

Aber - das will ich auch sagen - es führt eher selten ein direkter Weg über die Substanz in die Sucht.

Am Anfang stehen oft psychische, emotionale Verunsicherungen, die den Weg bereiten, vorhandene Probleme scheinbar mit Drogen lösen zu können. Deshalb ist die emotionale, psychische und soziale Stärkung unserer Kinder und Jugendlichen das erste Mittel der Wahl, sie selbstbewusst, aufgeklärt und stabil zu machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will zum Schluss drei Bereiche herausgreifen, die nach meiner Meinung für die Zukunft eine besondere Beachtung verdienen:

Erstens. Fachkräfte, die in der Gerontopsychiatrie arbeiten, kennen das Phänomen: die **Medikamentenabhängigkeit** älterer Menschen, vor allem **Frauen**. Sie - in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen - geraten häufig in eine mit anderen Erkrankungen kombinierte Abhängigkeit von Psychopharmaka. Sie finden dann Hilfen in den Gerontopsychiatrischen Krankenhäusern oder entsprechenden Tageskliniken, und das über Jahre, oft bis zum Lebensende in einem Kreislauf zwischen stationärer Psychiatrie, Tagesgruppe, eigener Wohnung und wieder Krankenhaus. Es ist wirklich gut, dass das Sozialministerium gemeinsam mit der Beratungsstelle „Frauen Sucht Gesundheit“ ein besonderes Projekt organisiert. Das steht am Anfang. Ich hoffe, dass wir bald Strategien entwickeln können, die vielen Menschen in dieser Situation helfen.

Als Zweites möchte ich die **Internet- und Spielabhängigkeit** nennen, die unter **Jugendlichen** stark zunimmt. Das wissen wir alle. Auch hier hat das Sozialministerium in der Vergangenheit mehrere Projekte gefördert, die sich diesem Phänomen und betroffenen Personenkreis in besonderer Weise zuwenden, die ich für wichtig halte.

Ein drittes Thema ist die Situation von **Familienangehörigen von Suchtkranken**. In diesen Familien erleben nicht nur die Suchtkranken selbst, sondern auch die Familienangehörigen - oft vor allem die Familienangehörigen! -, wie die Drogensucht eines Angehörigen das ganze Leben der Familienmitglieder beeinflusst, oft mit tragischen Konsequenzen. Auch hier werden wir in Zukunft überlegen, wie diesen Menschen wirksam mit Beratung und Unterstützung geholfen werden kann.

Meine Damen und Herren, wie können solche Leuchtturmprojekte, die so wichtig sind, um innovativ auf neue Herausforderungen zu reagieren, eigentlich finanziert werden?

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Ende.

Peter Eichstädt [SPD]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Das, liebe Kolleginnen und Kollege von der CDU und der FDP, ist deswegen etwas leichter geworden, weil die Regierungskoalition gemeinsam mit dem Sozialministerium die 300.000 €, die Sie in Ihrer kurzen Regierungszeit bei der Suchtkrankenhilfe gestrichen haben, wieder aktiviert hat. Und das ist gut so. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn - - Nein, hat sie nicht. Entschuldigung. Ich habe versehentlich schon ein Häkchen an einer Stelle gemacht, wo es noch nicht hingehört. - Jetzt ist von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn dran. Das soll auch so bleiben.

Entschuldigung, Frau Klahn, dass ich Sie erschreckt habe!

(Heiterkeit - Zuruf: Aufgeweckt!)

Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin der Piratenfraktion zunächst einmal sehr dankbar, dass sie einen Bericht angefordert hat. Es ist ein sehr wichtiges Thema, denn **Sucht und Drogen** sind in unserer **Gesellschaft** viel weiter verbreitet und führen zu den von dem Kollegen Eichstädt gerade beschriebenen Folgen - nicht nur für die Betroffenen selber, sondern auch für die Familien. Deswegen ist es gut, wenn wir an dieser Stelle auch einmal über dieses Thema sprechen. Ich bedanke mich ganz herzlich bei unserer Sozialministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Bericht.

Wir haben einen **Systemwechsel** vollzogen. Wir - beziehungsweise die Vorgängerin der jetzigen Ministerin - haben auf Landesseite dafür gesorgt, dass mehr auf kommunaler Seite gefördert wird. Das ist sinnvoll, weil die Kommunen vor Ort die direkten Ansprechpartnerinnen für die Erkrankten sind.

Was gerade zum **Indikatorenmodell** ausgeführt worden ist, finde ich sehr sinnvoll. Es ist erst ein-

(Dr. Marret Bohn)

mal ausgewertet worden: „Wie ist der Sachstand?“, dann: „Sind die Gespräche geführt worden?“, und dann ist neu verteilt worden, und das ist auch noch wissenschaftlich begleitet worden. Auch da denke ich, lieber Kollege Dudda, sind wir uns einig, dass genau das der Weg ist, auf dem man in der sozialen Infrastruktur gucken kann: Was ist gut? Was kann zukünftig noch besser werden?

Ich denke, es ist auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass das alles stufenweise passiert ist und es nicht über Nacht plötzliche Veränderungen gegeben hat. Letzteres führt bei den Betroffenen zu Verunsicherungen. Das können wir alle nicht wollen.

Um das Ganze auch rechtlich auf sichere Füße zu stellen, hat man sich einen Zeitraum von drei Jahren angeguckt. Den haben wir erfolgreich durchlaufen. Es ist eine Umfrage gemacht worden. Das brauche ich als x-te Rednerin nicht zu wiederholen. Sie sehen, wir nehmen das Thema ernst.

Wir müssen bei der Suchtkrankenhilfe darauf hinweisen - das hat der Kollege Neve gerade eben schon gemacht -, dass es viele **neue Drogen** gibt. Crystal Meth ist angesprochen worden. Die Bereitschaft der Regierungsfractionen kann ich für die grüne Fraktion nur bestätigen.

Ich finde, wir haben eine gute Diskussion zu dem Thema Risiken beim **Schnüffeln** und dem tragischen Todesfall einer jungen Frau gehabt. Ich finde es sehr couragiert, dass die Eltern an die Öffentlichkeit gegangen sind. Ich bin ganz optimistisch - wir bekommen das im Sozialausschuss häufig ganz gut hin -, dass wir am Ende des Tages einen gemeinsamen Antrag formulieren.

(Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mediensucht, Migration und Sucht, Frauen und Sucht - der Kollege Eichstädt hat das Thema „Frauen Sucht Gesundheit“ gerade eben angesprochen -, Sucht am Arbeitsplatz. Es soll auch Arbeitssucht geben. Ich schaue einmal in die Reihen. Man müsste vielleicht auch einmal darüber nachdenken. All diese Themen stehen auf der Tagesordnung. Wir müssen uns ausführlicher damit beschäftigen.

Ein Thema ist mir aus grüner Sicht ganz wichtig, und das ist die **Prävention**. Die beste Suchtkrankenhilfe kommt immer zu spät. Es ist viel klüger, wenn wir rechtzeitig vorher informieren, beraten und darauf hinwirken, dass später gar nicht erst so viele Menschen in der Suchtkrankenhilfe landen. Ich glaube, auch das sollten wir weiter bewegen. Ich habe kein Interesse daran, die ganzen Beispiele,

die eben schon aufgezählt worden sind, noch einmal aufzuzählen. Ich glaube, das ist gut und ausführlich gemacht.

Beim Thema **Suchtkrankenhilfe** muss man aber auch sagen: Bei allen guten Schritten, die wir getan haben, gibt es nach wie vor sehr viele Betroffene. Es gibt viel zu tun. Wir packen das weiterhin gemeinsam an. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Ministerin, vielen Dank für den Bericht. Der Bericht zeigt die positive Entwicklung in diesem Bereich auf. Mein Dank gilt daher - wie schon vom Kollegen Eichstädt formuliert - in erster Linie den **ehrenamtlich Aktiven** in diesem Bereich, denn ohne die Arbeit in der **Suchtkrankenhilfe** hätten wir sicherlich nicht ein so gutes und so ausgewogen im Land verteiltes Angebot. Also mein Dank an die ehrenamtlich Engagierten.

Da schon so viel Positives zu den inhaltlichen Parts gesagt wurde, aber nichts zu dem **finanziellen Aspekt**, möchte ich auf diesen eingehen. Es freut mich, dass sich die Kommunalisierung der Suchtkrankenhilfe und die Auflösung des alten Sozialvertrages II bewährt haben. Es bestehen einfache Zuwendungs- und Verwendungsnachweise. Es wurde entbürokratisiert. Vor allem ist es zu einer Verwaltungsvereinbarung gekommen. Es wird - wie der Bericht das darstellt - auch auf kommunaler Seite ausgesprochen positiv bewertet. Also begrüßen auch wir, dass dieses Modell durch die jetzige Landesregierung im neuen Rahmenstrukturvertrag fortgeschrieben wurde.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass das nicht selbstverständlich ist, denn die SPD, insbesondere der Kollege Eichstädt, hatte bei der Umstellung seinerzeit ausgeführt, dass die **Kommunalisierung** das gesamte Versorgungssystem gefährde und ein Fehler sei - so in seiner Rede vom 25. August 2011 nachzulesen.

(Anita Klahn)

(Wolfgang Baasch [SPD]: Aber die Kürzungen erwähnen Sie nicht!)

Auch der Kollege Meyer vom SSW hatte erhebliche Bedenken formuliert und ging davon aus, dass Angebote erheblich eingeschränkt werden müssten und das Land Suchtkranke und ihre Familien im Stich lasse. - Nichts davon!

(Wolfgang Baasch [SPD]: Weil die Kürzungen zurückgenommen wurden!)

Ich gehe davon aus, dass die beiden Kollegen mit mir einer Meinung sind, dass sich ihre Bedenken zum Glück nicht bewahrheitet haben.

Vielmehr beschreibt Ministerin Alheit im vorliegenden Bericht, dass das neue Finanzierungssystem den Erhalt der dezentralen Struktur im Land sichert. Auch die Umstellung der Finanzierung auf ein **Indikatorenmodell** begrüßen wir ausdrücklich, da die Mittel entsprechend den Bedarfen auch in der Fläche verteilt werden müssen. Auch hier freut es mich, dass sich die Bedenken des Kollegen Eichstädt nicht durchgesetzt haben, der ja schon allein die Diskussion um eine Veränderung des Verteilungsschlüssels kritisch gesehen hat.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

Dass eine Evaluation des Indikatorenmodells, beginnend in diesem Jahr, vorgesehen ist, erachten wir auch als sinnvoll, da Verbesserungsbedarf natürlich immer besteht und man auch auf neue Entwicklungen eingehen muss. Ich bin gespannt auf die Berichte, die uns erwarten.

Auch das von uns mit der Union gemeinsam verabschiedete **Glücksspielgesetz** hat die **Finanzierung der Präventionsarbeit** nachhaltig gestärkt. Durch unser Gesetz wurde das bestehende Glücksspiel kanalisiert und unter staatliche Kontrolle gestellt. So konnten überhaupt erst weitere Mittel für die Präventionsarbeit generiert werden. Im Jahr 2013 waren das zusätzlich 300.000 €. Sie erinnern sich: 5 % des Aufkommens.

Warum Sie gerade vor dem Hintergrund der Suchtprävention unseren Gesetzentwurf gekippt haben, erschließt sich mir wirklich nicht. Das war ein Fehler - nicht die Systemumstellung. Dieser Ansatz hätte weiterverfolgt werden müssen. Der Glücksspielstaatsvertrag der Länder jedenfalls taugt dazu nicht. Die jüngsten Entscheidungen auf europäischer Ebene und aus Hessen bestätigen das eindrucksvoll. Die Landesregierung muss bei diesem Thema endlich in der Realität ankommen.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern auch noch einige inhaltliche Punkte ansprechen. Viele gute Beispiele sind schon genannt worden. Es lässt sich sicherlich über einzelne Aspekte auch inhaltlich streiten, aber im Grundsatz begrüße ich die vorgestellten Projekte. Da gibt es wirklich sehr gute.

Ich möchte eines unter den vielen besonders hervorheben, das ist das **Projekt „Klasse 2000“**. Ich habe das Projekt über meine Kinder während ihrer Schulzeit näher kennenlernen können und festgestellt, wie wertvoll es ist, an dieser Stelle mit diesem Projekt Kinder stark zu machen, sie auf Gefahren von Suchtmitteln hinzuweisen und ihnen beizubringen, auch einmal Nein sagen zu können. Das beinhaltet nicht nur den Umgang mit gesunden Nahrungsmitteln, sondern es ist auch Gewalt- und Suchtmisbrauchsprävention.

Auch der vom LSSH initiierte **Schulspiegel** zum Konsum verschiedener Suchstoffe und Verhaltenssüchte ist sehr durchdacht. Das Online-Tool bietet für Jugendliche im Bereich des Umgangs mit Alkohol ein sehr gutes Feedback. Man kann erkennen, welchen Alkoholspiegel man hat, wenn man seine Größe, sein Gewicht, seine Ernährungsgewohnheiten und den voraussichtlich zu konsumierenden Alkohol eingibt. Das hat - wir haben es ausprobiert - einigen Jugendlichen deutlich gemacht, wie sehr sie sich falsch eingeschätzt haben.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Das stimmt allerdings.

Die **Landesstelle für Suchtgefahren** hat uns in der Vergangenheit in den Gesprächen deutlich gemacht, dass ihre Projekte dazu geführt haben, dass wir einen starken Rückgang bei den Rauchgewohnheiten von Jugendlichen haben. Was immer noch ein großes Problem ist, ist der Umgang mit Alkohol. Gerade immer jünger werdende Schülerinnen und Schüler greifen da nach wie vor zu. Auch an dieser Stelle sollten wir weiterhin **Projekte** unterstützen.

Ich stimme dem Bericht natürlich auch zu, dass den neuen Phänomenen im Bereich der Sucht, zum Beispiel der Mediensucht, entschieden begegnet werden muss.

Ich möchte aber auch noch auf einen anderen Punkt aufmerksam machen, der mir schon mehrfach angetragen wurde. Ich sage einmal, bei den klassischen **Selbsthilfegruppen** besteht das Problem der **Überalterung**. Denn diese werden insbesondere ehrenamtlich gestützt. Hier gibt es das Problem, jüngere

(Anita Klahn)

Aktive zu gewinnen. Ich würde mich freuen, wenn die Landesregierung auch auf diese Problematik einen Blick werfen könnte und vielleicht ein Unterstützungsangebot machen könnte.

Abschließend möchte ich positiv bewerten, dass das Drug-Checking-Angebot für die Landesregierung weiterhin keine Rolle spielen wird und Ministerin Alheit dem präventionspolitischen Irrweg der Grünen nicht weiter folgen wird. Frau Ministerin, an dieser Stelle haben sie unsere Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte mich bei der Ministerin für diesen Bericht bedanken. Ich möchte mich auch bei den PIRATEN für Ihren Antrag und die Fragen bedanken. Denn egal, ob es um den **krankhaften Konsum klassischer Drogen** - wie Alkohol und Tabak -, um illegale Drogen oder um vergleichsweise neue Formen - wie die Mediensucht - geht, die Zahl der Betroffenen ist laut unserer Landesstelle für Suchtfragen und der Bundesdrogenbeauftragten alarmierend. Aktuelle Studien zeigen, dass allein Alkohol in Deutschland einen volkswirtschaftlichen Schaden in Höhe von circa 26 Milliarden € jährlich anrichtet - vom persönlichen Leid der Millionen von Betroffenen, deren Kolleginnen und Kollegen und Angehörigen ganz zu schweigen.

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht des SSW natürlich wichtig, dass wir hier im Landtag über die **Situation der Suchtkrankhilfe** in Schleswig-Holstein diskutieren. Zwar kann der Fragenkatalog der PIRATEN - das ist selbsterklärend - nicht alle Bereiche abdecken, aber der vorliegende **Bericht** liefert trotzdem - so meine ich - eine gute Übersicht über die Grundsätze, die Finanzierung und die Vielfalt an Maßnahmen. Und er macht deutlich, dass die Sucht- und Drogenpolitik nach wie vor eine sehr wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe ist, bei der die Präventionsarbeit eine herausgehobene Rolle spielt.

Übergeordnet betrachtet steht die Suchtkrankhilfe vor der Herausforderung, die Teilhabe von Men-

schen mit Suchterkrankungen zu unterstützen oder die Teilhabe überhaupt erst wieder möglich zu machen. Für einen dauerhaft drogenfreien Alltag ist die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und am Arbeitsleben ein extrem wichtiger Faktor. Dies durch Begleitung und Beratung zu ermöglichen, ist die Aufgabe vieler haupt- und ehrenamtlicher **Suchtkrankenhelfer**, die ambulant oder stationär tätig sind. Gerade weil die Bedingungen wirklich nicht immer einfach sind, möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich für ihr großes Engagement bedanken.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wir haben hier mehrere Male über die Art und Weise diskutiert, wie die Strukturen unterstützt und finanziert werden. Und sicher haben die **Kommunalisierung** und die überwiegende Projektförderung in diesem Bereich nicht nur Vor-, sondern manchmal auch Nachteile. Fakt ist aber in jedem Fall, dass der Bedarf an Maßnahmen zur Suchtkrankenhilfe ungebrochen ist. Aus diesem Grund ist aus Sicht des SSW vor allem wichtig, dass die Arbeit nicht nur anerkannt, sondern auch weiterhin auskömmlich finanziert wird.

Suchtprävention und Suchthilfe bleibt nicht nur aufgrund unverändert hoher Zahlen beim Tabak- und Alkoholkonsum wichtig, sondern die Mitarbeiter in den Beratungsstellen berichten noch von ganz anderen großen Herausforderungen. Die Gruppe der krankhaften Spieler wird nicht nur immer jünger, sondern auch der Anteil mit Migrationshintergrund nimmt hier deutlich zu. Das heißt natürlich, dass neben dem allgemein steigenden Bedarf auch der Bedarf für eine **spezifische Beratung** steigt.

Was uns auch große Sorgen macht, ist die Entwicklung beim **Medienkonsum** und bei der **Mediensucht**. Denn diese stoffungebundene Sucht nimmt immer weiter zu und bindet mittlerweile erhebliche Ressourcen. Diese Entwicklung ist schon deshalb alarmierend, weil die Symptome mit anderen Abhängigkeiten absolut vergleichbar sind. Die Betroffenen verlieren die Kontrolle über ihr Verhalten und verbringen oft so viel Zeit am Computer, dass es zu schweren sozialen, familiären und sogar gesundheitlichen Problemen kommt. Der Ansatz, die Beratung und Prävention in Sachen Mediensucht auf ganz Schleswig-Holstein auszuweiten, ist deshalb völlig richtig. Nicht nur hier, sondern insgesamt werden wir sehr genau hinschauen, damit die Maßnahmen auch mit den veränderten Anforderungen und den veränderten Bedarfen Schritt halten

(Flemming Meyer)

können. Deshalb finde ich es unheimlich wichtig, dass wir dies ausführlich im Ausschuss beraten, um daraus dann weitere Schritte herzuleiten. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. - Dann hat jetzt für die Landesregierung die Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, erneut das Wort.

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich für die ausgesprochen sachliche Diskussion bedanken und zwei Klarstellungen nachreichen.

Herr Dudda hat Seite 24 angesprochen, die seiner Ansicht nach falsch ist. Herr Eichstädt hat etwas dazu gesagt, was wir im Bereich der Suchtselbsthilfe schon machen. Aber es ist im Übrigen auch nicht so, dass der Aktionsplan Alkohol eingestellt würde, sondern im Rahmen dessen, was wir der Landesstelle geben, werden weiter jedes Jahr 40.000 € für Projekte und den **Aktionsplan Alkohol** verwendet. Den gibt es also weiterhin. Das steht auch im Haushalt drin. Ich weiß nicht, warum das nicht klar ist. Daran müssen wir ganz offensichtlich noch besser arbeiten.

Das Zweite betrifft den Bereich der **Altersstrukturen** im Bereich der **Selbsthilfe**. Darauf hat Frau Klahn hingewiesen. Das haben wir Gott sei Dank schon gesehen, wir haben es aber noch nicht gelöst. Seit zwei Jahren fördern wir mit 75.000 €, dass die Selbsthilfegruppen zusammen mit der Landesstelle ein Konzept erarbeiten, um dieses Problem zu lösen. Wir haben das gesehen und sind dabei, das zu lösen. Wenn die Lösung da ist, werden wir Sie auch darüber informieren. - Danke schön.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, für weitere Informationen hat die Landesstelle für Suchtfragen am kommenden Mittwoch hier ins Landeshaus zu einem Informationsgespräch eingeladen. Davon haben Sie alle Kenntnis.

Des Weiteren liegen keine Wortmeldungen vor. Es ist beantragt worden, den Bericht Drucksache 18/3607 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 34 A auf:

Bundratsinitiative zur Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/2693

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/3751

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/3765

Ich erteile zunächst der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses das Wort, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Ich verweise auf die Vorlage.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Vielen Dank für den umfassenden Bericht, Frau Berichterstatterin. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir jetzt zur Aussprache.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Axel Bernstein das Wort.

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion über ein **Einwanderungs- oder Zuwanderungsgesetz** wird bereits seit mehreren Jahren mit unterschiedlicher Intensität geführt. Was man sich unter einem solchen Gesetz inhaltlich vorstellt, scheint nach wie vor weit auseinanderzugehen. Manche wollen eine grundsätzliche Reform des Einwanderungsrechts. Andere wollen eher ein Gesetz, das vorhandene Regelungen zusammenführt.

Die FDP fordert in ihrem Antrag ein „modernes“ Einwanderungsrecht. Diese Forderung würde im Umkehrschluss bedeuten, dass das geltende Recht unmodern wäre.

(Dr. Axel Bernstein)

(Christopher Vogt [FDP]: So ist es! - Weitere Zurufe - Beifall)

Dieser Wertung kann ich mich im Unterschied zu dem einen oder anderen Kollegen nicht anschließen.

(Christopher Vogt [FDP]: Was die CDU alles modern findet! - Weitere Zurufe)

- Lieber Kollege Garg, ich bin damit nicht allein unterwegs. Zum Beispiel OECD-Migrationsexperte Thomas Liebig hat bereits Anfang 2015 in einem Interview in der „Zeit“ bestätigt:

„Deutschland habe - zumindest für Hochqualifizierte - eines der liberalsten Zuwanderungsgesetze aller OECD-Staaten. Neue Instrumente brauche man nicht, im Detail könne man aber sicher noch nachbessern.“

Man merkt, wir haben unterschiedliche Vorstellungen, worum es gehen soll.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Antrag der FDP enthält einige Ansätze. Sie machen sich dafür stark - das halte ich für durchaus richtig -, dass wir zu einer verbesserten Anerkennung von **Bildungsabschlüssen** oder einer gezielten **Sprachförderung** kommen. Bei anderen Punkten scheint mir die FDP eher ein bisschen auf den zumindest zum Zeitpunkt der Antragstellung rasenden Mainstream-Zug aufgesprungen zu sein. So fordern Sie zum Beispiel ein Punktesystem für die Zuwanderung am Beispiel Kanada.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das fordern wir seit ungefähr 15 Jahren! Von Mainstream kann da relativ wenig die Rede sein!)

- Dann wären vielleicht die 15 Jahre Anlass gewesen, diese Forderung einmal zu überdenken, denn die Kanadier sind inzwischen drauf und dran, von ihrem Punktesystem abzurücken.

(Widerspruch Dr. Heiner Garg [FDP])

- Sie haben die Kriterien inzwischen derart verändert, dass ein Jobangebot in Kanada allein 600 von 1200 nötigen Punkten auslöst.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja, das heißt nicht, dass sie es abgeschafft haben!)

Wenn man dazu berücksichtigt, dass Einwanderungswillige in Kanada im Durchschnitt vier bis fünf Jahre warten, bis sie eine Antwort der Einwanderungsbehörde erhalten, fragt man sich, wie ein Jobangebot und vier bis fünf Jahre zusammenpas-

sen. Für mich ist ein solches Vorgehen das Gegenteil von modern.

(Torge Schmidt [PIRATEN]: Was hat das mit Deutschland zu tun?)

- Das ist der Vorschlag, lieber Kollege.

Ich spare mir an dieser Stelle Ausführungen zu der Forderung nach einer generellen Möglichkeit **doppelter Staatsangehörigkeiten**. Die Meinungen dazu sind ausgetauscht. Wir lehnen das nach wie vor ab.

Auch über ein generelles **Kommunalwahlrecht** für Menschen, die weder die deutsche noch die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates haben, haben wir bereits mehrfach gesprochen. Allerdings bekommt gerade diese Frage vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingszahlen eine durchaus neue Dimension.

Ich glaube, es ist allen klar, dass für eine solche Änderung - wenn man sie denn machen wollte - eine Grundgesetzänderung erforderlich wäre. Aus den Reihen berufener Rechtswissenschaftler wird durchaus auch die Auffassung vertreten, dass eine solche Änderung aufgrund der Ewigkeitsklausel in Artikel 79 Absatz 3 des Grundgesetzes gar nicht möglich wäre.

Abgesehen davon bleibe ich dabei: Das Wahlrecht ist Ausfluss der Staatsangehörigkeit. Für EU-Bürger haben wir aufgrund der EU-Verträge und der Beziehungen zu anderen EU-Staaten untereinander eine Ausnahme bei Kommunalwahlen gemacht, eine weiter gehende Öffnung lehnen wir ab.

Wir brauchen in Deutschland kein - wie Sie es formulieren - „modernes“ Einwanderungsrecht. Ich kann mir aber durchaus vorstellen, dass wir aus den bestehenden Regeln ein einheitliches Gesetz machen. Das wäre zunächst eher eine kosmetische Maßnahme, aber sie hat einen guten Grund. Denn wir stellen heute fest, dass an der Stelle, wo wir Menschen gezielt zur Einwanderung nach Deutschland gewinnen wollen, also insbesondere im Bereich von Hochqualifizierten, die Ansprache offensichtlich noch nicht so deutlich und attraktiv ist, wie wir uns das wünschen. Hier kann der Titel Einwanderungsgesetz durchaus helfen, die rechtlichen Möglichkeiten sind nach meiner Auffassung inzwischen allerdings gegeben.

Wenn Sie mich nun fragen, ob das der richtige Zeitpunkt für diese Diskussion ist, muss ich sagen: Nein. Wir haben im Augenblick Baustellen, die unsere volle Aufmerksamkeit erfordern.

(Dr. Axel Bernstein)

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Seit 15 Jahren!)

Die bestehenden Instrumente in diesem Bereich funktionieren. Eine **Steuerung der Bedarfszuwanderung** ist heute bereits möglich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das merkt man ja gerade!)

Der Gesichtspunkt der Attraktivität ist von mir angesprochen worden. Deshalb plädiere ich dafür, diese Diskussion nicht jetzt zu führen. Wenn wir die gegenwärtigen Herausforderungen bewältigt haben, wird Zeit für eine umfassende Diskussion sein.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Dr. Bernstein, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Streng genommen ist es keine Zwischenfrage mehr - aber, ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Oder eine Anmerkung; das kann ja möglich sein, wir lassen uns überraschen.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, lieber Kollege Dr. Bernstein. - Ihre Ausführungen haben bei mir eine ganze Reihe von Fragen aufgeworfen und Anlass gegeben, mehrere Zwischenbemerkungen zu machen. Ich möchte mich auf zwei Punkte konzentrieren.

Dass die Union das so vehement ablehnt, heißt ja nicht, dass es von der Union sehr bald umgesetzt wird - mit Blick auf das, was in den vergangenen zwei Jahren im Deutschen Bundestag alles so beschlossen wurde. Meinen Sie nicht auch, dass wir in den nächsten 10, 20 Jahren in einer sehr großen Zahl qualifizierte Zuwanderung brauchen, und meinen Sie nicht auch, dass - Union und FDP haben in der letzten Wahlperiode einiges beim Aufenthaltsgesetz verändert, zum Beispiel die Grenzen beim notwendigen Einkommen heruntersgesetzt -, dass das bisherige Gesetz nur in sehr geringer Zahl qualifizierte Zuwanderer aus Drittstaaten anlockt?

Dr. Axel Bernstein [CDU]:

Ich gebe Ihnen in dem Punkt recht, dass unsere bisherigen rechtlichen Möglichkeiten nicht genug anlocken. Die Möglichkeiten für **Hochqualifizierte**, nach Deutschland zu kommen, halte ich für ausreichend, aber der **Werbeeffekt**, der mit einem Einwanderungsgesetz verbunden sein könnte, tritt noch nicht in dem Umfang ein, wie es wünschenswert wäre.

Da wir beide unter uns reden, würde ich sagen: In dem Moment, in dem wir gemeinsam ein Einwanderungsgesetz mit dieser Zielrichtung auf den Weg bringen könnten, kann das sofort losgehen. Ein Einwanderungsgesetz, in dem inhaltlich etwas ganz anderes drinsteht als das, was wir haben wollen, brauchen wir nicht.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Serpil Midyatli das Wort.

Serpil Midyatli [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Grunde genommen ist nach der Rede noch deutlicher geworden, warum wir ein **Einwanderungsgesetz** brauchen. Zur Erinnerung: Wir reden nicht erst seit gestern über ein modernes Einwanderungsrecht beziehungsweise ein Migrationsrecht, wie es andere nennen, sondern seit vielen Jahren und mit der CDU ganz konkret seit 2005. Da hat man den ersten Aufschlag gemacht. Seit 2005, seit der damaligen Großen Koalition, ist die CDU in der Pflicht, mit der SPD ein modernes Einwanderungsrecht zu schaffen. Dieser Pflicht sind Sie nicht nachgekommen.

Liebe Kollegen von der CDU, in der Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses haben Sie gesagt, Sie hätten Ihren Meinungsbildungsprozess noch nicht abgeschlossen, und haben sich bei der Abstimmung enthalten. Heute habe ich vernommen, dass Sie hier noch einmal deutlich einige Schritte zurückgegangen sind und Sie überhaupt kein neues Einwanderungsrecht wollen. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Die anderen Fraktionen im Landtag sind da deutlich weiter.

Auf der einen Seite reden wir hier über verschiedene Möglichkeiten. Es geht nicht primär - Kollege Bernstein, ich finde es schade, dass Sie sich darauf konzentriert haben - um die **Hochqualifizierten**. Über die reden wir schon lange nicht mehr, denn

(Serpil Midyatli)

für die gibt es schon lange Möglichkeiten, nach Deutschland zu kommen.

Wir reden über diejenigen, die wir mittlerweile in allen Bereichen auf dem **Arbeitsmarkt** brauchen. Schon in der IHK-Stellungnahme ist deutlich geworden, dass wir in 14 Jahren mehr als 100.000 Arbeitskräfte allein in Schleswig-Holstein brauchen werden. In der IHK-Stellungnahme ist ebenfalls nachzulesen, dass im letzten Jahr 3.500 Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten, weil es nicht genügend Bewerberinnen und Bewerber gab. Das heißt, wir reden hier schon lange nicht nur über ein **Einwanderungsrecht** für Hochqualifizierte, sondern über ein Einwanderungsrecht für Qualifizierte aus vielen anderen Bereichen auch.

Vieles muss neu geregelt werden, weil das bisherige Einwanderungsrecht einfach viel zu viele Einschränkungen und Beschränkungen enthält. Es gibt zum Beispiel keine Regelung darüber, ob die Ehepartnerinnen und Ehepartner arbeiten dürfen, wenn Sie eine Hochqualifizierte oder einen Hochqualifizierten angeworben haben. Das hat auch etwas mit der Attraktivität des jetzigen Gesetzes zu tun und mit der Frage, wie es überhaupt weitergeht.

Es fehlt auch - das sagen auch die Hochqualifizierten - an einer Willkommens- und Anerkennungskultur insgesamt in Deutschland. Die Hochqualifizierten fühlen sich teilweise in anderen Ländern wohler.

Fakt ist aber auch: Deutschland hat sich - jetzt nicht bezogen auf die Flüchtlingssituation, sondern auf die Situation an sich - in den letzten Jahren ein bisschen gemauert, und wir sind wieder im Trend, was die Einwanderung von Arbeitskräften angeht. Festzustellen ist aber, dass über zwei Drittel dieser Menschen aus den EU-Ländern kommen. Auch das ist vielleicht wichtig für die Diskussion.

Wir begrüßen es und gehen sehr konform damit, dass die FDP-Fraktion diesen Antrag gestellt hat. Wie Sie wissen, läuft bereits seit Februar letzten Jahres die Bundsratsinitiative mit Rheinland-Pfalz und Niedersachsen für ein modernes Einwanderungsrecht, um so mehr Möglichkeiten zu schaffen, insbesondere auch eine legale Einreisemöglichkeit für Menschen, die nicht aus EU-Ländern kommen. Das ist auch eine Forderung, die insbesondere vom Flüchtlingsrat, aber auch vom UNHCR erhoben worden ist.

Da wir Ihrem Antrag nicht in allen Punkten zustimmen konnten, haben wir uns hier für eine andere Form der Abstimmung entschieden. Es ist auch in der Anhörung deutlich geworden, dass wir gerade

bei dem Punkt 1 nicht mitgehen konnten; denn darin sind einige Punkte enthalten, die zumindest Fragezeichen hinterlassen haben. Ich muss Ihnen als Sozialdemokratin wohl nicht unbedingt sagen, dass es - das hat auch der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration gesagt - mit Sozialdemokraten natürlich nicht machbar ist, die Gehälter auf ein realistisches Maß zu senken. Ich glaube, das ist zumindest ein Punkt, bei dem Sie auch klar erkennen können, warum wir dem ersten Punkt Ihres Antrags, aber auch anderen Punkten nicht zustimmen konnten.

Was das Punktesystem angeht, sind wir bereits etwas weiter. Das war etwas, das wir in Teilen auch unterstützt haben, wobei uns dort nur die wirtschaftlichen Aspekte nicht genügen. Denn die gesellschaftspolitischen Aspekte müssen bei einem Punktesystem natürlich auch berücksichtigt werden. Es ist wahr, dass Kanada von seinem Punktesystem mittlerweile abgerückt ist.

Wir müssen einfach konstatieren, dass mittlerweile in der Diskussion - ich habe das kanadische Modell hier auch oft vertreten - festzustellen ist, dass Kanada sagt: Dieses Punktesystem hat eine so große Selektion, dass man gar nicht an die Leute herankommen kann, die die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zum Beispiel möchten. Von daher ist Kanada gerade dabei, sein System umzustellen.

Insbesondere für die Arbeitgeber ist es wichtig, dass ein unbürokratisches Einwanderungsrecht geschaffen wird, damit es leichter wird, die Menschen aus anderen Ländern anzuwerben. Denn dieses Monstrum an Aufenthaltstiteln ist wirklich ein Abschreckungsgesetz, sodass ich jeden Arbeitgeber verstehen kann, der sich nicht auf diesen Weg machen möchte.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Vogt?

Serpil Midyatli [SPD]:

Na klar.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Frau Kollegin. Ich glaube, da liegt bei Ihnen ein fundamentales Missverständnis vor, was unseren Vorschlag angeht. Wir wollen ja nicht die Gehälter absenken, sondern wir wollen die rechtliche Schwelle absenken, sodass auch Menschen, die zunächst mittlere Einkommen haben, wenn sie denn als qualifi-

(Serpil Midyatli)

zierte Zuwanderer zu uns kommen, die Möglichkeit haben, hier zu leben und zu arbeiten. Dieses Einkommen liegt momentan im Bereich von etwa 40.000 €. Wir haben das in der letzten Wahlperiode deutlich abgesenkt; denn es betrug - zumindest in Westdeutschland - etwa 60.000 €. Mit der Absenkung wurden aber nicht die Gehälter der Menschen gesenkt, sondern dadurch wurden nur die Möglichkeiten vergrößert, dass auch Menschen mit mittlerem Einkommen hier einwandern können. Ich glaube und hoffe nicht, dass die Sozialdemokraten dagegen sind. Insofern sollten Sie sich das noch einmal genauer anschauen; ich gehe davon aus, dass Sie das schlicht missverstanden haben.

- Das kann sehr gut sein. Aus den Stellungnahmen habe ich zumindest entnommen - es geht um 48.500 €, so ist es zumindest aus der Stellungnahme zu entnehmen -, dass schon in einer EU-Richtlinie - diese Blue-Card haben wir ja nicht selber erfunden - gesagt worden ist, dass Deutschland bereits das niedrigste Gehalt zugrunde gelegt hat. Deshalb glaube ich nicht, dass es sinnvoll ist, das noch einmal abzusenken. In Ihrem Antrag geht es um Menschen, die einen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Qualifikation haben. Es geht nicht um diejenigen, die geringbeschäftigt werden sollen, weil sie nur eine geringwertigere Ausbildung haben. Eventuell habe ich das tatsächlich nicht richtig einschätzen können. Aber so steht es zumindest nicht in Ihrem Antrag.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Abgeordneten Vogt?

Serpil Midyatli [SPD]:

Ja.

Christopher Vogt [FDP]: Noch einmal, Frau Kollegin. Es geht hier nicht darum, dass das das Maximalgehalt der Menschen ist, sondern das ist das Minimalgehalt. Insofern vergrößern wir doch die Möglichkeit für viele Menschen, zu uns zu kommen; denn wir senken das Gehaltsniveau deutlich. Ich glaube, das sollte doch auch für die Sozialdemokratie durchaus verständlich sein. Das hoffe ich zumindest. Vielleicht können wir das ja als Ergebnis dieser Beratung mitnehmen.

- Das können wir gern als Ergebnis dieser Beratung mitnehmen. Auf der anderen Seite habe ich vorhin

schon ausgeführt, dass gerade für die Hochqualifizierten Deutschland nicht gerade das Land ist, in dem sie sich zuerst nach einer Arbeit umschauchen, sondern sie dies eher in anderen europäischen Ländern tun, weil andere Länder mehr bezahlen und diese Länder auch eine andere Willkommens- und Anerkennungskultur haben. Ich glaube nicht, dass das der richtige Weg ist, um an die Hochqualifizierten zu kommen, wenn wir denen sagen: Ihr könnt auch Gehälter annehmen, die darunter liegen. Vielleicht habe ich das aber wirklich missverstanden. Das geht jedenfalls aus dem Antrag so nicht hervor.

Das war meine Stellungnahme in dieser Richtung. Von daher bleiben wir bei unserer Entscheidung. Aber wir werden, wie Sie gehört haben, zumindest auf Bundesebene weiter darüber diskutieren.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Midyatli, jetzt müssen Sie aber zum Ende kommen.

Serpil Midyatli [SPD]:

Das war es auch schon.

(Beifall SPD)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zum Redebeitrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktionsvorsitzende Eka von Kalben hat das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir brauchen Zuwanderung in Deutschland. Auch wenn im Moment viele Menschen auf dem Fluchtweg zu uns kommen, macht uns die **Wirtschaft** immer wieder deutlich: Wir brauchen **Zuwanderung**, und die demografische Entwicklung in Deutschland reicht nicht aus, um den Fachkräftemarkt zu bedienen. Dazu gehört, dass wir bei den Menschen darum werben, zu uns zu kommen, und dass wir uns bemühen, die Menschen dazu anzuhalten, auch bei uns zu bleiben.

Selbst wenn wir der Meinung wären, wir bräuchten nur hochqualifizierte und gut qualifizierte Menschen - es ist ja im Moment in der Diskussion, dass zwar viele Menschen zu uns kommen, dass es aber viel zu lange braucht, bis wir denen unsere Sprache beibringen können; viele kommen ja auch als Analphabeten, bei denen sich die Frage stellt, wie wir

(Eka von Kalben)

diese Menschen in den **Arbeitsmarkt** integrieren -, sind wir uns sicherlich einig, dass wir qualifizierte und hochqualifizierte Menschen für unseren Arbeitsmarkt brauchen. Wenn das so ist, dann ist es sehr wichtig, dass wir nicht nur ein liberales Recht und liberale Rechtsmöglichkeiten haben, sondern dann ist es ebenso wichtig, dass dieses Recht auch transparent ist. Ich habe schon im vergangenen Jahr, als wir darüber debattiert haben, ausgeführt: Wenn man bei Google „Kanada“ und „Migration“ eingibt, dann hat man wesentlich bessere Ergebnisse, als wenn man versucht, sich in Deutschland in dem Wust des Einwanderungsrechts zurechtzufinden.

Das reicht also nicht. Vielmehr brauchen wir auch ein freundliches Gesicht, wie auch die Kanzlerin es so trefflich bemerkt hat. Wir müssen deutlich machen, dass fremde Menschen, die neu zu uns kommen, bei uns willkommen sind. Das ist auch für die Hochqualifizierten und gut Qualifizierten sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, die demografische Forschung hat festgestellt, dass es noch relativ einfach ist, Menschen zu uns anzuwerben, dass wir also einen relativ guten Zuzug auch bei hochqualifizierten und besser qualifizierten Menschen haben. Das Problem ist nur: Diese Menschen müssen auch bleiben. Es gibt eine Studie mit dem Titel „Gekommen, um zu bleiben“. Diese Studie sagt: Eine wichtige Voraussetzung ist sicherlich das Gehalt. Die wichtigste Voraussetzung dafür hierzubleiben ist aber, dass man hier auch mit seiner Familie leben kann, dass es also einen **Familiennachzug** gibt.

Die zweitwichtigste Voraussetzung ist, dass man wirklich gut und schnell die **Sprache** erlernen kann. Deshalb bleiben viele lieber in englischsprachigen Ländern, weil es für sie dort vermeintlich leichter ist. Aus diesem Grund brauchen wir auch insoweit sehr gute Angebote. Das Dritte, das in der Studie genannt wurde, ist die Möglichkeit, hier auch eine dauerhafte Perspektive zu haben, eingebürgert zu werden, also eine Teilhabemöglichkeit zu bekommen. Die Länder, in denen das besser ist, haben sehr viel bessere Möglichkeiten, die Menschen auch zu halten. Es reicht nicht aus zu sagen, man macht mal eben einen Job, dann bekommt man woanders bald einen besseren Job.

Das ist etwas, was wir auf der langen Ebene ebenfalls brauchen. Deshalb finde ich es gut, wenn wir uns ganz klar auch weiterhin für **Mehrstaatlichkeit** und auch für das Wahlrecht für Ausländer aussprechen.

Herr Bernstein, Sie haben vorhin gefragt: Ausgerechnet jetzt? Ich sage: Gerade jetzt, weil es gerade in der jetzigen Situation, da so viele Menschen zu uns kommen, wichtig und richtig ist, ein **Einwanderungsrecht** zu schaffen und deutlich zu machen, dass wir ein Einwanderungsland sind.

Last, but not least ist das auch eine Möglichkeit, wie man mit dem Thema Flucht umgehen kann. Natürlich kommen im Moment viele Menschen zu uns, zum Beispiel aus Afrika, um hier Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Im Grunde ist das Schlauchboot doch im Moment die einzige Möglichkeit, nach Europa zu kommen. Es gibt quasi keine legalen Einreisemöglichkeiten. Egal wie klein ein Kontingent sein mag, egal wie sehr man auf bestimmte Berufsgruppen zugeht, zum Beispiel auf Pflegekräfte, das ist für die Menschen doch alles besser als eine komplette Perspektivlosigkeit. Vielleicht käme der eine oder andere dann ja auf die Idee zu sagen: Ehe ich dem Schlepper 5.000 € gebe, investiere ich das lieber in eine Fortbildung.

Ich glaube, dass man irgendeine Perspektive in Europa entwickeln muss, damit man auch legal hierherkommen kann. Alles andere - Obergrenzen, Grenzen dichtmachen - sind Scheinlösungen. Das funktioniert nicht. Deswegen sage ich: Ja, gerade jetzt müssen wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Das ist meine Antwort darauf. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat jetzt das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens will ich mit einem wirklich fundamentalen Missverständnis aufräumen, liebe Kollegin Midyatli. Mich hat das, was Sie gesagt haben, wirklich gewundert. Bei der Verhandlung über die Gehaltsgrenzen bei der sogenannten Blue Card hat die CSU deutlich gemacht, dass die Gehaltsgrenzen aus ihrer Sicht gar nicht hoch genug sein können, damit möglichst wenige kommen; genau das war die Intention. Sie haben ja recht: Wir brauchen in Zukunft auch eine sichere Regelung für die Facharbeitskräfte, deren Gehalt unterhalb der Schwelle liegt. Deswegen sage ich: Nur weil der Vorschlag von den Freien Demokraten kommt, ist er nicht gleich gegen die Menschen gerichtet. Das war tat-

(Dr. Heiner Garg)

sächlich genauso gedacht. Deswegen hat mich Ihr Beitrag wirklich irritiert.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Zweitens. Wenn es noch eines Beweises bedurfte, dass wir nicht nur darüber diskutieren müssen, sondern das auch dringend brauchen, dann hat der Kollege Bernstein mit seinem Redebeitrag diesen Beweis geliefert.

(Beifall Lars Harms [SSW])

Kollege Bernstein, ich habe mit einiger Verwundung - das will ich an dieser Stelle sehr deutlich sagen - die Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin vernommen, die die geschätzte Öffentlichkeit in ihrer Neujahrsansprache wissen lässt, Einwanderung habe noch keinem Land geschadet. „Herzlich willkommen im Club“, möchte man der Frau Kanzlerin an dieser Stelle zurufen. Das ist dieselbe Kanzlerin und CDU-Bundvorsitzende, die noch bis vor Kurzem verneint hat, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Dieselbe Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende, die sich vehement gegen ein modernes Einwanderungsrecht gewandt hat, belehrt uns jetzt, dass Einwanderung noch nie jemandem geschadet hat. „Herzlichen Glückwunsch“, sage ich dazu nur.

Bezüglich Kanada möchte ich auch mit einem Missverständnis aufräumen: Die Kanadier schaffen mitnichten das Punktesystem ab. Sie haben es nur vom Kopf auf die Füße gestellt und ihren Anforderungen angepasst. Das ist im Übrigen vollkommen legitim. Richtig ist, dass es derzeit fast ausgeschlossen ist, nach Kanada einzuwandern, wenn man vorher keinen Arbeitsvertrag hat, weil der entsprechende Highscore hochgesetzt wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den regierungstragenden Fraktionen, das bringt mich zu einem anderen Punkt. Ich bin ein bisschen enttäuscht darüber, dass Sie bezüglich Punkt 1 unseres Antrags nur etwas über Kanada gesagt haben. Dabei steht an der Stelle nichts von Kanada, sondern wir sagen nur, dass wir ein Punktesystem einführen wollen. Ich bin der Auffassung, dass ein Aspekt eines modernen Einwanderungsrechts sein muss - dabei geht es um ein modernes Einwanderungsgesetzeswerk; das muss vermutlich ein Artikelgesetz sein -, dass das Land, in das eingewandert werden soll, klare Kriterien setzen muss, nach denen eingewandert werden kann. Das lässt sich kein klassisches Einwanderungsland nehmen, weder Kanada noch die Vereinigten Staaten noch Neuseeland noch Australien.

Deswegen habe ich die Auseinandersetzung zu Punkt 1, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen können. Ich glaube, dass der Vorschlag, den wir hierzu gemacht haben, eine sehr sinnvolle Diskussionsgrundlage gewesen ist. Das ist auch der Grund, dass wir den Originalantrag zur Abstimmung stellen werden, also in der ursprünglichen Form. Ich glaube, dass erst im Gesamtpaket deutlich wird, dass klare Zuzugskriterien - die Kollegin von Kalben hat den Pflegebereich angesprochen - zu einem modernen **Einwanderungsrecht** gehören. Natürlich gehört zu einem modernen Einwanderungsrecht, dass das Land sich selbstverständlich diejenigen aussuchen kann, die einen vorhandenen Bedarf decken können. Das ist, Frau von Kalben, nicht Rosinenpickerei, sondern eine ganz legitime Wahrnehmung der Interessen des Landes, in das eingewandert werden soll.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich doch gesagt!)

- Na ja, Sie haben den ganzen Punkt 1 unseres Antrags in den Ausschussberatungen offensichtlich nicht mitgetragen, sonst hätte der Antrag ja eine Mehrheit gefunden.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie haben ja die Chance, in der Abstimmung dem Antrag doch noch zuzustimmen.

Lassen Sie mich abschließend noch Folgendes sagen: Ich finde es bemerkenswert, dass der Kollege Bernstein hier heute erzählt hat, dies sei überhaupt nicht der richtige Zeitpunkt, um sich mit einem modernen Einwanderungsgesetz auseinanderzusetzen. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit: Hätten wir ein modernes Einwanderungsrecht mit entsprechenden Kontingentvereinbarungen, dann müssten wir jetzt nicht Menschen in Asylverfahren quetschen, die da gar nicht reingehören,

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

sondern dann hätten wir eine ganz andere, humanere und viel intelligentere Lösung. Wenn nicht jetzt und wenn nicht nach der Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin, wann wollen Sie denn dann ein modernes Einwanderungsrecht in diesem Land verabschieden? Das, was Sie hier geboten haben, Herr Kollege Bernstein, ist doch wirklich peinlich.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Dr. Heiner Garg)

Ich finde es schade, dass wir an dieser Stelle nicht einer Meinung sind. Ich sage Ihnen: Wir Freien Demokraten werden uns auch weiterhin für ein modernes Einwanderungsrecht einsetzen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir auch!)

Wir werden dafür kämpfen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Wir meinen: Jetzt ist der späteste Zeitpunkt; denn wir brauchen so etwas jetzt und nicht irgendwann in einer der nächsten Legislaturperioden.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Piratenfraktion hat jetzt das Wort der Fraktionsvorsitzende Torge Schmidt.

Torge Schmidt [PIRATEN]:

Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Bis auf die Christdemokraten sind wir uns einig, dass wir ein modernes **Einwanderungsrecht** brauchen. Von den rund 81 Millionen Bürgern in diesem Land haben fast 16 Millionen Bürger ausländische Wurzeln, und diese Menschen sind keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung für unsere Kultur und für unsere Gesellschaft. Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland. Im 16. Jahrhundert kamen die Hugenotten, im 19. Jahrhundert kamen die Ruhrpolen und die Exilperser nach Deutschland, und in den 50er- und 60er-Jahren kamen die türkischen, italienischen, griechischen und jugoslawischen Gastarbeiter, in den 80er-Jahren die vietnamesischen Boatpeople und in den 90er-Jahren die Spätaussiedler, die Russlanddeutschen und die Kontingentflüchtlinge. Wir müssen uns endlich der Realität stellen und einsehen, dass Deutschland als Einwanderungsland im 21. Jahrhundert auch ein modernes Einwanderungsrecht braucht.

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die Geschichte lehrt uns, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssen. Bei vielen Gastarbeiterkindern hat die **Integration** versagt. Wir haben Arbeitskräfte gerufen, aber es sind Men-

schen gekommen. Dies ist eine Altlast, die wir auch heute noch zu tragen haben. Dieser Fehler darf sich nicht wiederholen.

Wir sind entsetzt darüber, dass die Reform des Einwanderungsrechts trotz der Entwicklung der Flüchtlingszahlen seit dem letzten Jahr bei den Parteien auf Bundesebene keine politische Priorität mehr hat. Dabei ist dieses Thema gerade in der jetzigen Situation wichtiger denn je. Einwanderung - das muss klar und deutlich gesagt werden - muss von der Aufnahme von Asyl- und Schutzsuchenden getrennt betrachtet werden. Einwanderer wollen dauerhaft Teil unserer Gesellschaft und Kultur werden, während Bürgerkriegsflüchtlinge Schutz vor Verfolgung, Folter, Mord und Krieg suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurzeit haben in erster Linie diejenigen Menschen eine Chance, in Deutschland zu bleiben, die politisch verfolgt werden. Dabei gibt es gerade unter den sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen Studenten sowie arbeitsfähige und -willige Fachkräfte, die in diesem Land einen wertvollen Beitrag leisten wollen und könnten, wenn sie dürften.

Trotzdem lehnen wir PIRATEN ein Punktesystem, wie die FDP es ursprünglich in ihrem Antrag forderte, ab; denn man kann und darf Menschen, nur weil sie vordergründig kaum oder gar keine berufliche Qualifikation aufweisen, um aktiv zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts beitragen zu können, nicht aussortieren. Jeder Mensch, der einwandern will, kann und soll ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft werden.

Wir PIRATEN befürworten die Öffnung unseres Landes für Migranten und **Flüchtlinge** aus der ganzen Welt. Deren Auswahl darf sich nicht ausschließlich an dem volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess orientieren.

(Beifall PIRATEN)

Aus diesem Grund begrüße ich die Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses, mit der dieser unserem Antrag folgt, den ersten Punkt des Antrags der Fraktion der FDP zu streichen. Den Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der darauf abzielt, die Beschlussempfehlung des Ausschusses zu revidieren und den Antrag in unveränderter Form anzunehmen, lehnen wir klar ab. Ein Einwanderungsrecht für Eliten, das sich an gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zielvorgaben orientiert, wird es mit uns PIRATEN nicht geben. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es wurde zwar lange Zeit nicht so genannt. Aber faktisch haben wir seit den 1950er-Jahren, also seit sechs Jahrzehnten eine Einwanderungswelle nach der anderen erlebt. Es musste allerdings mehr als eine Generation vergehen, bis diese Tatsache Eingang in die politischen Diskussionen fand. Deutschland tat sich schwer damit, sich dauerhaft zu öffnen. Immer wenn Not am Mann war, kamen ausländische **Arbeitskräfte** gerade recht - Portugiesen, Spanier, Italiener oder auch Türken. Aber deren Anerkennung ging nur schleppend voran. Die Neudeutschen sollten bitte schön superdeutsch sein und beispielsweise auch in den eigenen vier Wänden deutsch reden. Bereicherung und Vielfalt zu entdecken und zu nutzen, war zunächst nur eine Randerscheinung. Allerdings, meine Damen und Herren, hat sich inzwischen in dieser Richtung einiges getan. So gehört die Pizza in Deutschland inzwischen zu den Lieblingsgerichten.

Integration bedeutet eben nicht, dass sich die Zukommenden widerspruchslos anpassen, sondern dass man sich gegenseitig annähert. Deutschland hat sich auch verändert, was nicht zuletzt durch das große Engagement vieler Ehrenamtlicher in der Flüchtlingskrise belegt wird. International wird Deutschland als Einwanderungsland mit großzügigen Einwanderungsregelungen geachtet.

Deutschland ist aber auch ein Auswandererland. Deutsche Staatsbürger stellen, global gesehen, im letzten Jahrzehnt eine nicht unerhebliche Gruppe dar, die auswandert. 2015 wanderten zum Beispiel fast 150.000 deutsche Bürger aus, weil sie in Deutschland nicht die gleichen Chancen erwarteten wie im Ausland. Deutschland ist längst nicht so attraktiv, wie wir uns das immer einreden. Niedriglohn und Karriereprobleme bewerten viele Menschen auch aus Schleswig-Holstein als Push-Faktoren und als Gründe, Deutschland zu verlassen. Sie suchen mit ihren Familien ihr Heil woanders. Damit wird der Braindrain verschärft und der demografisch bedingte **Fachkräftemangel** weiter verstärkt. Hier muss dringend Abhilfe geschaffen werden.

Das haben wir im Ausschuss auch vertieft beraten, auch und gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen

Flüchtlingskrise. Wir leisten uns den Luxus, gut ausgebildete und hoch motivierte Menschen im Land zu haben, diese aber zur Untätigkeit zu verpflichten. Die Asylverfahren erweisen sich als Hemmschuh. Dabei wissen wir genau, dass Integration durch Arbeit eigentlich der Königsweg ist. Tatsächlich betreiben wir eine Ausgrenzung, die langfristig enorme Kosten erwarten lässt.

Das ist zum Großteil der schieren Masse der **Flüchtlinge** geschuldet, aber eben auch den sehr komplizierten Antragsverfahren. Einheitliche Verfahren und Bestimmungen werden nicht vom Himmel fallen. Gut, dass wir anlässlich des Antrags der FDP-Fraktion über ein modernes **Einwanderungsrecht** diskutieren. Wir holen damit etwas nach, was schon im letzten Jahrhundert in Deutschland hätte stattfinden müssen. Wir dürfen das also - der Kollege Garg hat recht - auf gar keinen Fall weiter verschieben, sondern wir brauchen jetzt ein neues Einwanderungsrecht.

Bei den meisten Punkten besteht durchaus Einigkeit, vor allem was klare Zuständigkeiten und transparente Verfahren aus einer Hand angeht. Ich fürchte allerdings, dass es noch lange dauern wird, bis die Verfahren vereinfacht sind. Darüber hinaus ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus das Beschäftigungsverbot von Asylbewerbern eine pure Vergeudung von Ressourcen. Die zweifellos vorhandenen Qualifikationen vieler Flüchtlinge sind doch Ressourcenschätze, die es zu bergen gilt. Viele Flüchtlinge bringen sich bereits als Dolmetscher ein oder vermitteln zwischen Behörden und ihren Mitbewohnern. Doch der deutsche Arbeitsmarkt steht ihnen nicht offen. Deutschkurse werden zwar inzwischen flächendeckend angeboten. Aber darüber hinaus benötigen wir berufsspezifische Sprachkurse, die spezielle Fachvokabeln vermitteln. Besondere Nachqualifizierungsprogramme, die vorhandene Qualifikationen an den deutschen Arbeitsmarkt anpassen, sind überhaupt noch nicht in Sicht.

Darüber hinaus ist die Anerkennung vieler ausländischer Berufsqualifikationen nach wie vor für den Großteil der Berufe ein Hürdenlauf mit langen und komplizierten Verfahren. Dabei handelt es sich nicht immer nur um so extreme Fälle wie aus Syrien oder Bangladesch; vielmehr rede ich hier auch über England, Frankreich, Dänemark oder Schweden. Das ist mindestens genauso kompliziert.

Dazu kommen dann noch komplizierte Rechtsfragen, zum Beispiel für die Arbeitgeber, die sich fragen: Darf ich überhaupt einen Flüchtling einstellen?

(Lars Harms)

Welche rechtlichen Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt werden? Wer kann mir dabei helfen?

In den letzten Jahren wurde vieles versäumt, nämlich dass wir eine Beratung aus einer Hand bekommen. Eine solche Beratung brauchen wir aber. Wir brauchen eine Beratung, die auch als solche daherkommt und nicht als Sanktion. Das ist gerade auf kommunaler Ebene glücklicherweise angekommen. So richtet die Stadt Flensburg beispielsweise analog zum Kreis Nordfriesland ein Willkommenszentrum ein, das das bisherige Ausländeramt ablösen wird. Das ist eine völlig andere Sichtweise auf die, die neu zu uns kommen. Es kommt also darauf an, dass wir ein neues Einwanderungsrecht bekommen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Lars Harms [SSW]:

- Ja. Dabei geht es nicht nur um EU-Ausländer, sondern auch um andere. Bei Flüchtlingen und EU-Bürgern ist es sowieso nur bedingt möglich, die Einwanderung zu steuern. Wenn wir steuern wollten, dann könnten wir das nur bei Nicht-EU-Mitgliedern machen. Um das aber nachvollziehbar, vernünftig und vor allen Dingen unbürokratisch zu regeln, brauchen wir ein neues Einwanderungsrecht. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor. Dann hat jetzt für die Landesregierung der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten Stefan Studt das Wort.

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag soll die Landesregierung veranlasst werden, sich auf Bundesebene für die Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts einzusetzen. Das tun wir schon - mit dem starken Rückenwind aus dem Landtag aber gern auch noch einmal mehr. Der Befund ist deutlich - wir haben es hier schon gehört -: Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, nach der der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung weiter abnehmen wird, ist die Sicherung der **Fach-**

kräftebasis eine der wichtigsten Herausforderungen der kommenden Jahre.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Hierzu hat die Frau Abgeordnete Midyatli - wie andere auch - ja schon entsprechend ausgeführt. Deutschland hat einen Bedarf an Fachkräften, der ohne Zuwanderung schon heute nicht mehr gedeckt werden könnte. Deutschland braucht daher Einwanderung von Menschen mit beruflicher Qualifikation im erwerbsfähigen Alter.

Das geltende **Zuwanderungsrecht** bietet schon viele Möglichkeiten und einen guten rechtlichen Rahmen für gewollte Zuwanderung. Die in allen Parteien im Bund geführte Diskussion um die Inhalte eines umfassenden Einwanderungsgesetzes ist inzwischen wegen anderer Aktualitäten und Präferenzen allerdings etwas zum Erliegen gekommen. Richtig ist jedoch: Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich will daran erinnern: Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Niedersachsen am 6. März 2015 im Bundesrat einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Einwanderung gestalten - Einwanderungsgesetz schaffen“ eingebracht. Mit diesem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes unter Berücksichtigung von zwölf Eckpunkten vorzulegen.

Die in dem Entschließungsantrag angesprochenen und zu berücksichtigenden Eckpunkte umfassen viele der für eine gelingende Zuwanderungsgestaltung und Zuwanderungsverwaltung notwendigen Aspekte wie zum Beispiel: Ermittlung und Festlegung des Einwanderungsbedarfs; Festlegung des Arbeitskräftebedarfs auf qualifizierte Arbeitskräfte, nicht nur Hochqualifizierte; Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials; Erfassung der Vorqualifikation bei Asylsuchenden; Vereinfachung des Familiennachzugs; Ausbau der Informations- und Beratungsangebote und Verbesserung der Möglichkeiten des Erwerbs der Deutschkenntnisse im In- und Ausland; Möglichkeiten eines sogenannten Spurwechsels in dem Verfahren; weitere Abschaffung der Vorrangprüfung für Asylbewerber und Geduldete; Aufenthaltsrecht für die Dauer einer Ausbildung für Asylbewerber und Geduldete, und zuletzt: Vereinfachung des Visumverfahrens. Es wird damit also schon ein breites Spektrum abgebildet.

(Minister Stefan Studt)

Darüber hinaus ist meines Erachtens besonders bedeutsam der auch zum Ausdruck gebrachte Ansatz, dass die Änderung aufenthaltsrechtlicher Regelungen allein nicht ausreichend ist. Ein modernes Einwanderungsrecht muss auch arbeitsmarkt- und sozialpolitische Regelungen definieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, PIRATEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Nach meiner fachlichen Einschätzung scheint mir der Drei-Länder-Entschließungsantrag für die Schaffung eines umfassenden Einwanderungsgesetzes ein geeigneter Weg zu sein. Ich fühle mich aber - das will ich an der Stelle sagen - durch diese Diskussion ermutigt, als Minister für Bundesangelegenheiten den Antrag wieder aus der Versenkung des Bundesratsverfahrens herauszuholen und die Fragen beziehungsweise Impulse, die wir im Ausschuss besprochen haben und die ich hier aus der Diskussion aufgenommen habe, noch einmal mitzunehmen und nach Mitstreitern zu suchen.

Ich will aber auch nicht verhehlen, dass dieser Prozess in Berlin ein schwieriger ist. Das wissen Sie auch. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt FDP und PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Birgit Herdejürgen.

Birgit Herdejürgen [SPD]:

Überraschung. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist einer der seltenen Fälle, in dem die Diskussion im Landtag die Diskussion im Ausschuss ergänzt hat und durch Überzeugungsar-

beit bei uns Wirkung gezeigt hat. Nachdem es, was einzelne Formulierungen angeht, offensichtlich Missverständnisse gegeben hat, haben wir uns das noch einmal genau angesehen. Wir werden dem Änderungsantrag der FDP zustimmen. Insofern sind wir uns an dieser Stelle einig, zumindest was die große Mehrheit des Hauses angeht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3765 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei Gegenstimmen von den PIRATEN und der CDU ist dieser Änderungsantrag angenommen.

Ich lasse nun über die geänderte Beschlussfassung des Innen- und Rechtsausschusses abstimmen, das ist die Drucksache 18/2693 in der soeben geänderten Form. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Es ist nur noch die CDU-Fraktion, die dagegen ist. Die PIRATEN haben sich entschlossen zuzustimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich nicht.

Ich wünsche allen Abgeordneten und der Regierung einen schönen Abend. Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder. Ich unterbreche die Tagung. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:02 Uhr

Reden zu Protokoll

Umsetzung der Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz in Rostock

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/3727 (neu) - 2. Fassung

Peter Lehnert [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich vertrete heute zu diesem Punkt unsere erkrankte Kollegin Astrid Damerow, der ich von hier aus gute Genesung wünsche. Sie hat an der Ostseeparlamentarierkonferenz Ende August im vergangenen Jahr für die CDU-Fraktion in Rostock teilgenommen.

Ich werde mich daher in diesem Beitrag nach Kontakt mit Astrid Damerow auf vier wesentliche Punkte zu den Ergebnissen der Ostseeparlamentarierkonferenz beschränken:

Erstens. Der Konferenz gehören Vertreter elf nationaler, elf regionaler und fünf Parlamentsorganisationen an. Mit Vertretern der Stadt St. Petersburg und der Region Kaliningrad gehört sie zu den wenigen europäischen Gremien, an denen Vertreter Russlands der unteren politischen Ebene teilnehmen. Dieses bietet gerade in Krisenzeiten die Möglichkeit, direkten Austausch zu pflegen und Kontakte zu vertiefen. Zudem wissen wir, dass es im Ostseeraum Probleme gibt, die nur gemeinsam gelöst werden können. Das an sich ist schon wertvoll und unterstreicht die Bedeutung der Konferenz.

Der aktuelle Ukraine Konflikt spielte natürlich in Rostock auch eine Rolle. So etwas kann auch nicht ausgeblendet werden. Gerade deshalb sind Gespräche untereinander umso wichtiger.

Zweitens. Schwerpunkt der letzten Konferenz und der Resolution war das Thema Gesundheitspolitik in allen Facetten. Es ist bemerkenswert, dass mit annähernd 50 Punkten oftmals ganz konkrete Vorschläge zur Verbesserung und Kooperation benannt worden sind. Die Ausgangslagen der einzelnen Nationen und Regionen sind höchst unterschiedlich, die Gesundheitssysteme oft komplett anders aufgestellt. Dennoch gibt es einen Grundkonsens in den Zielen. Deutlich wird auch, dass insbesondere durch die Entwicklung von E-Health-Projekten neue bislang nicht mögliche Chancen zur Verbesserung der Gesundheitsvorsorge aber auch von Behandlungen von Krankheiten entstehen. Entfernun-

gen können problemlos überwunden werden, Gesundheits-Know-how kann Grenzen überschreiten, und Kosten können dazu noch reduziert werden. In bestimmten Fachbereichen wird E-Health die Gesundheitspolitik zum Vorteil der Patienten revolutionieren.

Drittens. Die Resolution greift auch die sich im Spätsommer anbahnende Flüchtlingssituation in Europa auf und formuliert humanitärer Grundsätze. Seitdem ist viel passiert. Die Lage in Schweden oder Deutschland, in Dänemark oder Polen hat sich höchst unterschiedlich entwickelt. Es bleibt abzuwarten, was in diesem Punkt der Beschluss wert ist. Die Entwicklungen in einzelnen Ländern geben großen Anlass zur Sorge, dass selbst der Minimalkompromiss nicht gehalten werden kann.

Viertens. Schleswig-Holstein versucht seit Jahren, die Jugendarbeit im Ostseeraum durch Institutionalisierung und Veranstaltungen durch die Ostseeparlamentarierkonferenz voranzubringen. Bis vor Kurzem sah es so aus, als ob dieses nicht durchsetzbar sein wird. Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat selbst die Initiative ergriffen und ein Kieler-Woche-Jugendforum in den vergangenen zwei Jahren während der Kieler Woche initiiert und junge Gäste aus dem Ostseeraum dazu eingeladen. Das letzte Jugendforum hat zudem mit dem Thema „E-Health und Gesundheitspolitik“ eine Vorbereitung der Parlamentarierkonferenz aus Jugendsicht vorgenommen. Unterstützt wurde dieses in großartiger Weise durch den Landesjugendring. Ein besonderer Dank gilt auch der zweiköpfigen Delegation des Kieler-Woche-Jugendforums, die in Rostock für eine Verstärkung der Jugendaktivitäten geworben hat. Jetzt hat die Konferenz in der Resolution beschlossen, „den politischen Austausch unter jungen Menschen in der Ostseeregion zu vertiefen und die Einrichtung eines ständigen Ostseejugendforums zu unterstützen“. Dieses ist ein konkreter Hoffnungsschimmer, dass wir mit unserem gemeinsamen Ziel weiterkommen.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz ist und bleibt ein wichtiges Gremium zur Formulierung von wichtigen gemeinsamen Zielen im Ostseeraum, die möglichst von den nationalen und regionalen Parlamenten umgesetzt werden sollten. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu.

Regina Poersch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren „We shall overcome!“ Die 24. Ostseeparlamentarierkonferenz im vergangenen Jahr fiel zusammen mit dem Antikriegstag am 1. September. Der Tag, an dem Deutschland 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg anzettelte, gilt uns heute als mahnender Tag, für den Frieden in der Welt einzutreten. Mich bewegt immer wieder, dass wir uns heute, gut 76 Jahre später, mit Parlamentskolleginnen und Parlamentskollegen aus dem Ostseeraum treffen, um friedlich und solidarisch nach gemeinsamen Lösungen zu suchen - wie zuletzt in Rostock-Warnemünde in der Gesundheitspolitik.

Es „brennt“ an allen Ecken Europas. Nationale Egoisten brechen sich Bahn. Eine europäische Lösung in der Flüchtlingspolitik ist nicht in Sicht. Eines unserer EU-Mitgliedsländer führt Grenzkontrollen ein. Ein anderes beschneidet Verfassungsgericht und Medien.

Dabei waren wir in Europa doch schon einmal viel, viel weiter!

Meine Sorge um Europa ist groß.

Und mancher hier im Saal mag - wir Europapolitiker kennen das schon - wie jedes Jahr schmunzeln über die Themen unserer Resolution. Dass Parlamente aber nach wie vor an gemeinsamen Lösungen interessiert sind und daran arbeiten, sollte niemand geringschätzen, denn die Bedeutung und allseitigen Vorteile grenzüberschreitender Zusammenarbeit hat die Ostseeparlamentarierkonferenz am Beispiel grenzüberschreitender Notfallversorgung eindrucksvoll belegt. Sie ist notwendig für die schnellstmögliche Versorgung - unabhängig vom Herkunftsland oder Gesundheitsanbieter.

Wer wüsste die Vorteile besser zu schätzen als Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mit unserer Flensburger Grenzregion! Auch deshalb sind Grenzkontrollen das falsche Signal.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz 2015 in Rostock-Warnemünde stand unter der Überschrift „Ostseeregion - Modellregion für Innovationen im Gesundheits- und Sozialwesen“. Modellregion sein heißt: vorangehen, Pionier sein und erkennen, dass wir die Ostseeregion nur gemeinsam wirtschaftlich nachhaltig entwickeln und ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern können, dass wir nur gemeinsam Chancen für Unternehmen und Beschäftigte auf tun können. Das gilt in besondere Maße - Sie können die konkreten Punkte der Resolution entnehmen - für die Gesundheitspolitik.

In Schleswig-Holstein gehen wir mit gutem Beispiel voran. Mit dem Projekt E-Health for Region, das an der FH Flensburg federführend von Professor Dr. Trill vorangetrieben wird, leisten wir bestes Networking im Ostseeraum.

Stolz können wir Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner auf den Auftritt unseres Vertreters aus dem Kieler Woche-Ostseejugendforum sein. Maximilian Priebe aus Lübeck hat haben in Rostock eindrucksvoll die Ergebnisse der Konferenz vom Juni 2015 hier bei uns im Landeshaus vorgestellt.

Ein wichtiger Punkt aus dem Ostseejugendforum findet sich in der Resolution wieder, wir haben ihn auch in unserem Antrag herausgestellt: die Gesundheits- und Suchtprävention. Ich habe die Diskussion im Jugendforum zur Kieler Woche miterlebt und bin sehr beeindruckt von der Tiefe und Ernsthaftigkeit der Diskussion unter den jungen Leuten. Das war die beste Werbung für die Etablierung eines ständigen Ostseejugendforums, was ebenfalls Bestandteil der Resolution ist.

Darüber hinaus haben wir klar Stellung in der Flüchtlingspolitik bezogen und unsere Solidarität bekundet mit den Flüchtlingen, die zur Flucht aus ihrer jeweiligen Heimat gezwungen sind. Thema der Resolution ist daher auch die würdevolle Behandlung der Flüchtlinge insbesondere in Bezug auf Unterbringung und Gesundheitsversorgung. Die BSPC hat auch hier die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Ostseeanrainer betont.

Wir haben das nicht nur so dahingesagt. Am letzten Tag, dem Tag, an dem wir einstimmig die Resolution angenommen haben, haben wir gemeinsam „We shall overcome“ gesungen.

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das politische Klima in der Ostseeregion ist kälter geworden. Das liegt zum einen am gespannten Verhältnis zwischen der EU und Russland infolge der Ukraine-Konfliktes und anderer Kapriolen Putins in der Außenpolitik wie die militärische Unterstützung des Assad-Regimes.

Aber nicht nur mit den russischen Partnern, auch zwischen den EU-Staaten ist das Klima etwas rauer geworden. Der Streit um die Verteilung der Flüchtlinge sowie um Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raumes, sogar mit unserem direkten

(Bernd Voß)

Nachbarn Dänemark, hat uns ja hier schon beschäftigt.

Auch die Entwicklungen in Polen - ich nenne die Stichworte „Verfassungsgericht“ und „Mediengesetz“ - stimmen bedenklich. Zwar haben wir als Land kein Recht, uns in die inneren Angelegenheiten Polens oder anderer Staaten im Ostseeraum einzumischen, das will ich auch nicht in Anspruch nehmen. Doch ist es legitim und vielleicht sogar angebracht, darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Land europäische Werte und Standards verletzt. Ich begrüße daher, dass die EU-Kommission eine Prüfung der Rechtsstaatlichkeit der Gesetzesänderungen in Polen eingeleitet hat. Das ist der richtige Weg, der auch vom Gemeinschaftsrecht so vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, dennoch - oder gerade deswegen - ist die parlamentarische Zusammenarbeit im Ostseeraum wichtig, um Positionen auszutauschen und zu verstehen; aber auch um zu kennzeichnen, was nicht geht. Dass sie auch noch funktioniert und gute Ergebnisse im erforderlichen einstimmigen Konsens tätigt, zeigt die Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz, die vom 30. August bis 1. September 2015 in Rostock tagte. Meine Damen und Herren, soweit zur Ostseeparlamentarierkonferenz: Wir leisten damit einen Beitrag zur Stabilisierung Europas auf regionaler Ebene.

Die „Lübecker Nachrichten“ überschrieben kürzlich einen Bericht mit der Titelzeile: „In großer Sorge um Europa“. Ich teile diese Sorge. Europa steht vor großen Herausforderungen. Ich halte es nicht für übertrieben, zu sagen, die EU hat derzeit die größte Bewährungsprobe seit ihrer Gründung zu bestehen. Die Friedenssicherung und die Wahrnehmung der Schutzverantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in der EU sowie der Geflüchteten stehen an oberster Stelle. Wir brauchen dafür europäische Konzepte, solidarische Konzepte auch für den Ostseeraum. Nationale Egoismen, nationale Kraftmeierei, gepaart mit EU-Bashing, helfen da nicht weiter. Diese Entwicklungen helfen nicht, sie verschlimmern nur die Lage, es führt dazu, dass im EU-Ministerrat nicht die notwendigen Entscheidungen getroffen werden. Denn die größten Blockaden entstehen im Ministerrat.

Wer daher von einem Versagen der EU spricht, der kann eigentlich nur das Versagen der nationalen Politiken meinen, in der EU zu gemeinsam tragfähigen Entscheidungen zu kommen. Ich nenne Schengen da genauso wie den Bereich Wirtschafts- und Finanzpolitik, denn auch da ist die Krise noch

längst nicht überwunden, sondern lediglich etwas in den Hintergrund der Wahrnehmung geraten. Wir brauchen weitere institutionelle Reformen und einer Stärkung des Europäischen Parlamentes - inklusive eines Gesetzesinitiativrechts. Die Basis dafür, dass es in Europa überhaupt zu einer Weiterentwicklung und einer gemeinsamen institutionalisierten Zusammenarbeit kommt, wird auch in grenzüberschreitender parlamentarischer Zusammenarbeit gelegt.

Meine Damen und Herren, gelingt es der EU, sich zusammenzurufen und in gemeinsamer Verantwortung an Lösungen zu arbeiten? Oder pickt sich jeder die Rosinen heraus, bedient sich aus dem großen Topf der Europäischen Förderprogramme und schiebt den Schwarzen Peter für alles, was schief läuft, nach Brüssel?

Wer sich unseren Antrag zum Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2016, der heute später noch verabschiedet werden wird, anschaut, der wundert sich vielleicht, warum statt Dramatik und großen Worten dort nur eine Aufzählung von größtenteils eher nüchtern klingenden Gesetzespaketen und anderen Vorhaben zu finden ist. Aber die großen Themen, die ich eben angesprochen habe, finden sich dort wieder: eine bessere Steuerung der Migration, ein Paket zum Grenzmanagement, die Bearbeitung der offenen Themen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Regionen. Das sind auch Klimaschutz und Energiewende, Umweltschutz, Verbraucherschutz, digitaler Binnenmarkt oder auch die allseits diskutierten Freihandelsabkommen. Im Landtag haben wir uns zu vielen Themen bereits klar positioniert. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Angelika Beer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Resolution der 24. Ostseeparlamentarierkonferenz, denn nur im Dialog können aktuelle und zukünftige Krisen überwunden werden. Mit dem gemeinsamen Antrag der Kaolitionsfraktion und der PIRATEN bitten wir die Landesregierung, die wesentlichen Punkte umzusetzen.

Mehr als 180 Parlamentarier und Teilnehmer aus Deutschland, Dänemark, Estland, Finnland, Island, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland und Schweden haben sich zusammengefunden. Gerade wegen der aktuellen politischen Differenzen mit Russland ist es wichtig, dass auch weiterhin der direkte Dialog mit russischen Parlamentariern gesucht und führt wird.

(Angelika Beer)

Nachdem die politische Teilung des Ostseeraumes überwunden wurde, ist es umso wichtiger, dass die Ostseeparlamentarierkonferenz weiterhin für die politische „Stabilität durch Kooperation“ steht. Für die regionale Zusammenarbeit beziehungsweise eine konsistente Ostseepolitik ist die Konferenz und letztlich der gemeinsame Beschluss der Resolution eine wesentliche Grundlage.

Die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, gerade in Bereich der Forschung und Entwicklung neuer Behandlungsmethoden und Antibiotika, begrüßen wir. Die Zunahme von Antibiotika-Resistenten ist eine der größten derzeitigen Herausforderungen für die Medizin. Gemeinsame Projekte können, gerade im Bereich der Forschung, wichtige Synergien schaffen.

Auch im Bereich der Landwirtschaft begrüßen die Initiative, bei Viehwirtschaft und Fleischproduktion die Verwendung von Antibiotika auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Das russische Importverbot für Agrarprodukte lehnen wir ab. Für fraglich halte ich es aber, aufgrund der Besetzung der Krim weiterhin an starren Wirtschaftssanktionen gegen Russland festzuhalten. Diese Form von „Handelskrieg“ zwischen der EU auf der einen und Russland auf der anderen Seite trifft insbesondere die russischen Bürger - und unsere Bauern. Sanktionen werden aber nicht zu einer Veränderung der russischen Politik führen.

Liebe Kollege, wir begrüßen auch die Initiativen, um eine Abwanderung von Fachkräften zu verhindern und stattdessen die Aus- und Weiterbildung der medizinischen Berufe und der Pflege- und Gesundheitsberufe zu verbessern. Gerade in Zeiten einer alternden Gesellschaft ist das Gesundheits- und Pflegewesen ein politisches Thema, welches die Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre entscheidend bestimmen wird.

Wir hoffen, dass Schleswig-Holstein weiterhin seine Kontakte im Ostseeraum nutzt um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Kooperation zwischen allen Mitgliedsstaaten weiter zu stärken. Die Partnerschaft der Ostsee-Anrainerstaaten ist für das langfristige friedliche Zusammenleben wichtig, weshalb man kurzfristige Differenzen als das betrachten sollte, was sie sind - kurzfristiger politischer Streit, der die langfristige Partnerschaft nicht schaden sollte.

Daher setzen wir PIRATEN nicht nur auf den informellen Dialog mit Mitgliedern der russischen Duma, sondern befürworten auch die Wiederaufnahme

der Ministertreffen des Ostseerats. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ostseeparlamentarierkonferenz im letzten Jahr hatte sich intensiv mit dem Thema Gesundheit und den entsprechenden Innovationen auseinandergesetzt. Die Konferenz fand dieses Mal bei unseren Nachbarn in Rostock statt. Das hohe Ambitionsniveau der Konferenz machte sich sowohl in der Bandbreite der Themen wie auch in der Diskussionsbereitschaft bemerkbar.

Zweifelsfrei ist die Gesundheit ein wichtiges Gut. Denn nur durch eine gesunde Bevölkerung kann Wachstum entstehen. Natürlich haben wir als Staaten rund um die Ostsee schon längst den Traum von einem langen, gesunden Leben verinnerlicht. Das Streben nach Gesundheit steigt in unserer Gesellschaft stetig an. Längst ist dieses Streben zu einer echten Industrie gewachsen. Doch es gibt auch Rückschläge. So zum Beispiel das Verbreiten von gefährlichen Viren, was auch uns in Schleswig-Holstein schwer getroffen hat. Dann kommen Zweifel auf. Gesundheit ist eben doch kein Selbstläufer. Von daher ist eine in Zukunft noch besser abgestimmte Zusammenarbeit im Sozial- und Gesundheitswesen besonders wichtig. Denn klar ist, Keimkrisen machen nicht vor nationalen Grenzen halt.

Doch auch im alltäglichen Geschäft kann eine grenzüberschreitende Notfallversorgung entscheidend sein, wenn es um wichtige Minuten an Zeitgewinn geht. Denn oftmals ist es doch so, dass in Grenzgebieten die nächste gesundheitliche Versorgung auf der anderen Seite der Grenze liegt. In diesem Bereich bestehen leider immer noch enorme Hürden, besonders durch den Grundgedanken der Patienten. Man wählt eben doch lieber die nationale Klinik, auch wenn diese noch so weit entfernt liegt. Nur wenn sich massiv Geld einsparen lässt, dann fährt man eben auch zum Zahnarzt in die Türkei. Das eigene Konto wird eben doch eher in Betracht gezogen, als das Zeitkonto im Zusammenhang mit Notfällen. Das ist schade. Denn an genau dieser Stellschraube sollten wir drehen, schließlich ist eine schnelle Versorgung ein ganz entscheidender Faktor für den Patienten.

Nur durch eine aktive Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg kann medizinische Versorgung eine gleichwertige Leistung erbringen, und das im ländlichen Raum. Bei der Debatte um den ländli-

(Jette Waldinger-Thiering)

chen Raum und das allgemeine Älterwerden gehört eine grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung mitgedacht. Denn abgesehen von der Øresund-Region liegen die Großstädte und die urban geprägten Regionen eben fernab der jeweiligen Landesgrenzen der Ostseestaaten.

Zudem besteht die Notwendigkeit, gemeinsame Strategien in Bezug auf E-Health und Gesundheitsprävention zu erarbeiten und diese auch bei uns im Ostseeraum anzuwenden. Natürlich muss sich das Gesundheitswesen noch intensiver mit der digitalen Entwicklung auseinandersetzen. Beides sind für sich gesehen hochsensible Bereiche, welche das Zusammenspiel nicht immer ganz einfach machen. Jedoch gilt es dieser Herausforderung gerecht zu werden, denn eine Zukunft ohne digitale Gesund-

heitsversorgung ist schlichtweg nicht mehr vorstellbar.

Abschließend steht für mich jedenfalls schon längst fest: Ostseepolitik ist eine echte Querschnittsaufgabe. Nur wenn sie so verstanden wird, kann sie auch fruchten.

In diesem Jahr wird der Schleswig-Holsteinische Landtag darüber hinaus Gastgeber des Parlamentsforums Südliche Ostsee sein. Dies bietet uns eine gute Möglichkeit, unsere guten Beziehungen zu unseren Nachbarn im Ostseeraum weiter zu vertiefen, auch wenn dies ein anderes Gremium ist. Ostseepolitik kann nur dann funktionieren, wenn so viele Ebenen wie möglich gemeinsam agieren.